Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275. | Dresden, Montag den 28. November 1910. | 21. Jahrg.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Werbt für eure Zeitung!

Der Byzantinerblock.

Wer als politisch Interessierter das Treiben unserer bürgerlichen Parteien verfolgt, wird gegen moralische Elendsbilder leicht abgehärtet. Was aber die konservativen Parteien und das Zentrum bei der Besprechung der sozialdemokratischen Kaiserinterpellation im Reichstage an widerlicher Verlogenheit und ekler Speichelleckerei geleistet haben, übersteigt das Maß des menschlich Erträglichen.

Vor zwei Jahren war es die konservative Partei, die den Kaiser öffentlich zur Zurückhaltung von seiner rednerischen Tätigkeit aufforderte. Das Zentrum schloß sich damals diesem Wunsche an. Erklärungen wurden abgegeben, die von jener Seite als Erfüllung ihrer Wünsche betrachtet wurden. Und heute, nach knappen zwei Jahren, soll das alles nicht mehr wahr sein! Was schwarz auf weiß in den stenographischen Protokollen des Reichstags steht, leugnet man mit ehrner Stirne ab. Es ist im November 1908 nichts verlangt und nichts gewährt worden. Die Interpellation ist überflüssig, bloß dem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokraten entsprungen, die Hohenzollern sind eine auserwählte Sammlung von Instrumenten des Himmels, und „die Welt beneidet uns um unsern Kaiser".

Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der den großen Bußgang nach Potsdam einleitete. Er war Bülows Kollege, als die großen Novemberdebatten des Jahres 1908 stattfanden, denen die berühmte Unterredung im königlichen Schloß von Potsdam folgte. Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der damals im Auftrage des Reichskanzlers den stimmführenden Mitgliedern des Bundesrats die entsprechenden Mitteilungen machte.

Was enthielten diese Mitteilungen? Ein kostbares Versprechen, für welches das ganze deutsche Volk Sr. Majestät dem Kaiser aus tiefstem Herzen dankbar sein muß — — hieß es damals.

Es ist nichts erklärt, nichts versprochen, nichts mitgeteilt, heißt es jetzt. Dann muß aber das angebliche Ergebnis der historischen Unterredung vom 17. November 1908 ein grotesker Schwindel gewesen sein, der von der Regierung in Szene gesetzt wurde, um in den monarchisch gesinnten Kreisen der Bevölkerung Beruhigung zu erzeugen. Das ist damals auch gelungen, obgleich die Sozialdemokratie schon damals die weitere Entwicklung der Dinge bis ins einzelne voraussagte. Was wird aber jetzt aus der „Beruhigung", da die Seifenblase geplatzt ist?

Herr v. Heydebrand, der vor zwei Jahren in der sachlichen Beurteilung der Regierungstätigkeit Wilhelms II. von der Sozialdemokratie gar nicht so weit entfernt schien, überfloß der Sozialdemokratie gar nicht so weit entfernt schien, überfloß von byzantinischen Beteuerungen und forderte, jeder Zoll ein Diktator, von dem Reichskanzler neue Ausnahmegesetze gegen den Umsturz.

Der Reichskanzler, obwohl von Heydebrand direkt zur Antwort aufgefordert, brachte nicht den Mut auf, ja oder nein zu sagen. Er schwieg und machte sein demütigstes Bedientengesicht.

Herr Liebermann v. Sonnenberg, der einzige Redner vor zwei Jahren, der mit seiner ätzenden Kritik der wilhelminischen Regierungstätigkeit die Grenzen des parlamentarisch Zulässigen streifte, verlas eine lakaienhafte Erklärung.

Und Herr v. Hertling, der Zentrumsführer! Der Mann bebte vor sittlicher Entrüstung gegen die Sozialdemokratie, die es wagte, zur Sicherung gegen absolutistische Uebergriffe verfassungsmäßige Garantien zu fordern. Jeden Augenblick schien es, als wollte der wackere bayrische Reichsrat natürliche Tränen weinen, ob der Unbill, die Umsturzfrechheit dem erhabenen Hohenzollernfürsten zugefügt hatte . . .

Vor zwei Jahren sind Wilhelm II. im Reichstag Aufrichtigkeiten gesagt worden. Von Herrn v. Liebermann sogar Grobheiten. Und doch ist Wilhelm II. vor zwei Jahren im Reichstag tausendmal besser behandelt worden als diesmal. Jene Aufrichtigkeiten oder Grobheiten waren in keiner Weise beleidigend. Beleidigend aber ist die verlogene Komödie, die im Reichstag um seine Person herum aufgeführt worden ist, weil die Zumutung beleidigend ist, die in ihr liegt.

Damals sprachen die bürgerlichen Abgeordneten zu ihm in der Hoffnung, von ihm verstanden zu werden. Dieses mal sprachen zu ihm in der Hoffnung, er würde nicht merken, was ein Blinder mit dem Stocke fühlt — die unsaubere Absicht, die dieser Neubekehrung zum parlamentarischen Kammerdienertum zugrunde liegt. In keiner offenen Majestätsbeleidigung könnte so viel Mißachtung liegen wie in dieser plumpen Schmeichelei.

Das schamlose Treiben des schwarzblauen Byzantinerblocks hat aber zugleich doch den großen Vorteil, aller Welt gezeigt zu haben, wie die Fehler der Monarchen künstlich gezüchtet werden. Wir Sozialdemokraten haben niemals die Ungerechtigkeit begangen, eine einzelne Person für das Elend der deutschen Politik verantwortlich zu machen. Schuld trägt vor allem das halbabsolutistische System, das die Heuchler, Schmeichler und Speichler, dieses ganze widerwärtige Hofgesinde, großzieht und zum eigentlichen Herrn des Reichs macht. Am Sonnabend hat sich diese Gesellschaft im Reichstag vor versammeltem Volke demaskiert. Das ist der große Erfolg dieses Tages, man weiß jetzt wenigstens genau, woran man ist.

Früher saß die Kamarilla auf Schloß Liebenberg. Jetzt spielt sie Mehrheit im deutschen Reichstag!

• • •

Aus dem Reichstage wird uns zur Kaiserdebatte noch geschrieben:

Die Sterbenden grüßen ihren Jäsar. Der Schnapsblock klammert sich in der Verzweiflungsstunde an den Thron. Vor der Macht der Demokratie flüchten die herrschenden Klassen in die Finsternisse des Absolutismus zurück. Hertling, Heydebrand, Dirksen, Liebermann von Sonnenberg und Bruhn formieren sich zur prätorianischen Truppe des Gottesgnadentums, deren Führung Major von Bethmann mit komischem Händefuchteln übernimmt. Die deutsche Aera Polignac scheint da zu sein. Schon hat, wie 1830 Thabrot und Courvoisier, die bürgerlichen Minister aus dem Junkerkabinett, ausgetreten. Der bürgerliche Minister aus dem Junkerkabinett, ausgetreten. Der bürgerliche Kanzeffionsschulze der deutschen Bourgeoisie, der ministerielle Kanzeffionsschulze der deutschen Bourgeoisie, den Staub von den Füßen geschüttelt. Sämtliche Parteien und Parteichen des Schnapsblockes haben Junker als ihre Fraktionsredner vorgeschickt. (Bruhn, der die einzige Ausnahme gebildet hätte, kam leider nicht mehr dran.) Auch ein Zeichen der Zeit! Feudalismus und Absolutismus, durch Klerikalismus verstärkt, treten der Demokratie entgegen, die im Proletariat ihre Vorhut und ihre Kerntruppen besitzt. Die Firma Thron, Altar, großes Portemonnaie etabliert sich aufs neue und empfiehlt sich einer sündigen Welt zur Heilung aller Schäden der Zeit. Und weil das große Portemonnaie in der Firma ist, erstreckt sich die Anziehungskraft bis weit nach links. Zwar die Freisinnigen, für die Herr v. Payer nicht übel sprach, sind in ihrer Gesamtheit noch nicht so pachnifiziert, sich ohne weiteres als Hilfstruppe der Prätorianergruppe des Byzantinerschnapsblocks anzugliedern. Aber wie wenig auf die Nationalliberalen zu zählen ist, beweist die Einerseits-andererseits-Rede des Herrn Bassermann, der zwar nicht in den blutrünstig bramarbasierenden Ton der reaktionären Maulhelden verfiel, der auch im Gegensatz zu dem jesuitischen Junker Hertling an den sogenannten Novembererrungenschaften festhielt, aber durch ein tiefen Kotau vor dem „monarchischen Gefühl" schließlich doch wieder aufhob, was an zahmer Opposition noch in seiner Rede vorhanden war.

Den äußeren Hergang der Sitzung, besonders die kraftvollen Reden unserer Genossen Ledebour und David, erfahren die Leser aus dem Bericht.

Die Besprechung der Interpellation über die Versicherung der Privatbeamten lief aus wie das Hornberger Schießen. Genosse Robert Schmidt hob mit kurzen Worten hervor, daß die Privatbeamten von der Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Am Montag stehen u. a. die Schiffahrtsabgaben zur Beratung.

• • •

Entgegenkommen des Thrones.

Am Tage nach der Interpellation über die Königsberger Kaiserrede veröffentlicht die Nordd. Allg. Ztg. auf der ersten Seite und in hervorragendem Druck einen durch seine fortgeschrittene Denkweise interessanten und überraschenden kaiserlichen Erlaß, den sie selber mit Recht als ein weitgehendes „Entgegenkommen des Thrones" bezeichnet. Der Erlaß hat den folgenden Wortlaut:

Wenn wir die gegenwärtigen Zeitverhältnisse betrachten, so finden wir, daß sich in kurzer Zeit vieles geändert hat, und die

dringende Gefahr

mit jedem Tage zunimmt. Es gibt dafür kein anderes Mittel als

die Verfassung zu beschleunigen.

Nachdem nun heute die Bitte der Volksvertreter einem aufrichtigen Wunsche entspringt, und nachdem die Mehrheit der hohen und niederen Beamten in und außerhalb der Hauptstadt sich

für einen raschen Fortschritt

ausgesprochen haben, der Volksgeist sich regt, und überall nur eine Stimme herrscht, so ist es natürlich, daß das Volk für die Pflichten, die es zu erfüllen hat, auch eine bestimmte Handhabe bekommt. **Deshalb fühlen wir uns bewogen, der Bitte von Beamten und Volk Gehör zu schenken und auf die Neigungen und Wünsche des Landes Rücksicht zu nehmen.**

Dieser von 18 Mitgliedern des Reichsrats gegengezeichnete Erlaß trägt das Datum des 4. November 1910 und ist gegeben im kaiserlichen Palast zu — — Peking. Er trägt die eigenhändige Unterschrift des Prinzregenten Tschun, der vor zehn Jahren als chinesischer „Sühneprinz" in Berlin weilte. Später sandte dieser Prinzregent eine Verfassungsstudienkommission nach Europa, deren Präsident einem Ausfrager des Berl. Lokalanzeigers erklärte, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht für China nicht betracht komme. Denn dieses, sagte der Präsident der chinesischen Studienkommission, sei zu veraltet. Jetzt wird durch den oben abgedruckten Erlaß eine energische Beschleunigung der Verfassungsarbeiten angekündigt, und spätestens drei Jahren soll in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein neues Glied eintreten.

China!

•

Preßstimmen.

Die Reichstagsdebatten über die Kaiserreden haben in den Berliner Sonntagsblättern kein allzu starkes Echo gefunden. Einzig die freikonservative Post übernimmt sich in Pathetik, indem sie den Rednern der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen nachsagt, sie hätten einmütig ihr Schild „vor ihrem zu Unrecht angegriffenen Kaiser und Herrn" gehalten. Weiter fordert das Scharfmacherblatt im Sinne des Herrn v. Heydebrand Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie. Solcher plumpen Ausnutzung der Situation glaubt sogar die Germania entgegentreten zu müssen. Das Zentrumsblatt schreibt:

„Von dem Abg. v. Heydebrand war es vielleicht nicht ganz klug, daß er bei dieser Gelegenheit die Regierung zu scharfem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie aufforderte. Das bot den Genossen den willkommenen Agitationsstoff, der bei der Interpellationsmaterie selbst nicht herausspringen wollte. Sie werden jetzt wieder, wie es schon der Abg. David sofort tat, über die Scharfmacher lärmen die ein neues Sozialistengesetz forderten. Es wird wenig nutzen, daß der Abg. v. Dirksen Heydebrands Aeußerungen abzuschwächen versuchte zu einem bloßen Wunsche nach schrofferer Handhabung des Majestätsbeleidigungsparagraphen."

Gegen das Märchen des schwarzblauen Blocks, daß die letzten Reden des Kaisers die Zustimmung aller „national" Gesinnten Bevölkerungsschichten gefunden hätten, wendet sich die nationalliberale Nationalzeitung:

„. . . . Die Wirkung der letzten Kundgebungen ist doch die gewesen, daß sie in weiten Kreisen im Volke die frühere Verstimmung wieder wachgerufen hat, die glücklich überwunden schien. Dieses Moment darf nicht übersehen und auch nicht ignoriert werden wie es Herr v. Heydebrand getan hat, der dafür den Ruf nach Ausnahmegesetzen dem Kanzler in die Ohren schrie."

Das linksliberale Berliner Tageblatt führt u. a. aus:

„Die „zufällige Begegnung an der Kanzlerecke", die dem Reichstage von den Triumvirn Hertling, Heydebrand und Bethmann vorgemimt wurde, hat die nützliche Folge, daß der gesamten Linken die Augen offen gehalten werden für gemeinsame Gefahren und gemeinsame Interessen. Schärfer, als es im augenblicklichen Lärm der Debatte zu hören war, tritt aus dem Berichte der Ledebourschen Rede jener Passus hervor, in dem er die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie feststellt, im Kampfe gegen rechts mit dem Fortschritt gemeinsame Sache zu machen. Fast noch auffälliger ist, daß der Kunktator Bassermann sich durch die Heydebrandschen Tiraden doch nicht dahin bringen ließ, der Sozialdemokratie eine runde und nette Absage zu erteilen. Eher noch könnte man aus seiner Rede den Versuch einer bedingten Annäherung heraushören! Die Möglichkeit eines wahltaktischen Zusammengehens — das ist das dritte Ergebnis — der bürgerlichen Linken, einschließlich eines Teiles der Nationalliberalen, mit der Sozialdemokratie ist durch die Debatte nicht nur nicht zerstört, sondern der Verwirklichung vielleicht um einen Schritt nähergerückt worden. In der Wählerschaft der beteiligten Parteien dürfte die Stimmung für ein Zusammengehen sogar bedeutend verstärkt werden. Die Zurückhaltung, die sich der Kaiser infolge der einheitlichen Willenskundgebung des Reichstags, im November 1908, für fast zwei Jahre auferlegt hatte, ist allgemein als wohltätig, als im Interesse des Reichs gelegen empfunden worden. Und wenn durch die gestrigen Debatten eins offenkundig geworden ist, so ist es die Leichtherzigkeit womit Zentrum und Konservative ein wichtiges Reichsinteresse zu verkaufen und zu verraten bereit sind, sobald sie mit dem Erlös ein gemeinsames Parteigeschäftchen glauben bestreiten zu können. Auch über dies Schachergeschäft wird das deutsche Volk bei den kommenden Reichstagswahlen Gericht zu halten haben!"

Der Vorwärts schreibt:

„Die gestrigen Debatten lieferten eine geradezu klassische Illustration zu der Junker- und Scharfmacherparole: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!" Wenn der König „aus eigenem Recht" auswärtige Politik treiben will, die auch den kapitalistischen Machthabern unbequem ist, wird ihm rücksichtslos das Papagenoschloß des konstitutionellen Monarchen vor den Mund gelegt; betätigt sich dagegen das Instrument des Herrn im Sinne der Ritter und der Heiligen, der Junker und der Scharfmacher, so sind die ehedem so gewichtigen konstitutionellen Bedenken spurlos in alle Winde geblasen!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Krise im Moabiter Prozeß.

Der Moabiter Krawallprozeß ist in ein äußerst kritisches Stadium getreten. In der Verzweiflung über ihre bisherigen niederschmetternden Mißerfolge haben sich die politischen Drahtzieher dieser mißglückten Justizaktion zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen, die sie jedenfalls noch bitter zu bereuen haben werden.

Durch das Entgegenkommen der Verteidigung war es möglich geworden, die Beweisaufnahme über den allgemeinen Teil der Anklage am Sonnabend zu schließen. Die Verteidiger durften aus der Haltung des Staatsanwalts den Schluß ziehen, daß der allgemeine politisch tendenziöse Teil der Anklageschrift als erledigt gelten dürfte. Sie hatten es also nicht nötig, den Beweisfeldzug gegen die wirklich Schuldigen bis zur Vernichtung fortzuführen, und durften, ohne das Interesse ihrer Klienten zu verletzen, auf neun Zehntel ihrer Beweisanträge verzichten.

Diese entgegenkommende Haltung der Verteidigung hat man nun von gewisser Seite zu einem ebenso unfairen wie ungeschickten **Ueberrumpelungsversuch** auszunützen versucht. Am Abend nach Schluß der allgemeinen Beweisaufnahme veröffentlichte der Polizeipräsident v. Jagow folgende Bekanntmachung:

Moabiter Strafprozeß.

Zur Feststellung des tatsächlichen Sachverhalts ist erwünscht, daß Personen, welche den Straßenunruhen **unbeteiligt** zugesehen haben, sich auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 177, oder auf dem ihnen nächsten Polizeirevier melden.

Der Polizeipräsident: v. Jagow.

In seinem Leiborgan, dem Lokalanzeiger, veröffentlicht der Polizeipräsident ein noch ausführlicheres Programm seiner neuesten polizeilichen „Sammelpolitik". Er fordert darin namentlich die „inländischen Journalisten" auf, sich ihm zu Zeugendiensten zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich stehen ja die meisten Lokalberichterstatter der Berliner bürgerlichen Presse in einem sehr engen Vertrauensverhältnis zur Polizei, von deren Mitteilungen sie zum Teil mit ihrer ganzen Existenz abhängig sind. Diese abhängigen Leute sollen jetzt zur großen Rohrenwäsche beordert werden!

Herr v. Jagow gibt im Lokalanzeiger ausdrücklich zu, daß er auf die Meldung von Zeugen verzichte, „die mit Sympathie für die Aufrührer und mit Antipathie gegen die Polizei im Gedränge gestanden haben und vielleicht den Säbel am eigenen Leibe spüren mußten". Die kann der Polizeipräsident „als klassische Zeugen nicht anerkennen". Die andern aber, die über die Polizei nur günstiges auszusagen haben, fordert Herr v. Jagow auf, sich als Zeugen zu melden und er schließt mit der pathetischen Wendung: „Das Staatsinteresse fordert es."

Beinahe noch ungeheuerlicher als dieses Eingreifen des Polizeipräsidenten in die schwebenden Gerichtsverhandlungen ist ein Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der den offenkichtlichen Zweck verfolgt, auf die Beweiswürdigung der Richter einen **offiziösen Stimmungsdruck** auszuüben und ihnen vorzuschreiben, welchen Zeugen sie zu glauben haben und welchen nicht. Das Regierungsorgan maßt sich an, inmitten des gerichtlichen Verfahrens folgendes Urteil abzugeben:

> Trotz allen Bemühens ist der Beweis, daß die Polizei mit übergroßer Schärfe vorgegangen wäre, in keiner Weise erbracht worden und kann auch nicht erbracht werden. Der Befehl, von der Waffe Gebrauch zu machen, ist erst nach langen, schweren Herausforderungen gegeben worden, wenn nichts anderes übrig blieb, als der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Schonung kann dann nicht mehr geübt, und Unterscheidungen zwischen Schuldigen und Unschuldigen können kaum mehr gemacht werden. Die Beamtenschaft hat in angestrengter und gefahrvoller Tätigkeit vollauf ihre Pflicht getan.

Die Regierung erläßt also durch ihr Organ eine Anweisung an die Richter, den von den Verteidigern aufgebotenen Entlastungszeugen kein Gehör zu schenken, alle von ihnen erbrachten Beweise als nicht vorhanden anzusehen, und selbst den schwärzesten Polizisten für einen blütenweißen Unschuldsengel zu erklären. Ein derartiger Versuch offiziöser Richterbeeinflussung ist selbst zu Bismarcks Zeiten kaum dagewesen!

Hat man jetzt gar schon zur Liebkammer so wenig Vertrauen, daß man sie erst durch öffentlich gegebene Aufträge „zuverlässig" machen muß?! Und glaubt man, daß die Verteidigung sich derartige Ein- und Uebergriffe der Exekutivbehörden in ein schwebendes Gerichtsverfahren ruhig gefallen lassen wird? Wenn man das glaubt, irrt man ganz gewaltig! Die Drahtzieher werden bald merken, daß sie sich auf dem Holzweg befinden, wenn sie meinen, sie könnten begangene Dummheit durch noch größere Dummheiten wieder gut machen. Der Moabiter Prozeß war schon bisher recht interessant, er dürfte aber jetzt noch viel interessanter werden!

Deutsches Reich.

Die neue Militärvorlage.

Ueber den Inhalt der neuen Militärvorlage „hörte" der L.-A. Folgendes:

„Der Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke wird in der vom Bundesrat festgestellten Fassung die durchschnittliche Jahresstärke des deutschen Heeres vom April des nächsten Jahres an derart steigern, daß sie im Jahre **1915** die Zahl von 515 321 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht. Auf dieser Höhe bleibt die Truppenzahl bis zum Ablauf des neuen Quinquennats, also bis zum 1. April 1916, bestehen.

Infolge der Steigerung der Friedenspräsenz greift auch eine Vermehrung der Zahl der Formationen Platz, so daß nach völliger Ausbildung der in Aussicht genommenen neuen Organisationen bestehen sollen: bei der Infanterie 634 Bataillone bei der Kavallerie 510 Eskadrons, bei der Feldartillerie 592 und Fußartillerie 49 Bataillone Pioniere 29, Verkehrstruppen 17 und Train 23 Bataillone.

Die veranschlagten Mehrkosten infolge der Organisationsänderungen sollen nach unseren Organisationen **auf 21,8 Millionen fortdauernde und 82,4 Millionen einmalige Ausgabe** sich stellen. Bekanntlich sind im Reichsetat für 1911 als fortdauernde Aufwendungen nur 3,7 Millionen und einmalig 4,2 Millionen angefordert, so daß für die folgenden Jahre 1912 bis 1917 noch 18,1 Millionen fortdauernd und 78,2 Millionen einmalig zu beschaffen sein würden.

Für das Jahr 1911 wird, wie in den Mitteilungen über den Reichshaushaltetat angegeben, zunächst die Verstärkung der Infanterie durch Beschaffung von 107 Maschinengewehrkompagnien in Angriff genommen. Bei dieser Gelegenheit sollen fünf schon bestehende Maschinengewehrabteilungen in Maschinengewehrkompagnien umgewandelt werden. Im allgemeinen soll die Ausstattung eines Regiments jeder Infanteriebrigade mit einer Maschinengewehrkompagnie erreicht werden. Bei der Infanterie wird vor allem die Ausfüllung der Lücken im sächsischen Kontingent durch Bildung eines Bataillons erfolgen. Für Preußen wird die Erhöhung des Etats der Bataillone zweier Infanterieregimenter als dringlich erachtet. Bei der Feldartillerie werden in Preußen zwei neue Regimenter gebildet in Bayern sechs neue Batterien formiert werden. Weiter wird für eine Anzahl Batterien, die jetzt noch auf dem niederen und mittleren Etat stehen, der mittlere oder hohe Etat durchgeführt werden. Die Vermehrung der Kaders der Fußartillerie wird ebenso wie die Verstärkung ihrer Bespannungsabteilung angestrebt. Eine Verstärkung ist auch dem Train zugedacht. Bei den Musikern kann eine Verringerung der Mannschaften um rund 1000 Köpfe in Aussicht gestellt werden, während andrerseits den Bezirkskommandos bei der beantragten **Erhöhung der Friedenspräsenz um insgesamt 10 875** Mann vermehrte Kräfte zuzuweisen sein werden, da das Anwachsen der Bevölkerung und des Beurlaubtenstandes eine solche Verstärkung bedingen. — Zwei Luftschifferbataillone, davon eines mit Ausrüstung einer Luftschiffwerft ein Kraftfahrbataillon sind unter Anrechnung der bestehenden Versuchsorganisationen aufzubringen; neu werden ein selbständiges Eisenbahnbataillon und ein Telegraphenbataillon nebst Bespannungsabteilung gefordert."

Nach diesen Mitteilungen, die, wie das B. T. meint, „auf dem bei uns üblichen Wege des Verschleißes" an den L.-A. gelangt sind, soll es sich also um eine Vermehrung der Friedenspräsenz um etwa 11 000 Mann und eine Gesamtausgabe von mehr als 100 Millionen handeln, was auf das Jahr eine Ausgabe von etwa **20 Millionen** ausmachen wird. Das sieht allerdings anders aus als der Ansatz im Etat. Ob trotz alledem freilich auch diese offiziösen Angaben nicht noch hinter den wirklichen Absichten zurückbleiben und die Kosten in Wirklichkeit noch erheblicher sein werden, mag dahingestellt bleiben.

Also jährlich 20 Millionen mehr, das ist der Betrag, der allein für die Heeresvermehrung gefordert wird! Dazu kommen noch die Beträge für den Militarismus die bisher aus dem Reichsinvalidenfonds gedeckt worden sind die nach seiner jetzigen Erschöpfung aus anderweitigen Mitteln aufgebracht werden müssen. Und daß sich nach den Wahlen und nach der Befriedigung der Forderungen des Landmilitarismus auch der Flottenmilitarismus wieder mit nicht allzu bescheidenen Forderungen melden wird, ist ja nicht minder sicher! Das alles bedeutet aber bei den kläglichen Ergebnissen der letzten Reichsfinanzreform entweder den **Rückfall in uferlose Schuldenmacherei oder aber eine neue Steuerausplünderung des Volkes!**

Der besitzende Pöbel randaliert.

Zu wüsten Skandalszenen kam es am Sonnabend in einer Zirkusversammlung, die der Hausbesitzerverband zum Protest gegen die Reichswertzuwachssteuer nach Berlin einberufen hatte. Da aus zehn der größten Städte Deutschlands Extrazüge abgelassen worden waren, die Tausende von Vergnügungspilgern nach dem Babel an der Spree gebracht hatten, war der Zirkus Schumann bald überfüllt. Der Regierungsrat Cuno, der die Versammlung im Auftrage des Reichsschatzamtes begrüßte, versuchte den Regierungsentwurf zu verteidigen, wurde aber durch **minutenlanges Heulen, Brüllen und Toben** immer wieder unterbrochen. Hohngelächter beantwortete seinen Hinweis, daß die Erträgnisse der Steuer zum Teil zu Zwecken der Veteranenfürsorge verwendet werden sollten. Als er davon sprach, daß kein Stand mehr mit den Geschicken des Vaterlandes verknüpft sei als der Hausbesitzerstand, entlud sich der Patriotismus der animierten Versammlung in dem gröhlenden Zuruf: **„Leider."** Vergebens versuchte dann der Vorsitzende dem Regierungsvertreter Gehör zu verschaffen, indem er mitteilte, der Herr Regierungsrat habe versprochen, sich kurz zu fassen (!) und auf die Sache nicht mehr einzugehen (!!). Immer wieder erfolgten neue Unterbrechungen, die Stimme des Redners verhallte im Lärm, und schließlich sah er sich genötigt, inmitten eines allgemeinen Tohuwabohus die Tribüne zu verlassen.

Später, als die Abendstunde nahte und in der nahen Friedrichstraße die Bogenlampen aufflammten, entstand unter den versammelten Ordnungsstützen wieder so große Ungeduld und Unruhe, daß die Referenten selbst, die Herren Justizrat Westrum und Professor Voigt-Frankfurt a. M., durch fortwährende Rufe: „Schluß! Schluß! Kürzer!" unterbrochen wurden. Als Herr Voigt die Dreistigkeit aufbrachte, von den **Vorgängen von Moabit und dem Wedding** zu sprechen, an denen die die Schuld trügen, die dem Volke unerfüllbare Versprechungen machten, gewann er sich jedoch wieder die Gunst der Versammlung. In einem Dreiminuten-Speech — denn man hatte es eilig — feierte der Berliner Vereinsvorsitzende Barkowski die Hausbesitzer als die **„stärksten Stützen des Staates und der Monarchie".**

Die Hausagrarier sind die gelehrigen Schüler der feudalen Großgrundbesitzer, die in jener denkwürdigen Versammlung der „Steuer- und Wirtschaftsreformer" den greisen Geheimrat Adolf Wagner niederbrüllten, weil er die Erbschaftssteuer zu verteidigen wagte. Man vergleiche mit diesem wüsten Treiben patriotischer Eigentumshyänen das würdige Verhalten der Arbeiterversammlungen, und man wird wissen, wo die Zukunft der deutschen Kultur ist!

Tempelhof.

Dem Etat, der heute, Montag, dem Reichstag zugehen soll, ist eine Denkschrift des Kriegsministers über den Verkauf des Tempelhofer Feldes beigegeben, in der der Kriegsminister schwere Klagen gegen die Berliner Stadtverwaltung erhebt. Nach der Darstellung des Kriegsministers hat die Stadt Berlin die ihr angebotene Eingemeindung des Tempelhofer Feldes zweimal abgelehnt, das erstemal zwischen 1890 und 1900, zum zweiten Male 1901.

Als das Kriegsministerium 1907 die Veräußerung des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes in Aussicht nahm, setzte es im August 1907 zuerst die Stadt Berlin in Kenntnis. Berlin tat jedoch 1¼ Jahr lang nichts Entscheidendes. Oberbürgermeister Dr. Kirschner sagte einem Vertreter des Kriegsministeriums: Auf einen Ankauf des Tempelhofer Feldes würde sich Berlin auch nach der Eingemeindung jedenfalls nicht einlassen, weil die Stadt zu schlechte Erfahrungen mit dem Scheunenviertel gemacht habe. Tempelhof erklärte, daß es das ganze Gelände selbst ankaufen wolle. Die Stadt Berlin erbat und erhielt die Zusicherung, daß ihr Mitteilung gemacht werden würde, sobald der Abschluß der Verkaufsverhandlungen mit anderen Interessenten bevorstände. Dieser Zeitpunkt war Anfang April 1910 gekommen. Berlin wurde benachrichtigt und für den Fall der Kaufabsicht um Einreichung eines Angebots bis zum 25. April ersucht. Darauf bat Berlin wiederholt um Aufschub weil der Stadtkämmerer beurlaubt sei, weil noch Vorfahren zu klären wären und eine Kommission eingesetzt werden müsse. Erst am 11. Juni 1910 erfolgte ein Angebot von 70 Mill. M. Da inzwischen aber bereits von Tempelhof ein Angebot von rund 74 Mill. M. eingegangen war, wurde Berlin um Erhöhung seines Angebotes und um baldigen Abschluß ersucht. Darauf erwiderte Berlin am 27. Juni 1910, daß es aus verschiedenen Gründen namentlich mit Rücksicht auf den Geschäftsgang bei den kommunalen Körperschaften, deren wenigstens oberflächliche Kenntnis es wohl auch beim Kriegsministerium voraussetzen dürfe, gänzlich außerstande sei, eine Erklärung vor Beginn der Urlaubs- und Ferienzeit abzugeben; da letztere unmittelbar bevorstände, würde es erst nach deren Ablauf ein anderweites Angebot machen können.

Inzwischen drängte Tempelhof wiederholt auf Abschluß des Vertrages, und Anfang Juli trat eine Privatgesellschaft wegen der Verzögerung der Verhandlungen von ihrem Angebot zurück. Die Stadt Berlin war vom Kriegsministerium am 30. Juni 1910 ersucht worden, ihrerseits baldigst einen Termin vorzuschlagen, bis zu dem ihr Angebot vorliegen müsse, wenn sie nicht beim Verkauf außer Betracht bleiben solle. Während nun das Kriegsministerium zur Verhandlungen mit Tempelhof im Interesse der Stadt Berlin die langsamte, war diese trotz wiederholter dringender Mahnungen des Kriegsministeriums selbst Ende August 1910 noch nicht in der Lage, einen Termin für ihre endgültige Entschließung zu bezeichnen, sondern sie bat lediglich um weiteren Aufschub.

„Unter diesen Umständen blieb dem Kriegsministerium nichts anderes übrig, als mit Tempelhof abzuschließen."

Labiau-Wehlau. Die Seele der wüsten agrarisch-konservativen Agitation in Labiau-Wehlau scheint der Landrat des Kreises v. Hippel zu sein.

Bereits zweimal hat die vorgesetzte Behörde eingreifen müssen; die Einsicht in die Wählerliste hat geradezu erkämpft werden müssen. Auch die Tragikomödie des Kreisautomobils, das zur konservativen Wahlagitation benutzt wurde und dabei kaput ging, füllt in dieses Kapitel. Nun erfährt die Hart. Ztg. noch, daß ein Gemeindevorsteher des Kreises Labiau eine Aufforderung des Landrats v. Hippel erhalten habe, sofort auf das Landratsamt zu kommen, um Flugblätter und Stimmzettel für die Konservativen in Empfang zu nehmen und zur Verteilung zu bringen. Diesem Befehl hat der Gemeindevorsteher Folge geleistet. Ein weiteres charakteristisches Zeichen für die Tatsache, daß man in weiten Kreisen der Labiauer Bevölkerung in dem Landratsamte den Mittelpunkt der konservativen Agitation des Kreises Labiau erblickt.

Der liebe Gott und die — Stadtratswahlen. Bei der Kongregationsandacht der Marianischen Männerkongregation in der Siegburger Pfarrkirche zu Köln hat ein Stadtverordneter den Pfarrer gebeten, für den glücklichen Ausgang der Stadtratswahlen zu beten. Der Pfarrer erklärte, daß sonst das Ansinnen an ihn gestellt wurde, für den Sieg des Zentrums bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beten zu lassen. Es sei eine **unzulässige Verquickung politischer und religiöser Dinge,** wenn der Präfekt der Kongregation, der zugleich Stadtverordneter sei, den Versuch mache, in der angegebenen Weise politische und religiöse Dinge in Verbindung zu bringen. Er habe nicht nur das Auftreten des Präfekten zurückgewiesen, sondern auch die Gründe dafür kurz, aber deutlich angegeben.

Ein schwerer Justizirrtum. Anfang dieses Jahres wurde der Arbeiter Rudolf Viehweger vom Breslauer Schwurgericht wegen eines angeblichen Sittlichkeitsverbrechens zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt wurde er im Wiederaufnahmeverfahren **freigesprochen,** weil er nachweisen konnte, daß einer der Zeugen in dem frühern Prozeß einen Meineid geschworen hatte. Etwa dreiviertel Jahr hat Viehweger unschuldig im Zuchthaus gesessen.

Kleine politische Nachrichten. In der spanischen Deputiertenkammer kam am Sonnabend die Rede zwischen auf die **Ferrer-Affäre,** der sich zugleich alles Interesse zuwendete, was einen äußerst erregten Verlauf der ganzen Sitzung unter stürmischen Szenen und Austausch von Verbalinjurien zur Folge hatte. Bemerkenswert ist, daß dabei zum ersten Male eine ausgesprochene Formation der gesamten Rechten gegen die gesamte Linke erfolgt. — In den portugiesischen Provinzen Douro und Minho sind die Eisenbahnangestellten in den Ausstand getreten. Es verkehren nur noch einige Züge. — In Petersburg sind die Mitglieder des Zentralbureaus der professionellen Verbände unter der Beschuldigung **verhaftet worden, Arbeiterdemonstrationen** organisiert zu haben. — Bei einem Zusammenstoß an der persischen Grenze zwischen einer Grenzwache und persischen Räubern wurden zwei Räuber getötet. Ein Soldat der Grenzwache wurde schwer verwundet. — Ein Anzahl Beni Chibel griff nach einer Meldung aus Udschda am 17. November in dem Tale Ouedja eine französische Militärabteilung an, die Feuer auf die Angreifer eröffnete und sie zerstreute. Ein Leutnant und zwei eingeborene Soldaten wurden verletzt, zwei andere Soldaten getötet.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wohnungsfürsorgegesetz.

Wien, 27. November. Im Abgeordnetenhaus wurde gestern in allen Lesungen ein vom Teuerungsausschuß im Einvernehmen mit der Regierung beantragter Gesetzentwurf angenommen, wonach zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung ein vom Arbeitsministerium verwalteter Wohnungsfürsorgefonds errichtet werden soll. Dieser Fonds soll zehn Jahre lang mit jährlich steigenden Staatsbeiträgen dotiert werden, die eine Höhe von 25 Millionen erreichen sollen. Er ist bestimmt für Gemeinden, öffentliche Körperschaften und gemeinnützige Vereinigungen (wie Baugenossenschaften), um zum Bau von Kleinwohnungen Kredithilfe zu leisten, und zwar durch Uebernahme von Bürgschaft für anderweitig aufzunehmende Darlehen und durch unmittelbare Darlehnsgewährung. Die Gesamtsumme der von dem Fürsorgefonds übernommenen Bürgschaften darf den Betrag von 200 Millionen nicht übersteigen. Für diese Verbindlichkeiten des Fonds haftet der Staat subsidiär bis zu diesem Höchstbetrage.

Frankreich.

Das Rouener Schreckensurteil.

Paris, 27. November. Das Urteil der Geschworenen von Rouen — **ein Todesurteil, 15 und 8 Jahre Zwangsarbeit, 20 000 Franken Entschädigung!!** — hat bei den Syndikaten große Erregung hervorgerufen. Die Vereinigung der Syndikate des Seine-Departements und der allgemeinen Arbeiterverbände beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine allgemeine Protestversammlung einzuberufen. Der Temps billigt den „Wahrspruch" rückhaltlos.

England.

Der Wahlkampf.

London, 27. November. Die **Arbeiterpartei** stellt in 75 Bezirken Kandidaten auf. Bei den letzten Wahlen hatte sie 78 Kandidaten aufgestellt, von denen 40 gewählt wurden.

•

Edinburgh, 27. November. Schatzkanzler **Lloyd George** hielt hier eine Rede, in der er sagte, es gäbe eine **Hand voll erblicher Gesetzgeber, die niemals in irgend einem Gewerbe oder Beruf, der geistige Anstrengung verlange, ihren Lebensunterhalt verdient hätten, und doch sähen diese Männer täglich über die gewählten Vertreter eines 45 Millionen-Volkes zu Gericht.** Welcher Grund bestände denn für die Theorie, daß das Unterhaus sich aus wilden Revolutionären zusammensetze? In der modernen Zivilisation liege keine Gefahr. Bei der Revolution in Portugal sei das Eigentum durchaus unberührt geblieben; sogar das Eigentum des Monarchen sei nicht angetastet worden. Aber wenn wir hier die Steuern um einen halben Penny erhöhen wollen, dann machen sie ein Geschrei, als sei das Ende aller Dinge gekommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

London. 27. November. Balfour sprach heute in der City vor seinen Wählern und erklärte, der Regierung sei ihre Politik von den Nationalisten und den Sozialisten aufgedrängt worden. „Hinter dem Streben nach der Einzelkammer laure der Sozialismus und Pöbelherrschaft."

London. 27. November. Einer der konservativen Parteiführer, F. E. Smith, führte in einer Wahlrede in Warrington aus, der deutsche Handel dehne sich mit größerer Schnelligkeit aus als der englische. Deutschland habe ein Heer, mit dem sich das englische nicht einen Augenblick messen könne, und die deutsche Flotte konkurriere offenbar an Stärke mit der englischen.

Cork. 27. November. Heute abend kam es nach einer Versammlung zwischen den Anhängern Redmonds und O'Brians zu ernsten Zusammenstößen, so daß die Polizei einschreiten mußte. Es wurden 80 Personen verletzt.

London. 27. November. Als der Minister des Innern Winston Churchill gestern nachmittag bei der Rückkehr von Bradford in den Korridor des Zuges nach dem Speisewagen ging, sprang, in einem Abteil dritter Klasse, das er durchschritt, ein herkulisch gebauter Mann mit einer Hundepeitsche auf ihn zu und schlug mit dem Rufe: „Winston Churchill, du Hund, das ist für dich!" auf ihn ein. Ein Detektivsergeant und ein Detektivinspektor, welche Churchill zu bewachen hatten und in demselben Abteil saßen, fingen den Peitschenhieb auf und überwältigten den Mann nach heftigem Kampfe. Er wurde darauf von den beiden Geheimpolizisten in Gewahrsam genommen und nach London gebracht. Die übrigen Passagiere in dem Zuge waren so entrüstet, daß die Polizisten den Täter nur mit Mühe vor Lynchjustiz schützen konnten. — Als Churchill auf dem Kings-Cross-Bahnhof in Hudem den Zug verließ, versuchten drei Frauen, ihn tätlich anzugreifen, wurden aber von den Geheimpolizisten daran verhindert.

Italien.

Beschwichtigungen.

Rom. 27. November. Popolo Romano und Vita erklären die von Giornale d'Italia gebrachte Meldung, daß die Regierung den Plan für eine Mobilisierung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienstes vorbereitet habe, um einem, wenn auch unwahrscheinlichen Ausstande die Spitze zu bieten, für vollständig unbegründet, da die Regierung die Gewißheit habe, daß die Angestellten dieser Verwaltungen nicht in den Ausstand treten werden.

Balkan.

Kreta.

Kanea. 26. November. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gab der Präsident der Regierung Maris seine Demission, weil die Partei Venizelos', zu der er gehört, darauf bestand, mit Gunduros Hand in Hand zu gehen.

Konstantinopel. 27. November. Die Pforte hat die Antwort der Schutzmächte auf die letzte Protestnote erhalten. Die Mächte versprechen, bei den Kretern einzuschreiten.

* * *

Belgrad. 27. November. Der Artillerie-Oberst Rasitsch ist gestern freigesprochen worden. Die Urteilsbegründung stellt fest, daß er von dem Angeklagten übernommene Artilleriemunition vollkommen den Lieferungsbedingungen entsprochen habe.

Konstantinopel. 27. November. Die seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte von neuerlichen Erhebungen des Araberhäuptlings Said Idris scheinen richtig zu sein. Die Regierung bewahrt Stillschweigen, es verlautet aber, Said Idris habe mehrere Ortschaften in der Landschaft Asir besetzt.

Rußland.

Studentendemonstrationen gegen die Todesstrafe.

Moskau. 27. November. Auf verschiedenen Straßen und Plätzen der Stadt veranstalteten Studenten heute Demonstrationen gegen die Todesstrafe, die sogleich durch Husaren, Kosaken und berittene Polizei zerstreut wurden. 181 Demonstranten wurden verhaftet, unter ihnen 60 Studentinnen; verwundet wurde niemand. Die Verhafteten werden „wegen Verletzung von Anordnungen des Stadthauptmanns" bestraft werden.

Odessa. 27. November. Studenten und Damen, die an den Studienkursen teilnehmen, demonstrierten gestern auf dem Türkenplatze an der Ecke der Deribassowskaja mit den Rufen „Nieder mit der Todesstrafe!" Das Publikum schloß sich in Massen an. Die Polizei griff ein, es gab viele Verwundete. Unter den Verhafteten befinden sich viele Frauen. Mitglieder der „Schwarzen Bande" patrouillierten bewaffnet in allen Straßen und schlugen, ohne daß die Polizei einschritt, die Schaufenster von Buchläden und die Fenster von Redaktionen liberaler Blätter und der Intelligenten ein. Es herrscht große Unruhe.

Amerika.

Die rote Flagge auf brasilianischen Kriegsschiffen.

Rio de Janeiro. 26. November. Um 1.30 Uhr kehrten die Schiffe in den Hafen zurück. Der Führer der Meuterer und 40 seiner Kameraden verließen den Minas Geraes. Man nimmt an, daß sie geflüchtet sind. Die Schiffe haben die rote Flagge noch nicht eingezogen. Der Marineminister hat zur Untersuchung einen Offizier an Bord gesandt. Der Marineklub wird sich heute abend versammeln, um über die Haltung der Marineoffiziere zur Amnestie zu beraten.

Rio de Janeiro 26. November. Um 7 Uhr abends ergaben sich alle Kriegsschiffe, deren Mannschaften gemeutert hatten. Zwei von der Regierung bestimmte Offiziere übernahmen das Kommando. Es herrscht nun vollständige Ruhe.

Parteiangelegenheiten

Julie Bebels Bestattung.

Ganz in aller Stille sollte nach dem Wunsch des Genossen Bebel am Freitag nachmittag die letzte Fahrt seiner Lebensgefährtin stattfinden. Die Stunde wurde nicht publiziert und ausdrücklich gebeten, Kranzspenden und alle Aeußerlichkeiten fernzuhalten. Trotzdem ließ es sich, schreibt der Vorwärts eine große Zahl der Verehrer der Verblichenen nicht nehmen, ihr das letzte Geleite zu geben und eine Fülle letzter Blumengrüße begleitete den Sarg. Neben den Kränzen der nächsten Verwandten und Freunde war es vor allem ein Riesengewinde mit großer roter Schärpe der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages, sowie Kränze der verschiedenen Parteileitungen und Parteiorganisationen.

Bei trostlosem Regenwetter ganz der Stimmung entsprechend, versammelten sich die Genossen und Genossinnen, die am Trauergeleite teilnahmen, auf dem Züricher Zentralfriedhof. Die Sänger des Vereins Eintracht brachten ergreifend den Chor: O wie sanfte selige Ruh . . . zum Vortrag. Dann gedachte Genosse Pfannkuch als Vertreter des deutschen Parteivorstandes in warmen Worten der guten und tapferen Frau, die nun von uns geschieden, und versicherte Genossen Bebel daß die Arbeiterschaft soweit es in ihren Kräften stehe, versuchen werde durch ihre Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vorkämpfer seinen Schmerz über den unersetzbaren Verlust zu mildern. Genosse Greulich zeigte in tief zu Herzen gehenden Worten, wie das Wirken der Lebensgenossin des Genossen Bebel weit über den Moment, wo die Flamme ihre irdischen Reste verschlingt hinausgreift. Ihre Werke der Liebe leben in den Herzen weiter, und was Genosse Bebel geschaffen insbesondere sein Buch Die Frau und der Sozialismus ist zum Teil auch ihr Werk, und das Andenken an sie wird weiter leben mit diesen Schöpfungen. Nun ertönte ein Chor der Sänger: Sink hernieder, heilige Nacht, finke nieder, hehre Stille . . . Dann begab sich der Zug zum Krematorium, um den Sarg den Flammen zu übergeben.

Gemeindewahlen.

In Solingen wurden bei den am Donnerstag abend zu Ende gegangenen Wahlen in der dritten Abteilung die vier Kandidaten der Sozialdemokratie mit 1724 Stimmen gewählt. Die Bürgerlichen hatten es abgelehnt, noch einmal Kandidaten aufzustellen. Im Jahre 1908 brachten es die Bürgerlichen auf noch etwas über 400 Stimmen.

Bei der Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung siegten in Gräfrath bei Solingen die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 328 Stimmen. Bürgerliche Kandidaten waren nicht mehr aufgestellt.

Die Essener Stadtverordnetenwahlen brachten den sozialdemokratischen Kandidaten gegenüber der Wahl von 1908 einen starken Stimmenzuwachs. Während wir 1908 3118 Stimmen auf unsere Kandidaten vereinigten, musterten wir bei dieser Wahl 5535 Wähler. In einem Bezirk stehen wir in aussichtsreicher Stichwahl.

Bei der Gemeinderatswahl in Rensefeld bei Lübeck erhielt die sozialdemokratische Liste 213 bis 222 Stimmen. Auf die Liste der Mittelständler entfielen 52 bis 66 Stimmen. Die Bauern vereinigten 61 bis 62 Stimmen auf ihre Liste. Da in Rensefeld das Verhältniswahlsystem besteht, so erhielten wir vier und die Gegner zwei Vertreter. Die Sozialdemokratie hat nunmehr mit 7 von 12 Gemeinderäten die Mehrheit im Gemeinderat.

Preßprozeß.

Genosse Pötticher, Redakteur der Volksstimme in Lüdenscheid, wurde wegen angeblicher Beleidigung eines Fabrikantenvereins zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Genosse Singer,

der bekanntlich an einem schweren Augenleiden erkrankt war und dessen Gesundheitszustand sich auch sonst im Sommer höchst unerfreulich gestaltet hatte, ist jetzt glücklicherweise wieder hergestellt, so daß er den Verhandlungen des Reichstags beizuwohnen imstande ist.

Die Anstellung eines Parteisekretärs

für Chemnitz wurde mit großer Mehrheit in einer Parteiversammlung beschlossen. In der lebhaften Diskussion wurde die Anstellung des Sekretärs von einer Anzahl Redner bekämpft, von anderen befürwortet.

Eine sozialistische Organisation in Persien.

Das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel hat soeben die offizielle, von den führenden persischen Sozialisten unterzeichnete Mitteilung erhalten, daß eine persische sozialistische Partei gegründet worden ist. Sekretär der neuen Partei ist der Genosse Husein Mahtamned de Enzeli. Viel Glück zum Kampf! ruft das sozialistische Europa der neuen Schar zu.

Neues aus aller Welt.

Großfeuer — 40 Tote.

Neuyork 27. November. Eine furchtbare Feuersbrunst zerstörte gestern die Fabrik der Newark Paper Box Company zu Newark (New Jersey). Die Flammen breiteten sich so schnell aus, daß einer großen Zahl der Arbeiterinnen der Ausgang abgeschnitten wurde. Viele Mädchen wurden beim Sprung auf die Straße getötet oder schwer verletzt. Eine weitere Anzahl erlitt tödliche Brandwunden und 25 Mädchen werden noch vermißt.

Neuyork 27. November. Die Fabrik der Paper Box Company in Newark war in einigen Minuten in ein Flammenmeer gehüllt. Die meisten der in den unteren beiden Stockwerken beschäftigten Mädchen konnten sich retten, denen im dritten und vierten Stock wurde jedoch jeder Ausweg vom Feuer abgeschnitten. Nun spielten sich furchtbare Szenen ab, die Mädchen erschienen, von Flammen umloht an den Fenstern und machten Miene auf die Straße zu springen. Die zahlreiche Menschenmenge und die Feuerwehr, die sofort Leitern aufrichtete und Netze ausspannte, suchten sie durch Zurufe davon zurückzuhalten, aber, vor die Wahl zwischen dem Verbrennungstode und den gefährlichen Sprung gestellt, wagten viele diesen und wurden auf dem Straßenpflaster zerschmettert. 25 von ihnen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. In der Fabrik fand die Feuerwehr 12 Leichen von Arbeiterinnen; viele von ihnen waren so verkohlt, daß sie nicht identifiziert werden konnten. Weitere 25 Mädchen werden vermißt. Zweifellos liegen ihre Leichen unter den Trümmern der vollständig niedergebrannten Fabrik. Nach einer weiteren Meldung ist die Zahl der Opfer bereits auf 40 angewachsen doch scheint die schauerliche Liste damit noch nicht abgeschlossen zu sein. — Von den Feuerwehrleuten wurden heroische Versuche, die Eingeschlossenen zu retten, gemacht. Hierbei wurden viele durch Trümmer verletzt oder erlitten schwere Brandwunden.

Neuyork, 27. November. Der Fabrikbrand in Newark hat bisher über 40 Tote gefordert; 14 kamen sofort nach dem Sprunge aus den Fenstern um, acht starben in den Hospitälern, der Rest erlitt den Flammentod. Sechs Mädchen sprangen zugleich in das Sprungtuch, alle waren sofort tot, mehrere sind an ihren Nähmaschinen verbrannt, andere totgetreten worden. Die Brandursache ist eine Gasolinexplosion in der Lampenfabrik im dritten Stock. Der mit Maschinenöl getränkte Boden und das Pappschachtenmaterial brannte wie Zunder, der Wind fachte die Flammen an. Die Fluchtmöglichkeiten waren ganz unzureichend. Mauern stürzten ein und begruben die Leichen vielleicht auch Lebende; viele sind verkohlt. Die Totenliste wächst stündlich an.

Newark. 27. November. Unter den beim Brandunglück Umgekommenen befinden sich vermutlich auch mehrere Deutsche.

* * *

Berlin. 27. November. In dem auf dem Vergnügungsplatz Ecke Kugler- und Greifswalderstraße befindlichen Zirkus wollte ein Löwenbändiger einen Ringkampf mit einem Löwen vorführen. Als der Mann in den Löwenzwinger trat, kam der Löwe auf ihn zu und biß ihm die linke Seite des Halses durch. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Als Passanten gestern früh kurz nach 7 Uhr einen in der Reichenberger Straße ausgebrochenen Brand bemerkten, schlugen alsbald starke Flammen durch die Fensterscheiben hinaus. Das Treppenhaus war bald so verqualmt, daß es nicht mehr benutzbar war. In wenigen Minuten waren die Bewohner des Hauses, meist nur notdürftig bekleidet, auf den Beinen. Es bemächtigte sich ihrer eine große Aufregung. Sie stürzten Hilfe rufend an die Fenster. Frauen wollten schon auf die Straße springen, als die Feuerwehr am Platze erschien, um mit ihren großen Leitern die Gefährdeten in Sicherheit zu bringen.

Die sibirischen Sänger traten gestern zum erstenmal vor einem geladenen Publikum von Künstlern mit großem Erfolge auf.

*

Mährisch-Ostrau. 27. November. In Klein-Kunschitz bei Mährisch-Ostrau ermordete gestern der Bergarbeiter Tatar seine Gattin. Seit kurzem ist dies der 18. Mord in der Gegend von Mährisch-Ostrau.

Budapest, 27 November. Nach einer Privatmeldung aus Fiume ist dort der Reichstagsabgeordnete und Chefredakteur des bekannten ungarischen Witzblattes Borszem Janko, Dr. Adam Liposchy, plötzlich wahnsinnig geworden.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke

vom 28. November, mittags 12 Uhr.

Barometer 740. Regen. Wind.
Thermometer + 2° R.
Thermometergraph. Min. — 1, Maxim. + 1.
Hygrometer 84 %.
Wasserstand + 10.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 29. November:

Winde aus Ost bis Süd, veränderliche Bewölkung, Temperatur wenig geändert, zunächst zeitweise Niederschlag.

Dresdner Polizeibericht vom 28. November.

Vor einigen Tagen fuhr auf der Marienbrücke ein radfahrender Fleischergeselle in einen Straßenbahnwagen hinein und geriet unter den Vorderstandplatz. Der Verunglückte mußte nach der Verbandstation auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz getragen und von hier im Unfallwagen in das Friedrichstädter Krankenhaus übergeführt werden, wo an ihm eine schwere Brustquetschung und mehrere Hautabschürfungen festgestellt wurden. Der Wagenführer ist an diesem Unfalle schuldlos.

Am Freitag kam an der Ecke der Gärtnergasse und Rosenstraße ein sechsjähriges Mädchen beim Ueberschreiten der Fahrbahn zu Fall und wurde von einem in demselben Augenblicke ankommenden Kraftfahrzeuge des Konsumvereins Vorwärts überfahren. Das Kind kam mit einer Quetschung des rechten Knies davon. Dem Kraftwagenführer trifft keine Schuld.

Einer amtlichen Nachricht zufolge ist am 2. November auf der Eisenbahnstrecke Bonames-Berkersheim der Main Weser Bahn eine unbekannte etwa 40 Jahre alte Frau totgefahren worden, deren Personalien bis jetzt nicht festgestellt werden konnten. Sie hatte dunkle Taille ebensolchen Rock, gestrickte Jacke weißen Spitzenunterrock, schwarze Strümpfe und Halbschuhe an. Auskünfte über die Persönlichkeit der Toten werden an die Königl. Polizeidirektion, hier, erbeten.

Letzte Telegramme.

Der Moabiter Prozeß.

Berlin, 28. November. (Privattelegramm.) Die heutige Verhandlung begann mit der Erörterung der Einzelfälle. Die Angeklagten Thielemann und Mertens sollen mit anderen Streikenden Kohlenwagen begleitet und die Kutscher mit Steinen beworfen haben. Ein Zeuge hat beide vor dem Untersuchungsrichter schwer belastet, schränkt heute aber seine Aussagen wesentlich ein. Der Vater eines Angeklagten wird eidlich vernommen, so weit er Vorgänge bekunden soll, die sich nicht auf seinen Sohn beziehen; er bestreitet ganz entschieden, daß die Thielemann und Mertens geschimpft und geworfen hätten. — Ein Angeklagter soll sich im Norden Berlins am Werfen auf Kohlenwagen der Firma Kupfer u. Komp. beteiligt haben. Die vernommenen Zeugen vermögen nichts Bestimmtes zu bekunden. — Das gleiche Ergebnis haben einige andere Vernehmungen.

Briands Ausnahmegesetze.

Paris 28. November. Im Ministerrat wurde am Sonnabend die Beratung über das Streikgesetz fortgesetzt, aber noch nicht beendet. Der genaue Text wird frühestens am nächsten Dienstag bekannt werden. Der Echair teilt mit: Nach dem zweiten Gesetzvorschlag sollen die Eisenbahnarbeiter und -angestellten für den Verlust des Streikrechts entschädigt werden durch ein System von Schiedsgerichten, das von lokalen Einigungsämtern, die aus Angestellten und Vertretern der Gesellschaften bestehen, bis zu einem Obersten Schiedsgericht aufsteigt. Dieses soll zu zwei Dritteln von der Kammer zu einem Drittel vom Senat gewählt werden. Falls der Spruch dieses letzten Gerichts dem Staatsetat oder den Gesellschaften besondere Ausgaben auferlegt, hat die Deputiertenkammer über die Lösung des Konflikts das letzte Wort zu sprechen.

Rüstungen zum Kampfe.

Paris, 28. November. Die Humanité veröffentlicht ein Rundschreiben des Hauptausschusses der Reeder Frankreichs, worin die Mitglieder aufgefordert werden, eine genaue Liste ihrer Schiffe und Mannschaftsbestände aller Grade mitzuteilen, damit im Falle eines Ausstandes im Einvernehmen mit den staatlichen Marinebehörden die notwendigen Maßnahmen getroffen werden können um die eingeschriebenen Seeleute durch Personal der Kriegsmarine zu ersetzen.

Ankündigung des Hungerstreiks.

Paris, 28 November. Die aus Anlaß des Eisenbahnerausstandes verhafteten Mitarbeiter des antimilitaristischen Blattes Le Social, Almereida und Merle, richteten an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, worin sie mit dem Hungerstreik drohen, falls sie nicht morgen oder übermorgen als politische Gefangene behandelt würden.

Ein Fürsorglicher.

Paris, 28. November. Aus Toulon wird gemeldet: Der kommandierende General verbot den ihm unterstehenden Truppen, den in der Arbeitsbörse veranstalteten öffentlichen Vorträgen beizuwohnen.

Die Davongejagten.

Paris, 28. November. Aus Rom wird gemeldet: Der gegenwärtig in Madrid weilende Provinziale der aus Portugal ausgewiesenen Jesuiten hat dem Papste eine Abschrift einer von ihm an das portugiesische Volk gerichteten Erklärung übersandt, in der gegen das Vorgehen der provisorischen Regierung in Lissabon scharf Einspruch erhoben wird, „weil sie seine Ordensbrüder ausgewiesen, sie gewalttätig und unwürdig behandelt und ihre Güter konfisziert habe". Man habe sogar Prostituierte in ihre Gefängnisse eingeschmuggelt, um die Jesuitenpater zu kompromittieren. Besonders legt der Protest gegen die Beschuldigung der Revolutionäre Verwahrung ein, daß die Jesuiten in ihren Klöstern Waffenvorräte verborgen gehalten hätten. Der Wortlaut dieses Protestes wird heute gleichzeitig in Rom und in Madrid veröffentlicht werden.

Kämpfe in Mexiko

Mexiko, 28. November. Gestern fand bei Chihuahua ein Gefecht statt, wobei 400 Anhänger Maderos von 600 Mann Regierungstruppen geschlagen wurden. Von den Revolutionären sind 13 Mann gefallen und mehrere verwundet worden. Die Regierungstruppen hatten keinen Gefallenen, aber mehrere Verwundete.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Konsum-Verein Vorwärts

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte

Zwingerstrasse Nr. 12, part. und 1. Etage ✶ Königsbrücker Strasse Nr. 38, part. und 1. Etage

Rodelschlitten – Kinderschlitten

Rodelschlitten	Buchenholz	1-Sitzer . . .	4.25 M.
Rodelschlitten		2-Sitzer . . .	4.75 M.
Rodelschlitten		3-Sitzer . . .	5.50 M.
Rodelschlitten	Eichenholz	1-Sitzer . . .	5.25 M.
Rodelschlitten		2-Sitzer . . .	6.00 M.
Rodelschlitten		3-Sitzer . . .	7.25 M.

Kinder-Lehnschlitten eiserne
1-Sitzer 2.85 M.
2-Sitzer 3.75 M.

Unsere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet!

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet!

Sozialdem. Verein Dresden-A.

Freitag den 2. Dezember, abends 9 Uhr
im großen Saale des **Volkshauses**

Vortrags-Zyklus

vom Genossen **Gradnauer:**

Was will die Sozialdemokratie? 2. Abend: Schutzzölle und Freihandel.

—— Zutritt nur für Mitglieder! ——

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Steinarbeiter!

Mittwoch den 30. November, abends Punkt 6 Uhr
:: im **Volkshaus**, Rizenbergstraße 2 ::

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. **Der Einfluss der indirekten Steuern und Zölle auf den Arbeiterhaushalt.**
   Referent: Genosse Stadtverordneter **Wilhelm Buck.**
2. **Gewerkschaftliches.**

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. — Mitgliedsbuch ist mitzubringen. **Die Verwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Dienstag den 29. November, abends 9 Uhr
im **Volkshaus** (kleiner Saal), Marstraße 13

Vertrauensmänner und Funktionäre

3. Vortrag des Genossen W. Buck über **Arbeiterrecht.**

Dienstag den 29. November, abends 9 Uhr, im **Volkshaus** (Zimmer 15), Rizenbergstraße 2, 1.

Zusammenkunft aller Buchhandlungsboten und Zeitschriften-Kolporteure.

Mittwoch den 30. November, abends 9 Uhr, in der **Zentralhalle**, Fischhofplatz

Oeffentliche Versammlung

aller Kohlenarbeiter, Träger und Trägerinnen.

Vortrag: **Was kann eine Gewerkschaft leisten?**

Wir ersuchen, für guten Besuch aller Versammlungen zu agitieren. **Die Verbandsleitung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Meissen

Mittwoch den 30. November, im **Gasthof zu Coswig**

Vortrags-Abend

Deutsches Frauenleben im Wandel der Jahrhunderte.

Vortragender: Herr **Th. Meentzen**, Moritzburg.
Eintritt frei. — Anfang 8½ Uhr.

Karten sind in der Buchhandlung Ed. Schmidt, Kötitz, zu haben. Karten in den Händen Unorganisierter haben keine Gültigkeit.
Die Ortsverwaltung.

Warnung.

Wie man uns mitteilt, beabsichtigen **einige Unternehmer ohne Einverständnis der Ausstellungsleitung Kataloge und Führer** herauszugeben und dafür **Inserate zu sammeln.** Wir warnen davor, solchen Unternehmern irgendwie Aufträge zu erteilen, da das dafür aufgewandte **Geld zwecklos ausgegeben** ist. **Es werden nur solche Kataloge und Führer zum Verkauf auf dem Ausstellungsgelände zugelassen werden, die offiziell von der Ausstellungsleitung herausgegeben werden.**

Auch sind Massnahmen getroffen worden, dass **„wilde" Kataloge und Führer** für die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 **überhaupt nicht zum Verkauf gelangen** können. **Vertreter für offizielle Ausstellungs-Publikationen (Kataloge, Führer, Zeitschriften) haben von der Ausstellungsleitung erteilte Ausweise in Händen.**

Das Ausstellungsamt
der Internationalen Hygiene-Ausstellung
Dresden 1911.

Restaur. zur alten Post

Dresden-Trachau, Riesastraße 8

Sonntag den 4. Dezember

Bockbier-Anstich

Frauen-Tee

Paket 75 Pf.
R. Freisleben
nur Postplatz.

Ev.-soz. Vereinigung.

Bürgergarten, Lübecker Strasse 16.

Mittwoch den 30. November, abends 8½ Uhr

Oeffentl. Diskussions-Vortrag

von Pastor Mensing:

Schiller — ein liberaler oder sozialer Dichter.

Wie diese Palme

das auf der Erde wandelnde Tierreich überragt, so überragen die Pflanzenfette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen.
Palmin zum Kochen, Braten und Backen.
Palmona als Brotaufstrich.

Bürger-Schänke

Palmstrasse 1 eine Minute vom Hostplatz
Jeden Dienstag von abends 6 Uhr an
Grosses Gänse-Essen
Nur Prima Prager Fleischgänse
mit Rotkraut und Kartoffeln
Nur grosse Portionen à 65 Pf.

Ganz Dresden spricht von

Anfang 8 Uhr 20 Min.

Tymian's Thalia-Theater

Görlitzer Straße 6 Linie 6 Ecke Luisenstr.

Stürmischer Beifall! ✶ Riesenerfolg

Sonntags 11 bis 1 Uhr!
Fideler Frühschoppen
mit Vorstellung.
Nachm. 4 Uhr kleine Preise.
Volles Abendprogramm.

Jeden Donnerstag 4 Uhr!
„Damenkaffee" mit Vorstellung. 20 und 30 Pf.
Die neuen **TTT**-Vorzugskarten sind gültig.

Wir suchen zum baldigen Antritt einen zweiten

Geschäftsführer

der bereits als solcher tätig war und Kenntnisse in der **Manufakturwarenbranche** besitzt.

Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche sind zu richten an

Consum-Verein Striesen
Dresden 21.

Z.-C.-Sitzung.

Dienstag nachmittags **Punkt 6 Uhr**

Wint.-Ueberz., Joppen, Anzüge, neu u. getr., verk. bill. **Gebler**, Schneidermeister, Drehgasse 8, 1.

Eleg. **Plüschsofas, Chaiselongues**, Bettst., **Matratzen** bill. Teilzahl. gest. Schäferstr. 22, Rößler, Tapez.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Fleißner, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275. | Dresden, Montag den 28 November 1910. | 21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Reaktionäre finden sich.

Vor einigen Tagen haben einige Mittelständler ihre Zylinder gewichst und ihre Fräcke gebürstet. Sie hatten Großes vor. Als Abgesandte der Mittelstandsvereinigung sollten sie sich zum Finanzminister begeben, um ihm anläßlich seines bevorstehenden Abgangs eine Adresse zu überreichen. Es sollte so dem alten Erzreaktionär auf dem Ministersessel der Dank aller Zünftler und Rückschrittler für seine angeblichen Verdienste um den Mittelstand ausgedrückt werden.

Uns ist von solchen ja nichts bekannt. Offenbar ist aber die Begeisterung der Mittelständler, für die Fritsch, Unrasch und Kohlmann die Adressenträger abgaben, durch die mehr als feindselige Haltung des Finanzministers gegen die Arbeiterbewegung geweckt worden. Wer sich die arbeiterfeindlichen Adressen des Mittelstandstages und die Vorstöße gegen das Koalitionsrecht vergegenwärtigt und wer andrerseits die oft in recht gehässiger Form gegebenen Absagen des Finanzministers Dr. v. Rüger an das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, besonders der Eisenbahner, kennt, der wird verstehen, daß sich Finanzminister und Mittelständler gegenseitig rührselig granuliert haben.

Verwandte Seelen finden sich. Ein Obermeister und ein Finanzminister scheinen auf den ersten Blick allerdings nicht viel miteinander gemein zu haben. Aber die Feindschaft gegen die organisierte Arbeiterschaft führt sie zusammen und läßt sie von gleichartigen Sympathien reden.

Der gehende Finanzminister hat den befrackten Herren versichert, daß er für den Mittelstand immer viel übrig gehabt hätte und sich auch weiter für ihn interessieren werde. Damit beglückte er die Mittelstandsdeputation außerordentlich. Mit freudestrahlenden Gesichtern rückten sie unter zahlreichen Segenswünschen für den Lebensabend Dr. Rügers ab.

Dem sächsischen Volke wird es jetzt allerdings ziemlich gleichgültig sein, wie Dr. Rüger über die Mittelstandsbestrebungen denkt. Der Herr geht jetzt und damit ist seine Regierungstätigkeit abgeschlossen und sein Einfluß dahin. Tränen werden ihm von den einsichtigen Teile der Staatsbürger, die seine engherzige Sparpolitik von jeher scharf als kulturfeindlich verurteilt haben, sicher nicht nachgeweint werden. Die Mittelständler werden aber trotz ihres übereifrigen Rumorens auch niemand gefährlich werden können. So eifrig sie auch Reden und Paraden veranstalten, sie sind doch mehr denn je davon entfernt, ihre gemeinschädlichen Pläne wie Umsatzsteuer usw., zu verwirklichen. Auch sie haben bereits ausgespielt, ebenso wie jetzt der sächsische Finanzminister.

Ein deklassierter Bürgermeister.

Mit einem recht merkwürdigen Beschluß der Gemeindevertretung des Städtchens Dahlen hatte sich, wie das Leipz. Tagebl. meldet, der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Oschatz zu befassen. Zwischen einem Teil der Einwohner und dem Bürgermeister Müller herrscht nicht gerade das beste Einvernehmen. Die Gegner des Bürgermeisters setzten nun im Gemeinderat einen Beschluß durch, der die Gebühren für Dienstreisen der städtischen Beamten neu regelte. Bisher wurden dem Bürgermeister 9 M. Tagegelder und die Eisenbahnbenutzung in der 2. Klasse gewährt. Nach dem neuen Entwurfe sollte er nur noch 4 M. bei Dienstreisen nach Oschatz, 6 M. bei weiteren Reisen und dazu das Fahrgeld für die 3. Klasse erhalten. Für die übrigen Vertreter der Gemeinde wurden dagegen 9 M. mit Benutzung der 2. Klasse ausgeworfen. Der Bezirksausschuß verwarf diesen Beschluß und verfügte, daß der Bürgermeister in die obere Klasse zurückversetzt werden müsse.

Nach diesem Vorgange zu urteilen, scheint man in Dahlen die Tätigkeit des Bürgermeisters nicht besonders hoch einzuschätzen.

Außergewöhnliche Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche.

Um die weitere Verbreitung der Maul- und Klauenseuche zu verhindern, soll nach einer Verfügung des Stadtrats und der Amtshauptmannschaft Löbau unbedingt vermieden werden, daß Personen aus verseuchten Gehöften die Tanzsäle besuchen. Zu diesem Zwecke wird von diesen Behörden für die Städte Löbau und Weißenberg sowie 31 Landgemeinden mit Zustimmung der Tanzwirte bis auf weiteres angeordnet, daß ortsfremde Personen vom Tanzsaal wegzuweisen sind, soweit sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie nicht in einem Gehöft wohnen, in welchem die Maul- und Klauenseuche herrscht. Zur Führung dieses Beweises haben Personen, die von auswärts einen Tanzsaal der vorgenannten Orte besuchen, in der Regel ein Zeugnis ihrer Ortsbehörde (Stadtrat, Bürgermeister, Gemeindevorstand, Gutsvorsteher) vorzulegen. Das Zeugnis muß das Datum desselben Tages oder des Tages vorher tragen und zum Ausdruck bringen, daß der Inhaber nicht in einem Gehöfte wohnt, in welchem die Maul- und Klauenseuche herrscht.

Ueber das gewerbliche Schulwesen

hat das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, die besagt:

„Die gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen entsprechen hinsichtlich ihrer Organisation zum Teil nicht den Anforderungen, die für eine gründliche Ausbildung der gewerblichen Jugend als notwendig erachtet werden müssen. Das Ministerium des Innern hält es daher für angezeigt, daß ein weiterer Ausbau der Lehrlingsabteilungen dieser Schulen nach folgenden Gesichtspunkten vorgenommen wird.

1. Der Unterricht soll an Wochentagen stattfinden, nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und spätestens abends 8 Uhr beendet sein. Ausnahmsweise kann die Erteilung von Fachunterricht Sonntags gestattet werden, insbesondere dann, wenn keine geeigneten Lehrkräfte oder Unterrichtsräume zur Verfügung stehen.

2. Die Unterrichtsdauer ist durchgängig auf drei Jahre auszudehnen.

3. Die wöchentliche Stundenzahl ist für diejenigen jungen Leute, die einer zeichnerischen Ausbildung bedürfen, auf mindestens acht, für die übrigen auf mindestens sechs festzusetzen.

4. Für die Verteilung des Lehrstoffes wird ein Normallehrplan aufgestellt werden, der später den Schulen zur Verfügung gestellt werden soll.

5. Die Schülerzahl soll in den einzelnen Klassen im allgemeinen nicht mehr als 25 betragen. Ueberschreitet sie die Zahl 30, so ist eine Teilung der Klasse vorzunehmen.

6. Die Anstellung hauptamtlicher Lehrkräfte ist anzustreben. Auf sie ist möglichst dann zuzukommen, wenn die Schülerzahl 100 übersteigt. Bei der Auswahl der ständigen Lehrkräfte ist solchen Bewerbern der Vorzug zu geben, die umstande sind, sämtliche Unterrichtsfächer in einer Klasse zu erteilen.

7. Der beruflichen Gliederung ist in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen.

8. Zur Erreichung der Forderung unter 7 haben die gewerblichen Schulen noch mehr dahin zu streben, die Gewerbelehrlinge benachbarter Orte zum Besuche der Schule zu gewinnen. Bestehende gewerbliche Schulen benachbarter Orte möchten, soweit dies möglich und angezeigt ist, zu einer gemeinsamen Schule vereinigt werden.

9. Für die größeren gewerblichen Schulen sind eigene Unterrichtsräume zu beschaffen und entsprechend auszustatten.

10. Die Lehrmittel sind in übersichtlicher Weise zu ordnen und aufzubewahren.

11. Für größere gewerbliche Schulen wird die Benutzung von Projektionsapparaten empfohlen.

12. Die Schulverwaltungen und Lehrer wollen darauf bedacht sein, einen erziehlichen Einfluß auf ihre Schüler auch außerhalb der Schulzeit zu gewinnen, zum Beispiel durch Wanderungen in Verbindung mit Besichtigungen, durch Turnspiele usw., sowie durch Anregen zum Lesen geeigneter Bücher und Veranstaltung von Vortragsabenden.

Das Ministerium ist geneigt, den Unternehmern der gewerblichen Schulen zur Durchführung der bezeichneten Forderungen entsprechende Beihilfen zu gewähren, und stellt den Schulen, deren Ausbau in der vorstehend gekennzeichneten Weise erfolgt ist, die Bezeichnung „Gewerbeschule" in Aussicht."

Das Wirtschaftsjahr 1910.

8. Zu den Gradmessern des Arbeitsmarktes gehören auch die Einnahmen der Landesversicherungsanstalten an Invalidenversicherungsbeiträgen. Das Reichsarbeitsblatt bringt deshalb auch regelmäßige Uebersichten über die Monatseinnahmen der Versicherungsanstalten. Greift man speziell die Angaben für das Königreich Sachsen heraus, so ergibt sich für 1910 eine Besserung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich mit dem Jahre 1909. Im Durchschnitt nahm die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen in den Monaten Januar bis September 1910 den Betrag von 1 465 349 M. an Beiträgen ein. Der Durchschnitt der gleichen Monate des Vorjahres 1909 war nur 1 393 668 M. Selbst der Monatsdurchschnitt des ganzen Vorjahres 1909 mit 1 430 417 M. ist in diesem Jahre bis jetzt schon überholt worden. Die höchste bis jetzt überhaupt erzielte Monatseinnahme brachte der Juli 1910 mit 1 640 520 M. Betrachtet man die Verbesserung der Lage nach Gebietsteilen, so ergibt sich, daß die ersterwähnten Monatsdurchschnitte gestiegen sind im Bezirk Chemnitz um zirka 35 000 M., Dresden 24 000 M. und Leipzig 12 000 M. Am höchsten ist also die Zunahme im Bezirk Chemnitz mit seiner Metallverarbeitung und Textilindustrie. Die Erhöhung der Einnahmen erklärt sich einfach daraus, daß eine größere Zahl von Arbeitern und mit höheren Löhnen zur Versicherung herangezogen, also beschäftigt war.

Vom Talsperrenbau im Weißeritzgebiet.

Seit 12 Jahren steht der Talsperrenbau im Weißeritzgebiet auf der Tagesordnung. Jetzt endlich scheint es damit etwas vorwärts zu gehen. Aus Malter bei Dippoldiswalde wird folgendes mitgeteilt: Die große Talsperre wird nun bald in Arbeit genommen. Die Sperrmauer, die in der Sohle eine Stärke von 31,64 Metern erhält und sich nach oben auf eine Stärke von 5 Metern verjüngt, wird an der höchsten Stelle eine Höhe von 36,4 Metern erreichen. Ihre auf der Krone gemessene Länge wird 192 Meter betragen. Zu ihrem Bau sind allein 58 000 Kubikmeter Mauerwerk und 10 000 Kubikmeter Beton nötig. Zum Bau der Gesamtanlage sind 50 000 Kubikmeter Erd- und Felsmassen zu bewegen und 66 000 Kubikmeter Mauerwerk, 11 000 Kubikmeter Beton, 6000 Quadratmeter Böschungs- und Sohlpflaster und 600 Meter Vorlagen erforderlich. Zur Verwendung werden kommen 6 970 000 Kilogramm Zement, 3 640 000 Kilogramm Traß und 970 000 Kilogramm Kalk. Bei einer täglichen Mauerleistung von 300 Kubikmetern werden alle Arbeiten am 1. Juli 1913 beendet sein. Die Sperre wird 9,5 Millionen Kubikmeter Wasser fassen und ungeachtet der Anstauungen in den Seitentälern einen Stauspiegel von 3 Kilometer Länge haben.

Zur Nonnenkalamität in Sachsen.

Die gefährliche Nonnenplage, die besonders in den Jahren 1906 bis 1908 in vielen sächsischen Wäldern Schaden verursacht hat, ist jetzt dem Erlöschen nahe. Nur in einigen Gegenden der Kreishauptmannschaften Dresden und Leipzig, u. a. auf den Staatsforstrevieren Wermsdorf, Hubertusburg, Kolditz, Glaßen und Naunhof des Grimmaer und auf den Revieren Okrilla, Laußnitz und Ullersdorf des Dresdner Forstbezirks besteht für 1911 noch einige Gefahr. Der Niedergang der Kalamität ist in erster Linie dem vermutlich durch die Witterungsverhältnisse des Jahres 1910 begünstigten Auftreten der Schlaffsucht, einer infektiösen Krankheit der Nonnenraupen, und in zweiter Linie der wirksamen Mithilfe der Tachinen und sonstigen Feinde des Schädlings zu danken.

Welchen Umfang die Nonnenkalamität in Sachsen angenommen hat und wie groß namentlich die Gefährdung des Staatswaldbesitzes war, mögen einige Zahlen zeigen. Während Anfang 1907 48, im folgenden Jahre 35 und zu Anfang 1909 85 Staatsforstreviere von der Nonne befallen waren, wurden Anfang 1910 98 Reviere als nonnengefährdet bezeichnet, so daß nur noch 11 staatliche Reviere als nonnenfrei gelten konnten. Als gefährdet durch das massenhafte Auftreten der Nonne waren ungefähr 34 000 Hektar Staatswald anzusprechen. Große Nonnenverheerungen wurden auch aus den Zittauer Kommunalforsten gemeldet. Der Kampf gegen den Schädling wurde in den Staatsforsten von 1907 an in steigendem Maße durch die Anbringung der vielumstrittenen Leimringe geführt, wodurch ungeheure Mengen junger Nonnenraupen abgefangen und hierdurch am Fraß in den Baumkronen verhindert wurden. Weiter wurden dann in den späteren Entwicklungsstadien des Schädlings noch ungeheure Mengen von Raupen, Puppen und Faltern gesammelt und vernichtet. Die Gesamtzahl belief sich in den Jahren 1906 bis 1910 auf etwa 134 Millionen Raupen und Puppen und 84 Millionen Falter. Dieser Kampf und andere durch ihn bedingte Maßnahmen kosteten dem sächsischen Staatsfiskus bis Ende 1909 rund 560 000 M., wovon allein auf das Jahr 1909 254 112 M. entfallen. Im laufenden Jahre erforderte der Kampf gegen die Nonne noch immer 150 000 M. Staatsgeld.

Diese Summen erscheinen an sich zunächst groß aber sie sind gering im Verhältnis zu dem Schaden der unsere Staatsforsten und Privatwaldungen bei Unterlassung von Gegenmaßregeln betreffen könnte. So sind z. B. der Nonne in den ostpreußischen Staatsforsten, die annähernd den gleichen Umfang haben wie die sächsischen, rund vier Millionen Festmeter Holz zum Opfer gefallen, was einen geldwerten Schaden von etwa 10 bis 15 Millionen Mark bedeutet. In Sachsen dagegen war der durch die Nonne am Waldbestand angerichtete Schaden nicht so groß. Die gesamte infolge Raupenfraßes seit 1908 zum Einschlag gebrachte Holzmasse beträgt etwa 12 000 Festmeter gegenüber einem etatsmäßigen jährlichen Hiebsatz in den Staatsforsten von 887 000 Festmetern Derbholz. Kahlgefressen wurden im sächsischen Staatswalde nur etwa zehn Hektar. Große Kahlfraße sind im Zittauer Stadtwalde vorgekommen.

Besondere Erwähnung verdient schließlich noch die Tatsache, daß die schnelle Entdeckung des gefährlichen Insektes und seine rechtzeitige Bekämpfung wesentlich gefördert wurde durch die räumliche Ordnung im Walde, wie sie mit Hilfe des Verfahrens der sächsischen Bestandeswirtschaft schon seit vielen Jahrzehnten angebahnt und erfolgreich durchgeführt worden ist. Die Uebertragung dieses Wirtschaftsprinzips auf zahlreiche Privatforsten und die daselbst in gleicher Weise durchgeführte energische Bekämpfung der Nonnen hat auch auf diesen Gebieten große Waldbeschädigungen verhütet.

Zittau. Die Nationalliberalen haben hier anläßlich des 25jährigen Bestehens des hiesigen nationalliberalen Vereins eine Parade abgehalten, wozu auch Bassermann und der Reichstagsabgeordnete für Dresden-Altstadt, Dr. Heinze, erschienen waren. Aus den Reden ist besonders bemerkbar, daß Dr. Heinze einer Versöhnung mit den Konservativen lebhaft das Wort redete.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einer Fabrik der Nordvorstadt in Chemnitz waren ein 26jähriger Kupferschmied und ein 17jähriger Lehrling damit beschäftigt, an einem geschlossenen eisernen Faß einen glühenden eisernen Reifen aufzuziehen. Dabei explodierte das Faß, in dem sich Gase gebildet haben mochten. Von dem Boden des Fasses wurde der Schmied derartig getroffen, daß ihm der rechte Fuß vollständig abgerissen und der linke zerschmettert wurde. Der Lehrling wurde durch den Luftdruck heftig gegen die Wand geschleudert und blieb bewußtlos liegen; er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Beide Verunglückten wurden in das Krankenhaus geschafft, wo der Kupferschmied nach mehreren Stunden seinen furchtbaren Verletzungen erlag, während sich der Lehrling einigermaßen erholte. — Der 29 Jahre alte, unverheiratete Vorarbeiter Hermann Schädlich aus Chemnitz war in Brunn bei Auerbach mit der Herstellung von Anschlüssen für das Elektrizitätswerk Rodewisch beschäftigt. Er rutschte auf der Leiter aus und stürzte so unglücklich, daß er auf einen Drahtzaun fiel. Da die Lunge durchbohrt ist, wird an seinem Aufkommen gezweifelt. — Der vormittags ½11 Uhr von Klingenberg-Colmnitz nach Frauenstein fällige Personenzug ist am Sonnabend wegen Maschinendefekt hier liegen geblieben. Es mußte eine Reservelokomotive herbeigeholt werden, wodurch der Personenzug über zwei Stunden Verspätung erlitt. — Am Freitag vormittag explodierte in der Wagenfabrik von Wiegand in Zwickau ein dort eingestelltes Automobil eines hiesigen Fabrikanten und wurde durch das Feuer vollständig zerstört. Die Explosion ereignete sich, als das Automobil beim Einfahren in die Wagenremise rückwärts gegen einen Ofen fuhr. Dabei wurde jedenfalls der Benzinbehälter beschädigt und das Benzin zur Entzündung gebracht. Bei dem Brande wurde auch eine Anzahl Fahrräder, Wagen und Wagenteile vernichtet.

Stadt-Chronik.

Arbeitslos.

Wintermorgen. In den Straßen eine schmutzig-braune, kottrige Masse. Schneeschlicker. Bald regnet, bald schneit es. Scharfer Wind weht durch die Häuserreihen. Ein Wetter, bei dem man keinen Hund hinausjagt. In einer einsamen, abgelegenen Straße, in die gedämpft, wie aus weiter Ferne, der Lärm der nahegelegenen Hauptstraßen dringt, hat sich vor einem Hause eine Menschenmasse angesammelt. In Gruppen stehen sie beieinander, zusammengeduckt, frierend und zitternd. Oder sie stampfen auf dem schmutzigen Fußsteige hin und her, um die kalten Füße zu erwärmen. Aber wenigen gelingt's. Die meisten haben dünnes Schuhzeug oder gar zerrissene Stiefel an. Je mehr sie stampfen, desto nässer werden sie an den Füßen.

Arbeitslose sind's. Man sieht's ihnen schon von weitem an. Wenige von ihnen sind noch in der glücklichen Lage, eine warme Kleidung ihr eigen zu nennen. Die meisten sind in dünne, abgetragene Kleider gehüllt. Verschieden im Alter. Junge Burschen, dem Knabenalter kaum entwachsen. Männer, in der Blüte der Jahre. Schwächliche und Blutarme, die dem Kapitalismus schon ihre besten Kräfte geopfert haben. Aber auch Alte sieht man unter ihnen, die wohl niemals mehr Aussicht haben, eine Stellung zu erhalten. Alle sind sie aber von dem einzigen Gedanken beseelt: bald Arbeit zu erhalten.

•

Auf einem nahen Kirchturme schlägt eine Glocke an. In die wartende Menge kommt Bewegung. Eine unsichtbare Hand zieht die Rolläden in die Höhe. — Der Arbeitsnachweis wird geöffnet. Rücksichtslos drängen die Außenstehenden in den engen, unfreundlichen Raum. Jeder ist bestrebt, so nahe wie möglich an den Schalter zu kommen, denn die offenen Stellen sind gewöhnlich sehr gering, und die Not bei allen sehr groß. Hinter dem vergitterten Fenster — es sieht einem Gefängnis nicht unähnlich — steht der Beamte und wartet, bis Ruhe in das ungeduldige Volk gekommen ist. „Ruhe!" schallt es von allen Seiten. Endlich beginnt er mit dem Verlesen der offenen Stellen. Ein junger Schlosser, 18 bis 25 Jahre alt, ein Dreher, nicht über 25 Jahre alt, ein junger Former, der schon auf dies oder jenes gearbeitet hat, ein Maschinenbauer mit langjährigen Zeugnissen, ein Hofarbeiter, 20 bis 25 Jahre alt, ein Bauschlosser, der zu Ostern ausgelernt hat, und zwei Klempner zur Aushilfe. — Geschäftsmäßig und monoton fließen die Worte von seinen Lippen. Kaum hat er geendet, kommt Bewegung in die Masse. Man hört bitteres Lachen, Murmeln des Unwillens oder derbe Flüche von den „zu alten", von den Männern im besten Mannesalter. „Wieder nichts!" „'s ist gleich zum Aufhängen!" „Hätten wir uns jung gehangen, wären wir jetzt nicht zu alt!" „Die jungen Kerle, die's nicht so notwendig brauchen wie wir, die kriegen Arbeit, und wir können mit unserer Familie Kohldampf schieben!" Diese und ähnliche Redensarten schwirren durch die Luft.

Die Jungen drängen nach dem Schalter, und die andern streben dem Ausgange zu. In Gruppen oder einzeln, teils in lauter Unterhaltung, teils in stummer Resignation verlassen sie die Stätte, wieder um eine Hoffnung ärmer.

Draußen weht ein rauher Wind. Bald regnet, bald schneit es. Die schmutzig-braune Masse spritzt unter den Tritten der Männer hoch auf. Durch die Schuhe dringt die Nässe. Sie merken's nicht. Eifrig diskutieren sie, wie am schnellsten Arbeit zu erlangen sei. Oder stumm in Gedanken versunken, mit sich und der Welt in Unfrieden, trotten sie die Straße entlang und zerstreuen sich in alle Winde . . . r. L.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verfehlte Boykott-Aktion.

In der Reichskrone fand am 27. August eine vom Sozialdemokratischen Verein des 4. Wahlkreises und vom Gewerkschaftskartell einberufene Volksversammlung statt, die sich mit dem Streik in der Brauerei zum Plauenschen Lagerkeller beschäftigte. Der Vorsitzende, Genosse Lienicke, verlas die bekannte Resolution, in der sich die Versammelten mit den Streikenden solidarisch erklären. Lienicke erhielt darauf wegen Aufforderung zum Boykott eine Strafverfügung über 10 M. Die Aufforderung wurde besonders in dem letzten Absatz erblickt, in dem gesagt wird: Die Versammelten verpflichten sich, anderen Bieren so lange den Vorzug vor denen des Plauenschen Lagerkellers zu geben, bis die Differenzen zwischen dem Lagerkeller und den Streikenden beigelegt sind. L. beantragte richterliche Entscheidung und machte geltend, er habe den letzten Absatz nicht mit verlesen. Nicht etwa, weil er ihn für strafbar hielt, sondern weil man bei der Verschiedenartigkeit der Rechtsprechung sich auf alles gefaßt machen müsse. Der in der Versammlung zugegen gewesene Kriminalgendarm Küchenmeister kann als Zeuge nicht behaupten, ob der inkriminierte Satz verlesen wurde. Vermutlich habe sein Kollege, der die Resolution aufnotierte, den Wortlaut aus der Dresdner Volkszeitung ergänzt. Da auch der Gewerkschaftssekretär Genosse Seebald gleichfalls bestätigte, daß der letzte Satz gestrichen worden war, mußte das Gericht auf Freisprechung erkennen.

Aus den Bezirksausschüssen.

In geheimer Sitzung hat der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt folgende Konzessionsgesuche genehmigt: Lösel in Niedersedlitz, Ausschank von Kaffee, Schokolade, Milch und alkoholfreien Getränken; verw. Kolbe in Cossebaude, Konzession für die Weinbergschenke (Uebertragung); Bertram in Coschütz, Schweineschlächtereianlage für den Umfang seines Gewerbebetriebes. Abgelehnt wurden die Gesuche Gerstens und Kerns in Leutewitz (Kleinhandel mit Spirituosen in verschlossenen Flaschen) und Grenzdörfers in Leutewitz (Erweiterung der Tanzbefugnisse). — Die Erhöhung des Gehalts des Gemeindevorstandes in Burgwitz wurde genehmigt. — Im übrigen wurden noch Rekurse in Gemeindesteuerangelegenheiten erledigt. Auf der Tagesordnung der geheimen(!)Sitzung stand auch ein Einspruch Felgentreffs gegen die Gemeinderats-Ergänzungswahlliste in Briesnitz. Ob er Erfolg gehabt hat, war nicht zu erfahren.

Gerichte und Gesetze.

Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen bezw. Kartelltragens sollten sich dieser Tage die Leutnants der Reserve Rechtsanwälte Gustav Harry Lehmann aus Leipzig und Gotthold Hans Ludwig Schubert aus Dresden vor dem hiesigen Militärgericht verantworten. Der vom Erscheinen entbundene Lehmann hat im Juli d. J. einen Offizier zu einem Zweikampf auf gezogene Pistolen, mit dreimaligem Kugelwechsel und 20 Schritt Distanz herausgefordert. Schubert hat die Forderung überbracht. Die Verhandlung wurde ausgesetzt, weil das Gericht noch nicht in der Lage war, ein Urteil zu fällen. Es steht nämlich noch nicht fest, ob das Duell zustande kommt oder ob von beiden Seiten freiwillig darauf verzichtet wird.

Das Duell ist bekanntlich durch Gesetz verboten! Wir waren immer der Meinung, daß Behörden und Gerichte u. a. auch die Aufgabe haben, ungesetzliche Handlungen zu verhindern. In diesem Falle will das Gericht aber abwarten, ob die geplante ungesetzliche Handlung begangen wird. Dem allgemeinen Rechtsempfinden ist ein solcher Vorgang jedenfalls schwer verständlich.

Störung der Nachtruhe. Man schreibt uns: Im Hofe des Grundstücks Fritz-Reuter-Straße Nr. 8 befindet sich eine Fabrikanlage, in der die Maschinenfabrik von Liebig u. Ludewig untergebracht ist. Seit zirka einer Woche wird in diesem Betriebe ohne Unterbrechung Tag und Nacht gearbeitet. Durch den Lärm wird die Nachtruhe der in der Nachbarschaft Wohnenden nicht unerheblich gestört. Nach wiederholter Anzeige auf dem Polizeibezirk ist der Sachverhalt festgestellt worden. Dem Beamten soll aber vom Betriebsinhaber bedeutet worden sein, daß es sich nur um Motordefekte handle, die beseitigt werden müßten, daß aber aus Rücksicht auf die Arbeiter des Nachts gearbeitet würde, damit diese vor Weihnachten noch etwas verdienen sollten. (Wie arbeiterfreundlich!) — Wenn die städtischen Behörden die Genehmigung erteilen, inmitten der Wohnhäuser Fabrikanlagen zu errichten, dann müßten sie auch dafür sorgen, daß die Anwohner dadurch nicht geschädigt werden. Abhilfe ist dringend notwendig!

Warnung vor „wilden" Ausstellungs-Publikationen! Das Ausstellungsamt der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 schreibt uns: „Wie uns aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, beabsichtigen einige Unternehmer ohne das Einverständnis der Ausstellungsleitung Kataloge und Führer herauszugeben und dafür Inserate zu sammeln. Es muß davor dringend gewarnt werden, solchen Unternehmern irgendwie Aufträge zu erteilen, da das dafür aufgewandte Geld zwecklos ausgegeben ist. Es werden nur solche Kataloge und Führer zum Verkauf auf dem Ausstellungsgelände zugelassen werden, die offiziell von der Ausstellungsleitung herausgegeben sind. Auch sind Maßnahmen getroffen worden, daß „wilde" Kataloge und Führer für die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 überhaupt nicht verkauft werden können. Vertreter für offizielle Ausstellungs-Publikationen (Kataloge, Führer, Zeitschriften) haben von der Ausstellungsleitung erteilte Ausweise in Händen."

Die Dampfschiffahrts Gesellschaft teilt uns mit, daß sie den Betrieb nach wie vor noch auf der Strecke Mühlberg—Schmilka aufrecht erhält und daß erst bei stärkerem Eisgang die Fahrten eingestellt werden.

Der diesjährige Dresdner Christmarkt beginnt Sonntag den 18. Dezember und endigt Sonnabend den 24. Dezember, abends 9 Uhr. Sonntag den 18. Dezember ist das Feilhalten nur von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends gestattet. An den übrigen Markttagen dürfen die Verkaufsstände bis abends 10 Uhr offen gehalten werden. Der Christmarkt ist nur zur Erleichterung des Warenabsatzes hiesiger Bürger und Einwohner bestimmt. Auswärtigen Händlern ist das Feilhalten nur insoweit gestattet, als sie ein altes Recht hierzu besitzen. Die hiesigen Inhaber von Christmarktsverkaufsständen dürfen nur ihre Angehörigen oder solche Personen als Verkäufer verwenden, die sich ständig in ihren Diensten befinden oder ihren dauernden Wohnsitz in Dresden haben. Zum Feilhalten bedarf es in jedem einzelnen Falle der Erlaubnis der Marktverwaltung.

Gewerbegericht.

Das Haus- und Arbeitsmädchen Kraßl fordert von dem Schenkwirt Scheithauer 30,33 M. Lohnentschädigung, weil sie ohne Kündigung entlassen wurde. Der Beklagte gibt dies zu, macht aber geltend, er habe der Klägerin sogleich die Weiterarbeit angeboten, indem er ihr sagte sie solle ihre Arbeit weiter machen. Das sei geschehen, als er von der Polizei — zu der er wegen einer vorhergehenden Streitigkeit mit der Klägerin ging — zurückkehrte. Die Klägerin bestreitet entschieden mit dem Beklagten nach dessen Rückkehr von der Polizei ein Wort gewechselt zu haben. Ein Zeuge behauptet jedoch die Aufforderung zur Weiterarbeit gehört zu haben, und die Klägerin wird deshalb abgewiesen.

Von der Firma The Smith Premier Typewriter Co. G. m. b. H. in Berlin wurde der Marktheifer Musch in der hiesigen Filiale entlassen. Er fordert 50 M. Lohnentschädigung. Als Entlassungsgrund wird geltend gemacht, das Personal (und der Kläger) hätten in Abwesenheit des Filialleiters Schnaps getrunken und der Kläger habe angesichts des weiblichen Kontorpersonals die Hosen heruntergezogen. Das Schnapstrinken ist kein Entlassungsgrund in diesem Falle, die andere Behauptung erwies sich als unwahr. Trotzdem mußte der Kläger seine Klage zurückziehen da der als Zeuge vernommene Filialleiter unter Eid behauptete, er habe mit dem Kläger bei Uebernahme der Filiale ausdrücklich Kündigungsausschluß vereinbart.

Das Studenmädchen Albrecht erbat sich von der Pensionsinhaberin Kistner Urlaub, um zu ihren Eltern nach auswärts fahren zu können. Der Urlaub wurde ihr für abends gewährt, die Dauer nicht bestimmt. Das Mädchen kehrte deshalb an jenem Abend nicht zurück, am andern Morgen wurde sie wegen ihres leidenden Aussehens von der Mutter nicht mit dem ersten Zuge fortgelassen, so daß sie erst gegen 10 Uhr zurückkehrte. Inzwischen hatte sich die Pensionsinhaberin ein anderes Mädchen besorgt. Der Vorschlag, das neuengagierte Mädchen zu entschädigen, lehnte die K. ab, worauf sie entlassen wurde. Sie fordert 12 M. Lohnentschädigung, gibt sich aber vergleichsweise mit 6 M. zufrieden. (Vorsitzender: Obergewerberichter Stübing. Unternehmer Beisitzer: Hoteliers Höhne und Beier. Arbeiter-Beisitzer: Marktheifer Hamann und Brauer Finsterbusch.)

Aus der Umgebung.

Briesnitz. Am Sonntag fand die Gemeinderatswahl statt. Es wurden gewählt in der 1. Klasse der Ansässigen die Herren Sachse und Schwenke, als Stellvertreter Schurig und Faust; in der 2. Klasse der Ansässigen die Herren Schmidt und Pause, letzterer als Stellvertreter. In der Klasse der Unansässigen erhielt Genosse Fischer als Ausschußperson von 159 abgegebenen Stimmen 154 und Genosse Heinrich als Ersatzmann 151 Stimmen. Zwei Stimmzettel waren ungültig, die übrigen Stimmen zersplittert. Die Gegner hatten in der Klasse der Unansässigen keine Kandidaten aufgestellt, was eine geringe Wahlbeteiligung (ca. 45 Prozent) zur Folge hatte.

Nach langen Bemühungen ist es der Gemeindeverwaltung gelungen, auf einem Flurstück in der Nähe der Weltemühle eine Rodelbahn anzulegen. Die Bahn liegt geschützt und ist von der Merbitzer Straße aus oder durch den Borngraben bequem in 10 Minuten vom Ortsinnern zu erreichen.

Leutewitz. Als am Freitag abend in Grenzdörfers Gasthof ein Lichtbildervortrag über die evangelische Bewegung in Oesterreich stattfinden sollte, platzte plötzlich, als der Saal verdunkelt war, der mitten im Saale auf einem Tische stehende Lichtbilderapparat. Augenblicklich loderten die Flammen des entzündeten Aethers empor. Während ein Teil der Besucher sich zu entfernen versuchte, beteiligten sich andere an den Löscharbeiten. Selbstverständlich mußte der Vortrag ausfallen. Verletzt wurde niemand.

Stetzsch. Der Gemeinderat hatte kürzlich eine neue Gemeindesteuerordnung aufgestellt, nach der künftig die Gemeindebedürfnisse zu 30 Prozent von der Grundwertsteuer und zu 70 Prozent von der Einkommensteuer zu decken sind. Im Bezirksausschuß bemerkte der Berichterstatter, daß man sich in Stetzsch einer nicht allzuscharfen Progression befleißige. Die kleinen Einkommen seien erheblich belastet, was schon daraus hervorgehe, daß das Staatseinkommensteuersoll 12 000 M., das Gemeindeeinkommensteuersoll aber 37 000 M. betrage. Die Gemeindepolitik ginge dahin, schon die mittleren Einkommen nicht allzuscharf heranzuziehen, um nicht den Zuzug steuerkräftiger Elemente zu erschweren. Wie sehr die kleinen Einkommen besteuert sind, zeigt die Steuerskala. Bei einem Einkommen von 900 M. beträgt die Gemeindeeinkommensteuer 21 M.

Niederpesterwitz. Am Freitag tagte hier eine mäßig besuchte Einwohnerversammlung. Von den Vertretern der Unansässigen wurde Bericht erstattet über ihre Tätigkeit im Gemeinderat. Genosse Schaab knüpfte an die Vorgänge an, die in der letzten Einwohnerversammlung erörtert wurden. Der seines Amtes enthobene Gemeindevorstand Schmiedel hat demnach, wie durch den Finanzausschuß festgestellt wurde, die Geschäfte der Gemeinde in unverantwortlich liederlicher Weise geführt. Es stellte sich heraus, daß 4870 M. überhaupt nicht gebucht waren. Es war für den Ausschuß schwer, Ordnung zu schaffen. Da der Vorstand einen geprüften Revisor verlangte, wurde ihm das zugestanden mit der Bedingung, daß die Kosten dieser Prüfung zu seinen Lasten gingen. Nach dem Ergebnis der Prüfung wurde auf Antrag der Unansässigen beschlossen, Schmiedel zur Ersatzleistung von 1600 M. Fehlbetrag heranzuziehen und ihm von den 800 M. betragenden Prüfungskosten ⅔ tragen zu lassen, ⅓ übernahm die Gemeinde, die ja das größte Interesse daran hatte, daß Ordnung geschaffen wurde. Schmiedel hat den Betrag bereits erlegt, so daß die Gemeinde eigentlichen finanziellen Schaden nicht gehabt hat. Schaab verurteilte besonders das ansässige Gemeinderatsmitglied Türke, der die Jahresrechnung prüfte. Dieser verteidigte sich damit, er habe bei der Jahresrevision geschrieben, was ihm Schmiedel angegeben habe. (!)

Von weiterem Interesse war die Frage der Verschmelzung der Gemeinde mit Potschappel. Im April stimmte der Gemeinderat dem Antrage zu und verhandelten die von beiden Gemeinden beauftragten Kommissionen zusammen. Ueber die wichtigsten Fragen wurde Einigung erzielt. Nunmehr wurde von einigen bürgerlichen Vertretern in einer Hausbesitzerversammlung gegen die Einverleibung gearbeitet. Trotzdem wurde in der nächsten Gemeinderatssitzung mit 5 gegen 4 Stimmen beschlossen, weiter zu verhandeln. Durch die Quertreibereien veranlaßt, lehnte hierauf die Mehrheit der Potschappler Gemeindeverwaltung die Einverleibung ab. — Der Gemeinderat trat nun der Gemeindevorstandswahl näher. Gewählt wurde der Privatus Zenker. Die Unansässigen konstatieren seitdem Besserung der Verhältnisse. Ein Antrag der Genossen, das veraltete Steuerregulativ zu ändern und eine bessere Progression für die höheren Einkommen vorzusehen, fand Annahme. Berücksichtigung fanden auch die gesetzlich zulässigen Abzüge. Auch die Erhebung eines Wasserzinses mit der Gemeindeanlage wurde auf Antrag unserer Genossen festgelegt. Eingeführt wurde die Erhebung einer Biersteuer. Unsere Vertreter stimmten natürlich dagegen. Auch eine Plakatsteuer wurde mit verschiedenen Verbesserungen, die von den Genossen beantragt wurden, angenommen. Aus der Einschätzungskommission, in der die Genossen stets ihre Pflicht getan, wurden diese hinausgewählt mit der Motivierung, der Gemeindevorstand sei unansässig. Schaab skizzierte dann die Jahresrechnung. Genosse Jähnig ergänzte die Ausführungen in verschiedenen wesentlichen Punkten. Hierauf wurden von beiden Vertretern die Schulverhältnisse klargelegt, wobei sich ergab, daß auch hier der frühere Gemeindevorstand Fehler begangen hat. Die letzte Schulratssitzung beschäftigte sich mit dem Verhalten des ansässigen Vertreters Türke, der in der Frage der Gehaltsregelung des Hilfslehrers Schritte unternommen hat, die ihm ein Mißtrauensvotum einbrachten. In der Aussprache wurden Türke auch noch in der Wasserversorgungsangelegenheit Vorwürfe gemacht und Verwunderung darüber ausgesprochen, daß Türke nicht selbst so viel Ehrgefühl besitzt, die Konsequenzen zu ziehen. Die Ansässigen wurden aufgefordert, [illegible] zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen, da er [illegible] trauen der Einwohnerschaft mißbraucht hat.

Recht unhaltbare Zustände scheinen auch in der [illegible] schaft zu bestehen. Dem Oberlehrer wurde der Vorwurf gemacht, daß er verschiedenen fortschrittlichen Bestrebungen der anderen Lehrer entgegenarbeite. Auch habe er in recht unschöner Weise ein geplantes Kinderkonzert hintertrieben und die von einem Lehrer [illegible] Zeit eingerichtete und gutbesuchte Privatstenographiestunde durch Einziehung des Schulzimmers zunichte gemacht. — In der Debatte wurden noch verschiedene Angelegenheiten diskutiert und [illegible] auf die Streupflicht der Gemeinde und der Hausbesitzer bei Glatte aufmerksam gemacht. Genosse Schaab wurde wieder zur Kandidatur im Gemeinderat vorgeschlagen und zu lebhafter Wahlbeteiligung und auch zu besserem Besuch der öffentlichen Gemeinderatssitzungen aufgefordert.

Potschappel. Zu dem Rodelunfall auf der abschüssigen Jochhöh-Straße wird noch mitgeteilt, daß nicht nur eine Person, sondern drei Personen ziemlich schwer zu Schaden gekommen sind. Der Schlitten kam durch ein Hindernis von der Bahn ab und fuhr, einen die Straße absperrenden Stacheldrahtzaun zersprengend, an einen Baum.

Ruppendorf. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf der Chaussee von Reichstädt nach Ruppendorf. Der Knecht des hiesigen Gemeindevorstandes hatte die Dampfdreschmaschine mit seinem Gespann zu transportieren. Dabei muß er vom Wagen gefallen und unter die Räder des Gefährts gekommen sein, da er [illegible] daß er noch ein Stück mitgeschleift wurde. Schwer verletzt wurde der Verunglückte hervorgezogen.

Spechtritz. Von hier wird uns geschrieben: Bei uns ist es [illegible] im Freien zu gehen, ehe sie ihren Schulort Seifersdorf erreichen. Treten dann Witterungsverhältnisse ein wie gegenwärtig, dann müssen die Kinder zu Hause bleiben. Der Weg, den die Seifersdorfer Gemeinde zu öffnen hat, wird oft nach [illegible] gleich geöffnet, geschieht es, so ist er oft den folgenden Tag schon wieder verstöbert. Fahrverkehr ist sehr wenig. So ist es auch diesmal. Seit Montag sind die Kinder nicht in die Schule gekommen. (!) Können sie dann wirklich wieder einmal gehen, dann kommen sie abgefroren, oft auch durchnäßt in die Schule und in diesem Zustande nach Hause. Diese traurigen Zustände bestehen bei uns jahraus, jahrein. Viele Eltern sind nicht in der Lage, ihren Kindern doppelte Schuhwerk und Kleidungstücke anzuschaffen. Was für Folgen daraus entstehen, ist leicht zu denken. Seit über einem Jahrzehnt wird hier um eine Schule gekämpft, bisher ohne Erfolg. Gegenwärtig müssen 42 Kinder von Spechtritz nach Seifersdorf in die Schule. (!)

Rabenau. Die Wählerlisten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl liegen vom 26. November an 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht in der Ratsexpedition aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste müssen bis zum Ablauf des siebenten Tages, vom Beginn der Auslegung an, an Ratsstelle angebracht sein. Wer die Liste nicht selbst einsehen kann, gebe seine Adresse an R. Wustlich, M. Günther und H. Jähnlich ab, die gern bereit sind, die Einsicht mit zu besorgen.

Vereinskalender für Dienstag.

Volksmännerchor. Abends 8½ Uhr 7. Stiftungsfest im Volkswohl.
Deutscher Metallarbeiterverband. Abends 8½ Uhr Generalversammlung im Volkshaus.
Gemeinsame Ortskrankenkasse Potschappel u. U. Abends 8 Uhr 33. ordentliche Generalversammlung in Oehmes Restaurant.
Ortskrankenkasse Stetzsch u. Nachbarorte. Abends 8½ Uhr 13. ordentl. Generalversammlung in Krüglers Gasthof in Stetzsch.
Ortskrankenkasse Niedersedlitz u. U. Abends 7 Uhr ordentl. Generalversammlung im Restaurant zur Laube.
Leuben. Abends 8½ Uhr Oeffentliche Einwohnerversammlung im Saale des Gasthofes.
Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphenbund. Abends 9 Uhr Uebungsabend bei Mickel, Schönbrunnstraße.

Gerichtszeitung.

Jugendgericht.

Günstige Gelegenheit zu Diebstählen bot sich einem 15jährigen Hausmädchen in einem Café, in dem es sich in Stellung befand. Die Büfettkasse stand öfters geöffnet da ohne daß sich jemand in der Nähe befand. Wenn das Mädchen Teller heranbrachte, geriet es in Versuchung, einmal einen Griff hineinzutun. Eine Entdeckung hatte es nach Lage der Sache kaum zu befürchten. Lange kämpfte sie mit sich, bis sie schließlich eines Tages 17 M. herausnahm. Der Wirt merkte nichts. Das glückliche Gelingen des ersten Diebstahls führte nach einigen Wochen zu einem zweiten, bei dem dem Mädchen 25 M. zufielen. Da auch diesmal nichts gemerkt wurde, folgten weitere Diebstähle von 32 M., 32 M. und 61 50 M. Auch diese Diebstähle waren nie entdeckt worden. Das Mädchen nahm dann eine andere Stellung an. Ihre neue Dienstherrin guckte ihr einmal in die Handtasche. Als sie darin 54 M. fand und das Mädchen deshalb befragte, gestand sie die Diebstähle bei ihrem früheren Dienstherrn ein. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis, wobei die grobe Nachlässigkeit des Arbeitgebers berücksichtigt wurde, die die Diebstähle erst ermöglichte.

Unnötig war ein Strafverfahren gegen einen 14jährigen Schulknaben wegen Diebstahls, da der Verletzte selbst kein Interesse an der Bestrafung des Kindes hatte. Der Schulknabe versuchte aus dem Schaukasten eines Sattlermeisters ein Portemonnaie zu entwenden, wurde aber von dem Besitzer dabei erwischt. Sein mitbeteiligter Kamerad gab diesem falsche Namen an und es war dadurch eine Strafverfolgung eigentlich unmöglich gemacht. Jedenfalls wurden die Täter von der Polizei nicht gefunden. Die Reue veranlaßte die beiden Jungen aber, den Sattlermeister abermals aufzusuchen und ihm ihre richtigen Namen zu nennen. Dieser versprach nunmehr, die Anzeige rückgängig zu machen. Dem wurde jedoch keine Folge geleistet, sondern das Strafverfahren eingeleitet. Das angeklagte Kind gab als Motiv an, es hätte auf der Arbeit zum Einkassieren von Geld schon immer ein Portemonnaie gebraucht, aber kein Geld zur Anschaffung gehabt. Wegen versuchten Diebstahls erkannte das Gericht auf einen Verweis.

Landgericht.

Ein Betrüger war der 35jährige ehemalige Oberleutnant und jetzige Lebensversicherungsagent Johann Willi Riedel. Bei einem hiesigen Juwelier kaufte er am 5. September einen Ring mit Saphir und drei Brillanten im Werte von 360 M. Legitimiert hatte er sich mit einer Visitenkarte, worauf stand: Willi Riedel, Oberleutnant. Am nächsten Tag holte er noch ein Armband im Werte von 550 M. Beide Gegenstände sollten Geschenke für seine Braut sein, von deren Mitgift er die Sachen bezahlen wollte. Es wurde jedoch festgestellt, daß R. völlig mittel- und fast erwerbslos war. Ring wie Armband hatte er schleunigst beim Leihamt für 70 bezw. 150 M. versetzt. Eine Braut hatte er damals gar nicht. Da R. schon wegen Betrugs vorbestraft ist, lautete das Urteil auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust. Als strafschärfend bezeichnete der Staatsanwalt in seinem Plädoyer den Umstand, daß der Angeklagte Offizier gewesen sei und höhere Bildung besitze, sowie, daß er es schlecht gedankt hätte, früher immer so niedrig bestraft worden zu sein. (!)

Militärgericht.

Duellsegereien. Herr Paul Viktor Gehrisch, Leutnant der Reserve, und der Herr Kandidat Morgenstern reparierten am 15. Oktober

Dresden ihre Ehre mit Säbeln. Die Bedingungen waren ziemlich schwer; 60 Gänge bezw. bis zur Abfuhr, ohne Binden und Bandagen. Nach einigen Gängen war bereits die „Abfuhr" fertig; Morgenstern wurde verletzt vom Platze geführt. Da Morgenstern die Veranlassung zu der Ehrenreparatur gegeben hatte, kam Gehrisch mit der Mindeststrafe von 3 Monaten Festung davon. Die Oeffentlichkeit war natürlich bei der Beweisaufnahme ausgeschlossen worden; — Wahrung militärischer Interessen.

Wegen Tötung auf ausdrückliches Verlangen und Fahnenflucht war der **20jährige Student und Einjährig-Freiwillige Erich Karl Otto Kurt Lewin** von der 1. Matrosen-Artillerie-Abteilung in Friedrichsort bei Kiel angeklagt. Im Juni d. J. hielt sich der Angeklagte besuchsweise bei seinen in Pasewalk bei Stettin wohnenden Eltern auf. Zu gleicher Zeit war auch seine verheiratete 3 Jahre alte Tante, die Frau des Versicherungsbeamten Neitzel, dort. Zwischen beiden entwickelte sich ein Liebesverhältnis, das zu intimem Verkehr führte. Der Angeklagte hatte sich in der kurzen Zeit wahnsinnig in seine Tante verliebt. In seine Garnison zurückgekehrt, richtete er an seine Tante ein Telegramm und reiste am 23. Juli nach Berlin ab. Hier wurde er von der Geliebten empfangen. „Wo du hin willst, da geh' ich mit", erklärte sie ihm. Beide beschlossen nun, gemeinsam in den Tod zu gehen. Nachdem sie sich darüber einig geworden waren, reisten sie am folgenden Tage nach Dresden ab. Hier amüsierte sich das Pärchen noch einige Tage. Mit einem Revolver ausgerüstet, fuhren sie nach Bühlau, speisten in einem dortigen Hotel und begaben sich darauf in die Dresdner Heide. Es war verabredet worden, daß der Angeklagte erst seine Geliebte und dann sich selbst töten sollte. Nachdem das Paar auf Zetteln seine Personalien aufgeschrieben hatte, nahm der jugendliche Angeklagte den geladenen Revolver zur Hand und feuerte hintereinander drei Schüsse in die Brust seiner Tante ab. Die Getroffene sank sofort tot zu Boden. Darauf richtete Lewin die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen Schuß in den Unterleib bei. In der Annahme, daß die Verletzung den Tod herbeiführen werde, warf er die Waffe von sich, wartete aber vergebens auf den Eintritt des Todes. Er raffte sich wieder auf, um nach der Waffe zu suchen und sich noch einen Schuß beizubringen. Er fand jedoch den Revolver nicht mehr und mußte sich in sein Schicksal fügen. Schwer verletzt und stöhnend wurde er gegen 9 Uhr abends von einigen Spaziergängern aufgefunden und später ins Dresdner Garnisonlazarett untergebracht, wo er wieder hergestellt wurde. Während der Vernehmung des Angeklagten und des Ehemannes der Getöteten war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Zu erwähnen ist noch, daß die Eheleute glücklich gelebt haben. Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu **4 Jahren 7 Monaten Gefängnis**. Drei Monate gelten als verbüßt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Unterdrückung des Koalitionsrechtes.

Die Fälle mehren sich in letzter Zeit, in denen Firmen ihre wirtschaftliche Uebermacht ihren Angestellten gegenüber mißbrauchen, um sie zum Austritt aus ihren Berufsvereinen zu zwingen. So wird jetzt wieder ein besonders krasser Fall aus Nürnberg gemeldet. Die dortige Firma Nürnberger Lackier- und Metallwarenfabrik A.-G. vormals Gebr. Bing genießt schon seit langem in Angestelltenkreisen keinen guten Ruf. Wie berechtigt diese Anschauung ist, beweist folgender Vorfall: Einem bei der Firma beschäftigten Betriebsingenieur, der im Verdacht stand, im Bunde der technisch-industriellen Beamten organisiert zu sein, wurde folgender Revers zur Unterschrift vorgelegt:

„Herr R. in Diensten der Firma Nürnberger Lackier- und Metallwarenfabrik A.-G. vorm. Gebr. Bing bestätigt mit heutigem, daß er seit längerer Zeit nicht mehr dem Bunde der technisch-industriellen Beamten angehört und weder ordentliches, noch zahlendes, noch unterstützendes Mitglied ist.

Ein etwaiger Beitritt zum Bund der technisch-industriellen Beamten, solange Herr R. in unseren Diensten steht, würde einem Vertragsbruch gleichkommen."

Es wird hier also dem Angestellten für das Verbrechen des Beitritts zu einem Berufsverband die sofortige Entlassung angedroht. Naturgemäß müßte im Prozeßfalle ein derartiger durch Anwendung wirtschaftlicher Zwangsgewalt erpreßter Revers für sittenwidrig und dementsprechend für nichtig erklärt werden. Was aber nützt das dem Angestellten, über dem nichtsdestoweniger während der ganzen Zeit seiner Beschäftigung das Damoklesschwert der Entlassung hängt? Wenn man bedenkt, mit welcher Schärfe heute schon der geringste Zwang, den etwa eine Organisation ausüben würde, um Außenstehende zum Beitritt zu bewegen, auf Grund des § 153 G.-O. kriminell geahndet wird, so ist es unerfindlich, warum demgegenüber ein derartiges an Erpressung grenzendes Vorgehen der Gegenseite unbestraft bleiben soll.

[illegible]

Der Ruhetag für Bäcker

wurde in einer am 24. November stattgefundenen gutbesuchten öffentlichen Bäckerversammlung, die in Meinholds Sälen tagte, gefordert. Nach dem einleitenden Referat des Genossen Göttfried-Dresden, der in scharfer Kritik die Schäden im Bäckereigewerbe aufdeckte und den seit fünf Jahren geführten Kampf um die Erringung des Ruhetages schilderte, fand gegen eine Stimme nachstehende Resolution Annahme:

„Beim Wiederzusammentritt des Deutschen Reichstages ersucht die Versammlung der Bäcker und Konditoren erneut die berechtigte und zeitgemäße Forderung nach einem wöchentlichen Ruhetage von 36 Stunden Dauer, wie dieser Ruhetag bereits in der Petition vom Jahre 1905 an den Bundesrat und vom November 1908 an den Reichstag gefordert wurde.

Es ist unerhört, daß, während die Arbeiterschaft aller anderen Berufe jeden Sonntag einen vollständigen freien Ruhetag hat, die Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien zum Schaden ihrer Gesundheit immer noch regelmäßig sieben Tage oder vielmehr sieben Nächte in der Woche, und zwar durchweg 82 oder mehr Stunden schwer arbeiten müssen. Die schädlichen Folgen dieser gesundheitsschädlich langen Arbeitszeit sind anerkannt von allen ärztlichen Autoritäten sowohl, als auch von fast allen Sozialpolitikern, sowie Gewerbe- und Fabrik-Inspektoren. Diese schädlichen Folgen der überlangen Arbeitszeit, ohne Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages, äußern sich in einer bedeutenden Schwächung des Körpers und der Gesundheit der davon Betroffenen, die, wie die Krankheitsstatistik lehrt, sich in öfters wiederkehrenden langen Krankheiten, im Verfall der Körperkräfte zu frühzeitigem Siechtum und in großer Sterblichkeit in noch jugendlichem Alter bemerkbar macht.

Deshalb ersucht die Versammlung den hohen Reichstag, dem § 105e der Reichsgewerbeordnung eine Bestimmung anzufügen, welche auch den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien einen wöchentlichen Ruhetag von 36 Stunden Dauer garantiert. Daß dieses ohne Schaden des Gewerbes und ohne Beeinträchtigung der Gewohnheiten des konsumierenden Publikums geschehen kann, beweisen sowohl die nach dieser Richtung hin erfolgten gesetzgeberischen Maßnahmen fast aller Kulturländer, wie auch der Umstand, daß in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster durch Verordnungen der Regierungspräsidenten der wöchentliche Ruhetag den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien gewährt wird; ferner haben durch Tarifvertrag 70 Proz. der in Hamburg-Altona arbeitenden Bäcker und Konditoren diesen wöchentlichen Ruhetag und in gleicher Weise 1700 in Genossenschafts- und Konsumbäckereien arbeitende Bäcker."

Inland.

Die Verschnupften.

Der Gewerkverein der deutschen Maschinen- und Metallarbeiter (Hirsch-Duncker), Verwaltungsstelle Leipzig, schreibt die Leipz. Volksztg., ist über den Ausgang des Kampfes der Leipziger Metallarbeiter wider die Auswüchse des Arbeitsnachweises der Leipziger Metallindustriellen anscheinend arg verschnupft. Denn in seiner letzten Quartalversammlung wurde, nach einem Bericht im Leiborgan der Leipziger Hirsche, den Neuesten Nachrichten, in bezug auf die nunmehr aufgehobene Sperre des Metallindustriellen-Arbeitsnachweises bemerkt:

„Der Deutsche Metallarbeiterverband (sozialdemokratisch) hatte in einseitiger Weise, ohne den anderen beteiligten Arbeiterorganisationen hiervon Kenntnis zu geben, die Sperre über den obengenannten Arbeitsnachweis verhängt. Die im Gewerkverein organisierten Metallarbeiter hatten trotz des einseitigen, die Arbeiterinteressen schädigenden Vorgehens und der ziemlich ungeschickt und wenig erfolgversprechenden eingeleiteten Bewegung zur Reform des Arbeitsnachweises es doch für die Pflicht jedes aufgeklärten (?!) Arbeiters gehalten, zu verhüten, daß durch dieses Vorgehen noch Verschlechterungen (?) eingeführt würden. Infolgedessen war seinerzeit beschlossen worden, sich der Sperre anzuschließen. Nach nahezu 16wöchiger Dauer hat der Metallarbeiterverband nunmehr die Sperre aufgehoben und das sozialdemokratische Organ verkündet in langen Artikeln einen glänzenden Sieg des Metallarbeiterverbandes. Im allgemeinen herrscht unter den Leipziger Metallarbeitern aber eine sehr verschiedene Auffassung darüber, ob überhaupt etwas erreicht worden ist. Da die Sperre nun aufgehoben ist, haben sich alle Beschlüsse, die während der Arbeitsnachweis-Differenz für die Mitglieder der Gewerkvereine Geltung hatten, erledigt. Das Ergebnis dieses Kampfes ist ein ganz minimales, denn es ist mit wenigen Ausnahmen alles so geblieben, wie es bereits vorher war."

Ach ja, die Trauben hingen für die Hirsche zu hoch, und darum sind sie nun zu sauer . . .

Ein Muster-Arbeitswilliger.

Wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen hatte sich der Gauleiter des Textilarbeiter-Verbandes Joseph Feinhals vor dem Schöffengericht Krumbach in Schwaben zu verantworten. In genanntem Orte befinden sich die Weber der Mechanischen Weberei von Steiger u. Deschler seit fast drei Monaten im Streik. Als Streikbrecher fungiert ein Weber Haggenmüller, der sich anfänglich am Ausstand beteiligte, dann aber wieder in die Fabrik zurückgekehrt ist. Der Betreffende hatte schon in einer anderen Fabrik Arbeit gefunden, diese aber wieder aufgegeben, nachdem er sich einen erheblichen Vorschuß genommen. Er ist dann als Streikbrecher in die bestreikte Fabrik zurückgekehrt. Gauleiter Feinhals hatte in einer öffentlichen Versammlung vor ihm gewarnt, worauf Haggenmüller auf Veranlassung des Obermeisters gegen Feinhals wegen Beleidigung klagte. Die Verhandlung ergab das Bild eines richtigen Arbeitswilligen. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß Haggenmüller am meisten zum Streik getrieben und auch zu Tätlichkeiten aufgefordert hatte. Mit der von der Firma gewährten Arbeitswilligenprämie hatte er sich einen Revolver gekauft, mit dem er in den Wirtshäusern in lebensgefährlicher Weise, ohne jede Veranlassung, mit scharfen Patronen schoß, so daß der Revolver ihm von den Leuten abgenommen werden mußte. Die Verhandlung endete schließlich nach diesen Feststellungen mit einem Vergleich, nach welchem das Muster eines Arbeitswilligen seine Klage zurückzog und die ihm erwachsenen Kosten einschließlich der aus der Ladung der Zeugen erwachsenen trägt; die im Laufe der Verhandlung von dem Beklagten erhobene Widerklage wurde hierauf ebenfalls zurückgezogen.

Aus den Organisationen.

Der Zentralverband der Zimmerer beruft seine 10. Generalversammlung zum 3. April nach Leipzig ein.

Die Bäcker- und Konditoren-Zeitung hat mit ihrer Nr. 48 eine Auflage von 25 000 Exemplaren erreicht.

Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter hat seit Beginn dieses Jahres über 3000 Mitglieder gewonnen. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, weil die Agitation nur in ländlichen Gegenden betrieben werden kann.

Lohnbewegungen.

In einer Freitag abend in Pirmasens stattgefundenen Versammlung der Schuhmacher, die von 2500 Teilnehmern besucht war, wurde Bericht über die gepflogenen Verhandlungen gegeben. Die Vertreter des Verbandes empfahlen die Annahme der Vereinbarungen. Nach einer stürmischen Diskussion wurde mit ⅔-Majorität demgemäß beschlossen. Die Generalversammlung des Fabrikantenvereins nahm ebenfalls die Vereinbarungen an.

In der Waggonfabrik in Rastatt haben sämtliche Metallarbeiter wegen Ablehnung ganz bescheidener Forderungen die Arbeit niedergelegt. Von der Firma wurde jede Verhandlung abgelehnt. Es kommen 270 Leute in Frage. Die Holzarbeiter haben die Kündigung gleichfalls eingereicht.

In einer ganzen Anzahl von Orten befinden sich Mitglieder des Steinarbeiter-Verbandes im Streik. In Heppenheim, Kirschhausen, Hemsbach streiken die Granitarbeiter. In Ebelsbach a. M. stehen bei der Firma Winterfeld 45 Steinmetzen im Streik. Bei der Granitfirma Döcke u. Forcke in Demitz streiken gleichfalls die Arbeiter. In Niederbrünst (Niederbayern) legten im Pflastersteinbruch der Firma Kinaleder die Bossierer die Arbeit nieder.

Gewerbegerichtswahlen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Bochum erhielten die Werkskandidaten, für die die Hirsch-Dunckerschen und die Evangelischen Arbeiter-Vereine ihre Firmen hergaben, 2172, die Christlichen 2117, die freien Gewerkschaften 1528 Stimmen. Die letzteren gewannen gegenüber 1908 806 Stimmen, während die Christlichen 22, und die Werke 10 Stimmen verloren.

Ausland.

Lohnrückgang in England.

Lohnveränderungen für insgesamt 94 700 Arbeiter wurden dem englischen Arbeitsamte für den Monat Oktober gemeldet. Davon erhielten 30 600 Arbeiter eine Lohnerhöhung, davon 14 100 Bergarbeiter, 6250 Hochofen-, Eisen- und Stahlarbeiter, 3000 Kesselschmiede und 4000 Maschinenbauer. Eine Lohnherabsetzung trat in Kraft für 45 000 Bergarbeiter in Northumberland, für 10 700 Arbeiter in Steinbrüchen und für 6400 Hochofenarbeiter. Insgesamt wurden die Löhne dieser Arbeiter um netto 6000 M. pro Woche herabgesetzt, die von einem Teil erreichten Erhöhungen mit eingerechnet.

Ein russischer Streik.

Vor etwa einem Monat brach auf der Spinnerei und Weberei von Karetnikow in Teikowo (Gouv. Wladimir), wo zirka 6000 Arbeiter beschäftigt werden, ein Streik aus, der mit der größten Zähigkeit noch heute geführt wird. Die Forderungen der Streikenden entrollen ein düsteres Bild der Zustände in diesem Fabrikdorfe, wo die Fabrikadministration, wie in vielen solcher gewaltigen Betriebe im innerrussischen Industrierayon, mit unumschränkter Gewalt herrscht. Seit drei Jahren wurden in Teikowo wie in allen Fabrikstädten und -dörfern, wo die Arbeiter keinen geschlossenen Widerstand leisteten, die Errungenschaften der Revolutionsjahre Schritt für Schritt vernichtet und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter derart verschlechtert, daß der Streik jetzt mit elementarer Gewalt ausbrach und, ungeachtet des völligen Mangels einer Organisation — von einer Streikkasse gar nicht zu sprechen —, mit zäher Ausdauer und musterhafter Ruhe geführt wird. Wie von dorten berichtet wird, wütet unter den Streikenden bereits der Hunger. Bei der rauhen Jahreszeit und dem Mangel aller Hilfsmittel ist der Kampf ungeheuer schwierig, um so mehr, als die Direktion sich schroff ablehnend verhält und mit der Schließung der Fabrik droht. Zudem ist bereits die Polizei in Aktion getreten, die zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vornimmt. Die Taktik, die hier befolgt wird, ist klar: zuerst soll die Masse durch Aushungerung und Polizeirepressionen mürbe gemacht werden, bis sich ein Anlaß bietet, „Unruhen" anzuzetteln und den letzten Widerstand der Arbeiter im Blute zu ertränken.

Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein, V Kreis. 1. Bezirk. Im neuen bedeutend größeren Lokale tagte die gut besuchte Bezirksversammlung und nahm den Vorstandsbericht durch Genossen Nitzsche entgegen. Eine sehr lebhafte Debatte rief die Anregung des Extrabeitrags für Maiausgesperrte hervor. Ein Teil der Anwesenden vertrat den Standpunkt, auch durch den Extrabeitrag könne die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht gefördert werden und es sei nötig, eine andere Form der Maifeier zu finden, die eine würdige Demonstration ermögliche. Die Gewerkschaftsmitglieder seien durch Beiträge bereits so belastet, daß der Aufbringung des Extrabeitrages erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Von einigen Genossen wurde dem energisch widersprochen. Es müsse unbedingt möglich sein, die Gewerkschaftsmitglieder dazu zu bewegen, diesen einmaligen Beitrag im Jahre zu zahlen! Die Schwierigkeiten würden bedeutend überschätzt. Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai stehe gar nicht zur Debatte. Diese sei durch entsprechende Beschlüsse auf Parteitagen und Gewerkschaftskongressen festgelegt. Es handele sich lediglich um die Durchführung des Leipziger Beschlusses, der Extrabeiträge vorsieht, und da sei es nur konsequent, wenn alle organisierten Arbeiter zu diesem Beitrage herangezogen würden. Nach zweistündiger Debatte wurde die Resolution des Bezirkskomitees im Prinzip gegen eine Stimme angenommen. Ein Antrag, den Extrabeitrag nur von politisch organisierten Arbeitern zu erheben, war dadurch gegenstandslos geworden. — Genosse Krüger gab Bericht über die Vorgänge im Stadtverordnetenkollegium. Er verurteilte die Absplitterung von acht Fraktionsgenossen. Es müsse unbedingt die Geschlossenheit der Fraktion, die bisher stets bestanden habe, unter allen Umständen aufrecht erhalten werde. Die Genossen Bräuer und Zanghänel hatten der betreffenden Stadtverordnetensitzung beigewohnt und stimmten dem Gen. Krüger insofern zu, als auch sie der Meinung waren, den Liberalen müsse ein gehöriger Denkzettel verabreicht werden. Trotzdem hätte die Fraktion unter allen Umständen die Wahl Ahlhelms und Wendschuchs verhindern müssen, und es sei durchaus zu begrüßen, daß wenigstens Wendschuch durchgefallen sei. Die übergroße Mehrheit der Gruppe stimmte diesen Ausführungen zu. Die Diskussion hatte sich bis nach 12 Uhr ausgedehnt und von einer Debatte über den Vortrag des Genossen Gradnauer mußte abgesehen werden.

2. Bezirk. Dem Vorstandsbericht wurde im wesentlichen zugestimmt. Von der Buchhandlung wünschte man, daß sie die Broschüren und wissenschaftlichen Bücher an die Parteigenossen zu einem billigen Preise abgebe. Bei Inseraten soll die Expedition genaue Erkundigungen einholen, damit nicht Personen nach Orten vermittelt werden, wo Differenzen bestehen. Von der Diskussion über den ersten Vortrag des Genossen Dr. Gradnauer wurde wegen vorgerückter Zeit abgesehen, sie soll mit dem zweiten Vortrag verbunden werden. Der Besuch der Versammlung war sehr stark.

3. Bezirk. Den Vorstandsbericht gibt Genosse Müller. Mit dem Vorschlage des Agitationskomitees zum Maifonds konnten sich die meisten Genossen nicht einverstanden erklären, da dadurch keine größere Beteiligung erzielt würde, der Fonds auch zu klein sein würde, den eventuellen Ansprüchen zu genügen. Die vorgenommene Abstimmung ergibt, daß nur sieben Genossen sich dafür erklären. — Zu dem Programm des Vergnügungskomitees wird gewünscht, daß dieses Programm jedem Genossen zugestellt wird. — Der Zeitungsagitationskommission wird aufgegeben, nochmals eine Zeitungsagitation vorzunehmen und sich nach den bewährten Mitteln anderer Bezirke zu richten. — In die Kinderschutzkommission wird Genosse Straube, Hammerstr. 16, gewählt. Das Aktionskomitee für den 3. Bezirk besteht aus den Genossen Renker, Böhmer, Pistenbauer und den zwei Vorstandsmitgliedern. Die interessante Versammlung war leider schwach besucht.

4. Bezirk. Genosse Berndt gibt den Vorstandsbericht. Die Beschlüsse der kleinen Zentrale wegen Berichterstattung über die Jugendgerichte werden gutgeheißen. Der Beschluß der Bezirkskonferenz der neun Kreise wegen des Maifonds wird angenommen, der Zusatzantrag des Vorstandes vom 5. Kreis auf Anregung von Lippold aber abgelehnt. Da die Gewerkschaften wahrscheinlich obligatorische Beiträge einrichten werden, können, da die Angestellten auch Mitglieder sind, keine Ausnahmen geschaffen werden. Die Berichte aus der Zeitungs-Kommission werden ohne Debatte gebilligt. — Die Entscheidung der großen Zentrale wegen der Stadtverordnetenangelegenheit wird von allen Genossen in der Debatte mit Ausnahme von Lippold gutgeheißen. An der Debatte über den Vortrag Gradnauers beteiligten sich 5 bis 6 Genossen. In der Hauptsache wurden die Punkte Volksheer oder stehendes Heer und Kolonialpolitik behandelt. Wesentliche andere Auffassungen, als wie sie Genosse Gradnauer entwickelt hatte, kamen nicht zum Ausdruck. — Die Versammlung war sehr schlecht besucht. Die 600 Gruppenmitglieder des 4. Bezirks stellen sich mit dem Stattfinden von 30—40 Mann starken Versammlungen ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Mehr Agitation müssen sich die Genossen angewöhnen, sonst bleiben wir auf dem Fleck stehen, wo wir sind.

5. Bezirk. Vor sehr gut besuchter Versammlung erstattete Genosse Jungnickel Bericht aus der kleinen Zentrale, die sich mit der Frage betr. Schaffung eines sogen. [illegible]fonds für eventuell Ausgesperrte beschäftigt hatte. Genosse Franz Schmidt wendet sich scharf gegen den vorgelegten Entwurf, der schwierig in seiner Durchführung und in der Fassung sehr unklar und unverständlich sei. — Das Vergnügungskomitee gibt bekannt, daß das Stiftungsfest am Sonnabend den 14. Januar stattfindet. — Weiter wird berichtet aus der Großen Zentrale, die Stadtverordnetenfragen zu erledigen hatte. Dem ausführlichen Bericht wurde mit lebhaftem Interesse gefolgt, eine Aussprache hierüber fand nicht statt. Der Vorsitzende forderte nunmehr auf, über das im Odeum gehaltene Referat des Genossen Dr. Gradnauer zu debattieren. Ueber das Thema selbst kam keine Debatte auf; es mochte daraus resultieren, daß ein großer Teil der Anwesenden das Referat nicht gehört, und andernteils waren 14 Tage verflossen, seit es gehalten wurde. Eine wirklich gute und kräftige Debatte setzte ein, als die Frage der Kolonialpolitik aufgeworfen wurde, davon ausgehend, wie diese bei den Wahlen von 1907 eine so große Rolle spielen konnte. Besonders Genosse Jensen legte hier in kurzen inhaltreichen Ausführungen dar, warum unser Staat so immense Summen nutzlos in die Kolonien steckt. Die anderen Debatteredner standen gleichfalls fast sämtlich auf demselben Standpunkt und fügten zum Teil noch neue Momente hinzu. Wer sich für die Kolonialpolitik besonders interessiert, dem seien u. a. Schriften von Kautsky und Ledebour sehr zu empfehlen.

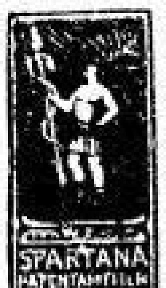
Gruppe 6. Zur Einleitung der Diskussion über den ersten Vortrag des Genossen Gradnauer hielt Genosse Lüpner ein kurzes Referat. Er streifte die Einwände der Gegner und besprach dann die Forderungen, die wir an die Gesellschaft stellen. Genosse Weise forderte die Beseitigung jenes Systems, das sogar nicht davor zurückschreckt Maschinengewehre zu gebrauchen gegen die eigenen um ihre Menschenrechte kämpfenden Volksgenossen. Genosse Sobel stimmte den Ausführungen der Vorredner zu, kam dann auf die Frage des Seebeuterechts zu sprechen und forderte zu zahlreichem Besuch des am 2. Dezember stattfindenden zweiten Vortragsabends auf. — Den Vorstandsbericht gab Genosse Herrlich. Es fand nur eine kurze Debatte statt. (Eing. 24./11.)

Pannewitz. Im hiesigen Gasthof fand am 17. November eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Wackwitz referierte über: Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und die Aufgaben der Frau. Referentin beleuchtete die gegenwärtige Teuerung und ihre Ursachen, und bewies, daß die Frau stark unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen zu leiden hat. Somit haben alle Frauen Grund und die Pflicht, sich politisch zu organisieren und die Kinder in sozialistischem Geiste zu erziehen. (Lauter Beifall.) Die Versammlung war leider schwach besucht. (Eing. am 22./11.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächs. Volkstheater, Döhlen-Potschappel (Rote Schenke).
Mittwoch, 30. Nov. **Dresdner Operetten-Abend** unter Mitwirkung der **Wilsdruffer Stadtkapelle. — Don Cesar, Graf von Irun.** Operette von Dellinger. Mit prächt. Ausstattung. Recht zahlr. Besuch der Arbeiter erwartet **Die Direktion.**

Mit Vorteil



genießt jeder Nährsalz-Konsument die **langjährig** durch Kranke u. Gesunde **erprobten Spartana Nährsalzpräparate** Man weise **Nachahmungen** zurück! Prospekte durch Laborat. **Ludw. Kohlhorn,** Dresden-A. 1.

Berbersdorf.

Bestellungen auf die **Volkszeitung, Wahren Jakob** sowie **samtl. Parteiliteratur** nimmt jederzeit entgegen

Paul Bernhardt, Nr. 38.

Hygienische Bedarfs-Artikel
Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden
sowie sämtliche
Frauen-Artikel
Kataloge gratis.
R. Freisleben
Postplatz.
Man achte auf Firma.

ARTOL

Pflanzenbutter-Margarine ist der beste

Ersatz für Naturbutter

zum Backen, Kochen, Braten und zum **Brotaufstrich**

Ueberall erhältlich

Singer-Werke G. m. b. H.
Pflanzenbutterfabrik
Frankfurt a. Main.

Zigarren
als passendes Weihnachtsgeschenk empfiehlt in Kistchen v. 1.50 an
Bauer, Radeberg.

Schuhmacher-Werkzeuge
Sohlenleder-Ausschnitt
Leisten und alle Bedarfsartikel
Rudolf Kobitzsch, Große Zwingerstr. 17, gegenüber der Volkszeitung.

12 M. **Musikinstrumente aller Art**
Sprechapparate staunend billig
Schallplatten 75 Pf., 1.50, 2, 3 u. 5 M.
Friedrich Adam, Dresden-A
Ziegelstrasse Nr. 4 Ziegelstrasse Nr. 4.

Möbel bezieht man jetzt **direkt** aus **Wilsdruff** vom **Genossen Hildebrand.**
Eigene Tapeziererwerkstätten.

Alte Federbetten kauft stets
Federreinigung Amalienstrasse 12.

Hemden-Barchent
sowie gutgearbeitete
Barchent-Wäsche
für Erwachsene und Kinder
in grosser Auswahl
Solid! Billig!
28 **Ernst Venus**
Annenstr. 28.
Gegründet 1882.

Hustenreiz
Katarrh, Heiserkeit, Verschleimung usw. beseitigt man durch kurzen Gebrauch von Schokoladen-Herzogs gesetzlich geschützten
„Sanussa"-Sanitäts-Bonbons.

Für Bastelarbeit und kleine Baulichkeiten:
Bretter, Latten, Drahtgeflecht, Drahtgaze, Nägel, Haken, Ringe
Rundstäbe, Leisten, Wurstspeile, Holzdraht, Stuhlsitze, Schrauben, Scharniere
Wachstuch
F. Bernh. Lange
Amalienstr.—Ringstr.

Dresden. Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 24. November 1910. (Mitgeteilt vom städtischen Statistischen Amte.) — **Mühlenerzeugnisse** (½ kg): Roggenmehl: Nr. 0 18—20, hausbacken 15—18, Nr. 3 11—12; Weizenmehl: Kaiserauszug 21—28, Grießlerauszug 20—22, Bäckermundmehl 19—20; Nudeln: Nr. I (Kaiserauszug) 40—65, Nr. II (Grießlerauszug) 34—46, Eiernudeln 42—80. **Brot** (½ kg): Saxoniamühle-Mickten, I. Sorte 13,5, II. Sorte 12,5, III. Sorte 11,5. Niedersedlitzer I. Sorte 13,5, II. Sorte 12,5, III. Sorte 11. Plauensches I. Sorte 13,5—14, II. Sorte 12,5—13, III. Sorte 11,5—12. **Fleisch und Fleischwaren** (½ kg): Rindfleisch: Brustfleisch 70—120, Bauchfleisch 60—90, Bratenfleisch, Keule 90—130, Schoßfleisch 100—200, Lende, unausgeschält 80—130, Lende, ausgeschält 130—250; Kalbfleisch: Schnitzelfleisch 140—240, Keule 80—130, übrige Teile 75—120; Hammelfleisch: Keule 90 bis 120, Koteletten 90—120, Kochfleisch 70—110; Schweinefleisch: Keule 80—120, Karree 100—140, Bauchfleisch 65—90, Knöchel 30—70, Rauchfleisch 90—140; Schinken: im ganzen Stück 100—150, im Aufschnitt 140—250, Speck, geräuchert 90—120, Speck, roh 70—100, Schweineschmalz 90—120, Schweineschmalz, ausländisches 85—90, Rindschmalz 60—80, Blutwurst 50—140, Leberwurst 60—140, Zervelatwurst 120—240. **Zahmes Geflügel (geschlachtet):** Gänse (½ kg) 70—85. Enten (St.) 300-500, Kapaunen (St.) 275-450, Truthähne, junge (St.) 550 b. 1100, Truthühner, junge (St.) 450—800, Perlhühner (St.) 250—350, Hühner, alte (Stück) 200—400, Hühner, junge (Stück) 100—275, Tauben (Stück) 50—120. **Wildbret:** Hasen im Fell, (Stück) 300—500, Hasen gespickt, (Stück) 250—450, Hirschwild, Kochfleisch (½ kg) 40—80, Hirschkeule (Stück) 1500—2500, Hirschrücken (Stück) 1500—3000, Rehkeule (St.) 400—900, Rehrücken (St.) 600—1400. **Wildgeflügel:** Fasanen (St.) 200—400, Birkhähne (St.) 250—350, Birkhühner (Stück) 200—300, Haselhühner (Stück) 160—180, Rebhühner, alte (Stück) 100—130, Rebhühner, junge (Stück) 150—180, Schnepfen 300—450, Wildenten (Stück) 150—275. **Lebende Fische und Schaltiere:** Barsche (½ kg) 50—80, Bunte Fische (Backfische) (½ kg) 50—80, Hechte (½ kg) 110-140, Karpfen (½ kg) 90-100, Schleien (½ kg) 150-180, Zander (½ kg) 180-200, Aale (½ kg) 150-180, Hummer (½ kg) 325—380. **Fischwaren:** a) frische (½ kg) Bunte Fische (Backfische) 30—70, Schellfische 28—60, Hechte 70—120, Kabeljau 30—60, Rotzungen 45—100, Goldbutt 25—70, Zander 65—180, Schleien 80—100, Seezungen 180—350, Steinbutt 120—200; b) gesalzene und geräucherte (Stück): Maatjesheringe 15—30, Vollheringe 5—10, Bücklinge 6—10, Sprotten (½ kg) 100-180. **Grünwaren:** Blumenkohl (St.) 15-50, Rosenkohl (½ kg) 30-60, Rotkraut (St.) 10-35, Weißkraut (St.) 10-30, Welschkraut (Wirsing) (St.) 10-30, Grünkohl (½ kg) 8-12, Spinat (½ kg) 12-18, Karotten, neue (15 Bdch.) 30—100, Karotten, junge (½ kg) 8—10, Kohlrüben (½ kg) 5—15, Mohrrüben (½ kg) 4—6, Rote Rüben (15 St.) 30—60, Teltower Rüben (½ kg) 20—25, Weiße Rüben (½ kg) 5—10, Kohlrabi (Stück) 4—10, Meerrettich (Stück) 20—50, Radieschen (Bdch.) 4-5, Rettiche (Stück) 5—10, Schwarzwurzel (Bündchen) 8—10, Sellerie (Stück) 5—25, Spargel, französischer (½ kg) 240, Zwiebeln (½ kg) 6—10, Kopfsalat, hiesiger, (Stück) 5—10, Endivien, hiesige (St.) 5—10, Bohnen, grüne (½ kg) 45—70, Gurken (Salat-) (St.) 40-70, Paradiesäpfel (½ kg) 20-60. **Sauerkraut** (½ kg) 6—8. **Saure Gurken** (St.) 5—10. **Pilze** (½ kg) Champignons 130 bis 160, Gelblinge —, Steinpilze, frische —, Steinpilze, getrocknete 110—200, Morcheln, getr. 450. **Trockenes Gemüse** (½ kg) Bohnen 18—24, Erbsen, geschälte 18—32, Erbsen, ungeschälte 18—24, Graupen 16—40, Grieß 22—50, Hafergrütze 24—40, Heidegrütze 24—40, Hirse 15—28, Linsen 12—40. **Gemüse-Konserven** (½ kg): Stangenspargel 65—100, Erbsen, natürliche 30—80, Bohnen 22—45. **Obst-, Süd- und Gartenfrüchte:** Aepfel, inländische (½ kg) 10—30, Aepfel, ausländische (½ kg) 40—100, Aepfel, amerik. (½ kg) 60—90, Birnen, inländ. (½ kg) 10—30, Melonen (Stück) 100—200, Preiselbeeren (½ kg) 38, Preiselbeeren (amerik.) (½ kg) 80, Haselnüsse (½ kg) 40—120, Walnüsse (½ kg) 30—50, Walnüsse, frische (½ kg) 70—75, Weintrauben, ausländ. (½ kg) 35-300, Apfelsinen (½ kg) 25-40, Mandarinen (St.) 10-15, Datteln (½ kg) 34-140, Feigen (½ kg) 25-140, Korinthen (½ kg) 28-60, Mandeln (½ kg) 110—160, Rosinen (½ kg) 30—100, Zitronen (Stück) 4—10. **Trockenes und eingemachtes Obst** (½ kg): Aepfel 50—90, Birnen 25 bis 100, Kirschen 28-90, Mischobst 28-80, Pflaumen 20-120, Prünellen 57—90, Pflaumenmus 22—35, Marmelade 25—80, eingesottene Preiselbeeren mit Zucker 32—60, eingesottene Preiselbeeren ohne Zucker 30—50. **Molkereiprodukte:** (l) Vollmilch 17—22, Sahne 60 bis 100, Magermilch 10, Zentrifugen-Magermilch 8, Molkereibutter (½ kg) 124—160, Landbutter (½ kg) 120—136, Koch- und Backbutter (½ kg) 110—130, Quark (½ kg) 16—20, Sahnenkäse (½ kg) 70—130, Magermilchkäse (½ kg) 25—50, Schweizerkäse (½ kg) 90 bis 140. **Margarine** (½ kg) 60—103. **Eier:** Tageseier (Stück) 12—15, Landeier (15 Stück) 140—150, fremde (15 Stück) 95—135. **Kartoffeln** (50 kg) 300—350, (½ kg) 4—5. **Honig** (½ kg) 100—200.

Wir empfehlen als schönes
Weihnachtsgeschenk
Gedicht-Ausgaben
von
Schiller Goethe
Heine Chamisso
Uhland Körner
Jeder Band schön gebunden mit Goldschnitt 1 M. 75 Pf.
Freiligraths Gedichte
elegant gebunden 1 M. 50 Pf.
Volksbuchhandlung
Dresden-Altstadt, Große Zwingerstraße Nr. 14.

Emil Menzel
Radeberg, Röderstr. 10
empfiehlt
Puppenstuben-Tapeten
reiche Auswahl, mit Kanten, Meter schon von 10 Pf. an.

Berufskleidung
zu Reklamepreisen.
Nur waschechte Qualitäten

Friseur-Jacketts mit Aermelaufschlag	2.50
dto Musterschutz mit Aermelaufschlag, z. Knöpfen	3.50
Koch- u. Konditor-Jacken, weiss und Köper	2.50
do Ia	3.50
Monteur- u. Maschinisten-Joppen, echt farbig, blau, Ia 2.50, 3.50	
dto. Hosen	2.50
Malerkittel	2.00, 3.00
Schurzkittel, echt farbig	2.75

EGER & SOHN
König-Johann-Strasse, Ecke Weisse Gasse.

Schallplatten

bedeutende Auswahl
Iris a 1.50, 10 St. 12.50 M.
Jumbo a 1.75, 10 St. 15 M.
Anker 3 u. andere 2 M.
Gelegenheitskäufe a 1 M.
Kulanter Umtausch abgesp. Platten.
Sprechapparate mit u. ohne Trichter zu bill. Preisen. **Edison-Phonograph.** und **-Walzen, Zithern, Spieldosen, Kinematographen** usw.
Schwenke, Ziegelstraße 53. I.
Nähe Rietschelstraße. **kein Laden.**

Zöpfe
in großer Auswahl, auch von dazugegebenen Haaren, werden billigst angefertigt. **Richard Heger,** Gr. Zwingerstr. 12, I. H. d. Konsumb.

Wer hat Barletta-Papiere?
Näh.: **W. Beck,** Altona, Adolfstr. 74.

Puppenwagen-Fabrik.

Riesen-Auswahl, weiß und bunt, bekannt als billigste Quelle, vielfach billiger als im Laden. **Lilieng. 8, part.** in der Nähe des Postplatzes. Ambos.
Größtes Geschäft Dresdens.

Aufpolstern
von Sofas und Matratzen gut u. billig **Bautzner Straße 17 part.**

Tüchtiger
Roller oder Rollerin
gesucht für dauernd
Max Thieme, Ziz.-Fabrik
Kötzschenbroda.

Verdienst!
Intelligente, achtbare Personen jedes Standes, denen ernstlich daran gelegen ist, sich eine gute, von Jahr zu Jahr steigerungsfähige Nebeneinnahme zu schaffen, um dadurch ihr Einkommen zu erhöhen, wollen ihre Adressen eingehend unter **L. E. 1184** an **Rudolf Mosse, Leipzig,** einsenden.

Dank.

Für die zahlreiche Teilnahme, den reichen Blumenschmuck und das letzte Geleit beim Begräbnis meines lieben treusorgenden Gatten und Vaters, des Tischlers **F. Otto Schönert** sagen wir unseren lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, den Herren Vorgesetzten sowie auch den lieben Arbeitskollegen vom Depot Trachenberge unseren **herzlichsten Dank.**

Die trauernden Hinterlassenen:
Frau **verw. Schönert**
nebst Tochter **Frida.**

Sonntag vormittag ¾11 Uhr entschlief sanft und ruhig nach schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Steinsetzer

Wilhelm Töpfer

im 40. Lebensjahre. Um stilles Beileid bittet
Die trauernde Witwe **Lina Töpfer nebst Kindern.**
Dresden, den 27. November 1910.
Die Zeit der Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Max Schneider,** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Hausbewohnern sowie dem Personal der Firma Krause u. Baumann, den Näherinnen und Vorgesetzten der Firma Sereno vielen Dank. Dank den Parteigenossen für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte und den erhebenden Gesang am Grabe. Dank auch dem Herrn Pastor Lamm für die trostreichen Worte am Grabe. Dank dem Radfahrerverein Bannewitz sowie allen für den reichen Blumenschmuck.
Die trauernde Witwe **Agnes Schneider nebst Kindern und Hinterbliebenen.**

Reichstag.

87. Sitzung. Sonnabend, den 28. November, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Kraetke, Lisco.

Die Interpellation über die Kaiserreden.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht und Genossen; sie hat folgenden Wortlaut:

„Was gedenkt der Reichskanzler zu tun in Ausführung der im November 1908 vom Fürsten Bülow als verantwortlichem Reichskanzler und zugleich im Namen des Kaisers dem Reichstage abgegebenen Erklärungen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg und in anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebenen Erklärungen?"

Auf die Anfrage des Präsidenten erklärt

Reichskanzler **v. Bethmann Hollweg:** Ich bin bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg **Ledebour** (Soz.):

Als im November des Jahres 1908 im Reichstage die Veröffentlichung über Gespräche des Kaisers im „Daily Telegraph" und seine sonstigen Reden zur Sprache kam, ergab sich eine seltene Uebereinstimmung des Reichstages in bezug auf einige wichtige Fragen, in der Hauptsache darin, daß von sämtlichen Parteien einmütig der tiefgehenden Entrüstung über jene Reden und jene Veröffentlichung Ausdruck gegeben wurde. So führte Herr v. Heidebrand und der Lase aus: „Die Erregung meiner politischen Freunde ist groß und nachhaltig. Man würde ihr nicht gerecht werden, wenn man sie lediglich an die letzte Veröffentlichung und die letzten Erscheinungen anknüpfen würde. Man muß es ganz offen aussprechen, daß es sich hier um eine Summe von Sorge, von Bedenken und man kann wohl sagen von Unmut handelt, der sich seit Jahren angesammelt hat." Er bekräftigte diese Worte noch dadurch, daß dieser Unmut gerade in den besonders patriotischen und kaisertreuen Schichten der Bevölkerung vorhanden ist. Also darin waren wir alle einig; Differenzen ergaben sich nur darüber, was zur Beruhigung des Volkes und zur Verhütung solcher Vorkommnisse in der Zukunft geschehen sollte. Ein großer Teil des Hauses, auch bürgerliche Parteien, verlangte gesetzgeberische Maßnahmen, um derartige Betätigungen des persönlichen Regiments ein für allemal unmöglich zu machen. Ein kleiner Teil des Hauses glaubte sich damit begnügen zu können, daß irgendwelche Erklärungen seitens des Reichskanzlers auch im Namen des Kaisers abgegeben würden, die wenigstens eine Wiederholung derartiger Aeußerungen, welche die allgemeine Empörung hervorgerufen hatten, verhindern sollten. Derartige Erklärungen sind auch abgegeben worden und haben dann eine gewisse Beruhigung auf die Mehrheit des Hauses mit Ausnahme der Sozialdemokraten ausgeübt. Wir Sozialdemokraten hatten sofort davor gewarnt, sich mit derartigen Versprechungen zu begnügen.

Wir haben nichts dagegen, daß Kaiser Wilhelm II. soviel redet wie er will, daß er über alle möglichen Gegenstände und Fragen, von denen er etwas zu verstehen glaubt, sich ausspricht. Vom agitatorischen Gesichtspunkte aus könnten wir nur wünschen, daß Kaiser Wilhelm II. soviel wie möglich redet. Denn keiner unserer Gegner wirkt so viel zur Aufwühlung des Bodens, in welchem der sozialdemokratische Same hineingestreut werden muß, als Kaiser Wilhelm II. Aber wir verlangen, daß wir nicht nur im Reichstag, sondern daß das ganze Volk **sich ebenso ungeniert gegen Angriffe des Kaisers aussprechen darf, wie die Angriffe erfolgen.** Gegenwärtig ist das nicht möglich. Es ist also ein Kampf mit ungleichen Waffen, und das ist unfair. Dann verlangen wir gesetzgeberische Maßnahmen dagegen, daß Kaiser Wilhelm II. seine Auffassung und seine staatsrechtliche Stellung durch selbstherrliche Eingriffe in die Politik des Landes betätigt. Das ist für uns die Hauptsache. Wir tun das im Interesse der deutschen Nation, weil durch diese selbstherrlichen Eingriffe das Ansehen, die Ehre, die Sicherheit des deutschen Volkes nicht nur gefährdet werden kann, sondern, wie die Ereignisse im November 1908 zeigten, bereits gefährdet war. Der Reichskanzler Fürst Bülow hat damals diese Betätigung Kaiser Wilhelms II. als ein Unglück bezeichnet. Jene Erklärungen, mit denen die Mehrheit des Hauses sich beruhigte, wurden von dem damaligen Reichskanzler Fürsten Bülow im Namen des Kaisers abgegeben. Er sagte: „Die Einsicht, daß die Veröffentlichung dieser Gespräche in England große Mißstimmung, in unserem Lande schmerzliche Erregung und tiefes Bedauern hervorgerufen hat, wird den Kaiser dahin führen, ferner hin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone unentbehrlich ist. (Bravo! rechts.) Wäre dem nicht so, so könnte weder ich, noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Als der Artikel erschienen war, dessen verhängnisvolle Wirkungen mir nicht einen Augenblick zweifelhaft waren, habe ich mein Abschiedsgesuch eingereicht. Dieser Entschluß ist mir nicht schwer geworden. Der schwerste Entschluß, den ich in meinem politischen Leben gefaßt habe, war es, den Wünschen des Kaisers folgend, im Amte zu bleiben. Ich habe mich dazu nur entschlossen, weil ich es für ein Gebot der Pflicht hielt, in dieser schwierigen Zeit dem Kaiser und dem Lande weiter zu dienen. Wie lange mir das möglich sein wird, steht dahin."

Daß diese Erklärung durch Vollmachten des Kaisers gedeckt war oder doch seine nachträgliche Billigung erhalten hat, geht aus einer Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" im Dezember hervor, worin gesagt ist, daß der Kaiser unbeirrt durch die Uebertreibungen seine vornehmste Aufgabe darin erblickt, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Und weiter heißt es: „Demgemäß billigte der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und er versicherte den Fürsten Bülow seines fortdauernden Vertrauens. Zweifellos ist nicht nur durch den Reichskanzler, sondern auch durch den Kaiser das bindende Versprechen gegeben, derartige Betätigungen eines selbstherrlichen Regiments nicht zu wiederholen und sogar in Privatgesprächen über politische Dinge sich einer entsprechenden Zurückhaltung zu befleißigen. Damals haben die Mehrheitsparteien des Hauses geglaubt, sich damit beruhigen zu können. Und es ist festzustellen, daß in anderthalb Jahren nichts geschehen ist, wenigstens nichts, was zur öffentlichen Kenntnis gekommen ist, was dieser Zusicherung widersprochen hätte. Aber ganz plötzlich, im August dieses Jahres, wurde das deutsche Volk durch eine Rede überrascht, die Kaiser Wilhelm II. in Königsberg in ganz feierlicher Weise gehalten hat. Er erging sich zunächst, wie es bei ihm Brauch ist, in Verherrlichung von Mitgliedern seiner eigenen Familie. Auf diesen Familienkultus will ich nicht eingehen und nehme nur Bezug darauf, soweit er dazu diente, seine eigene staatsrechtliche Auffassung über seine Stellung zu begründen. Er sagte in Bezug auf Kaiser Wilhelm I.: „Hier setzte sich mein Großvater **aus eigenem Recht** die preußische Krone auf das Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie ihm von **Gottes Gnaden allein** verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich als auserwähltes **Instrument des Himmels** ansehe und als solches seine Herrscherpflichten erfülle." In deutlichem Anschluß hieran sagte der Kaiser dann, „als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesansichten und Tagesmeinungen, gehe ich meinen Weg". Diese Sätze im Zusammenhang — die spätere salbungsvolle Bekräftigung gibt ihnen nur eine gewisse heilige Oelung — sind die

offenkundige Betätigung und Verkündigung des Gottesgnadentums und des persönlichen Regiments.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist auch in dem überwiegenden Teil der Presse so empfunden worden. Aus der konservativen Presse war freilich der männliche Geist, der aus den Aeußerungen des Herrn Heydebrand u. d. Lase sprach, vollständig verschwunden. Daß aber diese Kundgebung des Kaisers als eine Manifestation des Gottesgnadentums aufzufassen sei, damit ist auch die konservative Presse einverstanden. Das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung", schrieb: „Dies Bekenntnis zum Gottesgnadentum kann nicht überraschen. Es entspricht der Auffassung derer, die ein wirkliches Königtum, kein parlamentarisches Scheinkönigtum haben wollen." Aber der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung" und der Kaiser irren darin, daß das Recht des Königs auf seinem persönlichen Verhältnis zu Gott beruht. Es ist heutzutage an Verfassungsbestimmungen gebunden. Die Erwerbung der preußischen Königskrone ist nicht ausschließlich als Geschenk an die Familie Hohenzollern anzusehen, wo andere Menschen nicht hineinzureden haben, sondern sie beruht auf der Verleihung durch den damaligen römischen König deutscher Nation, und **diese Verleihung wurde erbettelt und erwinselt durch die Kurfürsten von Brandenburg mittels allerlei Intrigen in Wien.** Also auch historisch ist das nicht richtig. Aber selbst wenn sie auf dem Erbrecht der Hohenzollern beruhte, so hat das mit dem Jahre 1848 aufgehört. Die damals geschaffenen, allerdings höchst mangelhaften und verbesserungsbedürftigen Verfassungseinrichtungen haben die Krone eingeschränkt. Sie ist nicht bloß eine Art Prunkstück im Familienschatz der Hohenzollern, sondern man versteht unter ihr die staatsrechtliche Stellung des Königs, dem Staatsganzen, die gebunden ist an bestimmte Verfassungsbestimmungen. Und in noch weiterem Maße ist das der Fall mit der deutschen Kaiserkrone.

In derselben Rede hat Kaiser Wilhelm II. genau wie im Jahre 1908 Aeußerungen gemacht, die als

selbstherrliche Eingriffe in die Tagespolitik

betrachtet werden müssen, und als Ausfluß des persönlichen Regiments zurückzuweisen sind. Eine dieser Aeußerungen ist die, die sich auf die Aufgaben der deutschen Frau bezieht. Kaiser Wilhelm II. glaubt allen möglichen Leuten, Männern und Frauen, Berufen und Klassen gute Lehren erteilen zu können, er tritt als rector germaniae auf; dabei dient ihm wieder als leuchtendes Beispiel aus seiner Familie die Königin Luise, als die preußische Nationalheilige. Von ihr sollen die deutschen Frauen lernen, ihre Hauptaufgabe liege nicht auf dem Gebiete des Versammlungs- und Vereinswesens, sondern in stiller Arbeit im Hause und in der Familie. Sie sollen ihren Kindern klar machen, daß es heute nicht darauf ankommt, sich auf Kosten anderer auszuleben (Sehr richtig! rechts), sondern einzig und allein für das Wohl des Vaterlandes zu wirken. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Sogar bei den Nationalliberalen höre ich „Sehr richtig!". Ich hätte geglaubt, daß die Mitglieder dieses Hauses etwas mehr Kenntnis von der Wirtschaft über die politische Entwickelung unseres Vaterlandes haben. Weshalb sind denn die Frauen heute so vielfach genötigt, in das öffentliche Leben in allen kapitalistischen Ländern hineinzugehen? Weil sie hineingerissen werden zu Millionen in das Erwerbs- und Wirtschaftsleben der ganzen Nation, weil sie im täglichen Kampf für sich selbst und ihre Kinder Brot erwerben müssen unter viel ungünstigeren Verhältnissen als die Männer. Deshalb müssen sie sich im öffentlichen Leben in wirtschaftlichen Organisationen betätigen, deshalb müssen sie sich ins politische Leben stürzen und dieselben Rechte fordern wie die Männer. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist unausbleiblich, es ist notwendig und es ist auch gut. Denn das braucht die Frau nicht zu hindern, im Hause eine gute Mutter und Hausfrau zu sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und wir, die wir unter diesen Frauen tätig sind und mit ihnen zusammen arbeiten, können das ganz anders beurteilen, als Sie und Kaiser Wilhelm II., der von Höflingen umgeben, von dem Leben des Volkes überhaupt nichts versteht. Welchen Eindruck muß es auf die Millionen Frauen machen, wenn ein Mann glaubt, ihnen sagen zu können, es kommt nicht darauf an, sich auf Kosten anderer auszuleben, der der Träger einer Krone ist, und dem eben erst wegen der Teuerungsverhältnisse

auf Kosten der Steuerzahler, darunter vieler Frauen, die Zivilliste um 3½ Millionen erhöht ist.

Können Sie sich hineinversetzen in die Seele dieser Frauen, welche tiefgreifende Empörung sie ergreift? Haben Sie denn kein Gefühl, daß auch uns diese Empörung ergreifen muß! — Daß Sie diese Empörung nicht teilen, wundert mich nicht, aber seien Sie versichert, diese Empörung wird weiter arbeiten und ich hoffe, daß Kaiser Wilhelm II. es noch erleben wird, daß die proletarischen Frauen und die bürgerlichen, die mit ihnen kämpfen, diese Rechte erobern werden, gegen seinen Willen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben also die Tatsache, daß trotz des feierlichen Versprechens vom Jahre 1908 der Kaiser sich wiederum zum persönlichen Regiment bekennt und darin betätigt. Auch in bezug auf die auswärtige Politik hat er sich betätigt. Er hat ausdrücklich gesagt, wir sollen stets bereit sein, unsere Rüstung lückenlos zu halten, denn nur auf unserer Rüstung beruhe unser Friede. Auch diese Behauptung ist falsch. Der Friede der Welt ruht in der Hauptsache darauf, daß in wachsendem Maße alle Kulturvölker sich dem Gedanken des Friedens in ihrer Mehrheit zuwenden. Er beruht darauf, daß besonders die proletarischen Organisationen, die Sozialisten aller Länder, mit Entschiedenheit für den Gedanken des Friedens eintreten. Eine Macht, hinter der in der Kulturwelt 10 Millionen erwachsener Männer steht, muß ein außerordentliches Gewicht zugunsten des Friedens in die Wagschale werfen. Aber weit über uns hinaus betätigen sich auch viele bürgerliche Kreise an der Arbeit für den Frieden. Ich will hier nur eines Mannes gedenken, Leo Tolstoi's, der vor einigen Tagen im Banne der Kirche in Rußland begraben ist. Er hat den Krieg kennen gelernt, als Soldat in seiner Jugend. Er kennt ihn nicht bloß von Paraden auf dem Tempelhofer Feld und Kaisermanövern. Er kennt ihn aus Erfahrung und es hat keinen größeren Feind des Krieges und des Völkermordes gegeben als ihn. Er hat mit allem Eifer und mit aller Fähigkeit, die ihn auszeichnet, es sich zum Lebenswerk gesetzt, den Krieg zu bekämpfen, und so wenig wir mit manchen anderen seiner Bestrebungen übereinstimmen, so glaube ich, es ist eine Ehrenpflicht, bei dieser Gelegenheit Leo Tolstoi's zu gedenken. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Solche Männer und Kräfte wirken mehr zugunsten des Friedens als alle Panzerkreuzer.

Wenn es in die Oeffentlichkeit hinausgeht, daß Kaiser Wilhelm II. nur in der Rüstung die Bürgschaft des Friedens erblickt, so durchkreuzt er damit auch die Bestrebungen seiner eigenen Regierung, deren Vertreter mit den Vertretern anderer Regierungen im Haag zusammenkommen, um den Frieden auf andere Weise zu sichern.

Zunächst wäre die Frage aufzuwerfen, wie Kaiser Wilhelm II. sich selbst mit seinem Versprechen abfindet. Nach unserer Auffassung ist seine Rede **eine Durchbrechung, und zwar eine bewußte Durchbrechung, dieses Versprechens.** Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein. Sie teilt z. B. auch der frühere nationalliberale Abgeordnete Dr. Kulemann. Den Kaiser können wir wegen des Bruchs des Versprechens nicht fragen, wir fragen aber den Kanzler. Es wäre sehr bedauerlich, wenn uns der Reichskanzler hier wieder nur die Ausführungen eines beliebigen Mitarbeiters der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" servieren würde. (Heiterkeit rechts.) Was stand da nicht alles in der „Norddeutschen Allgemeinen" zu lesen? „Die Rede in Königsberg sei kein Regierungsakt gewesen". Das hat ja auch kein Mensch behauptet. „Das wäre ein schlechter König, der sich von den wechselnden Ansichten des Tages leiten lassen würde". Das ist natürlich nur ein anderer Ausdruck für den Willen der Majorität des Volkes. Wenn ein König auf die Dauer gegen den Willen der Majorität des Volkes regiert, so wird die naturnotwendige Folge sein, **entweder daß die Person des Königs gewechselt oder das monarchische System überhaupt abgeschafft wird.** (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die absolutistischen Aeußerungen des Königs von Preußen sind nur aus seinem Milieu zu verstehen, von dem er in verhängnisvoller Weise beeinflußt wird. Niemand anderer als der bekannte freikonservative Führer Freiherr von Zedlitz hat sich in den Novembertagen 1908 mit treffenden Worten über den ungesunden Einfluß der höftschen Kamarilla ausgesprochen. (Hört, hört!) Den Wortlaut der Zedlitzschen Ausführungen teilt und vielleicht nachher Herr Bassermann mit, der dazumal die Stelle zustimmend zitierte.

Bei seinem Versuch, das selbstherrliche Regiment **wieder populär zu machen,** hat jetzt Wilhelm II.

an den Segen und die werktätige Hilfe der katholischen Kirche appelliert

und sich zu diesem Zweck zunächst an die Benediktiner gewandt. Ich weiß nicht, ob die Zentrumspartei bereit ist, dem gefährlichen Appell Folge zu leisten. Bisher hat das Zentrum ja noch keine klare Stellung dazu genommen. Sollte aber Wilhelm II. entschlossen sein, unter dem Segen der Benediktiner, Kapuziner, Franziskaner usw. den Weg des selbstherrlichen Gottesgnadentums zu gehen, so wäre es ein für ihn und sein Haus verderblicher Weg.

Es ist der Weg, den die Stuarts und die Bourbons und neuerdings erst der mit gleichen Ansichten wie Wilhelm II. erblich belastete König Manuel gegangen ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Wir wissen es ja, daß es einflußreiche Kreise gibt, die auf eine Politik der Konflikte hindrängen, ich erinnere an die bekannte Wendung des Herrn von Oldenburg-Januschau von dem Leutnant mit den zehn Mann. Wir haben ja ferner im „Reichsboten" gelesen, wie ein Staatsstreich gegen eine unbequeme Reichstagsmehrheit empfohlen wird. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ohne solche absolutistische Provokationen würde Wilhelm II. wohl kaum gewagt haben, entgegen den Versprechungen von 1908 die Gesinnung des selbstherrlichen Gottesgnadentums zu offenbaren. Die Rekrutenansprache in Potsdam ist ein Schritt auf dem Wege, den zu wandeln der Kaiser durch Herrn v. Oldenburg aufgefordert ist. Die Ermahnung der Soldaten zum **Kadavergehorsam** kann nur die Präparierung bedeuten, eventuell auf Vater und Mutter zu schießen. Es ist eine Uebersetzung der Oldenburgschen Wendung ins Hohenzollernsche. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.)

Wir sind gespannt, ob der Reichskanzler uns wieder als seine staatsrechtliche Auffassung vortragen wird, was ein Norddeutsch-allgemeiner Subalterner (Heiterkeit) verzapft hat. Und wir sind gespannt darauf, wie die bürgerlichen Parteien sich dazu stellen werden. Wir zweifeln sehr daran, daß dieser Reichstag wirksame Vorkehrungen gegen den Absolutismus treffen wird. Wirksam abgewandt wird der Absolutismus nur durch eine **umfassende Demokratisierung,** die sich auf das Reich, die Einzelstaaten und alle Gemeinden erstreckt. Wir verlangen die

Durchführung des parlamentarischen Systems,

das seine Korrektur und seine Kontrolle zu finden hat in der allgemeinen Volksabstimmung.

Wie wird die Gruppierung der Parteien sein gegenüber dem Absolutismus? Von dem Männerstolz vor Königsthronen, der im November 1908 in allen Parteien betont wurde, ist wenig mehr übrig. An seine Stelle ist die Devise: Sammlung gegen die Sozialdemokratie getreten. Auf ihrem westfälischen Parteitage haben die Konservativen, die Klasing und die Heydebrands alle bürgerlichen Parteien zum Kampfe gegen die gott- und gesetzlose Sozialdemokratie aufgefordert. Das ist die Bethmannsche Sammlungspolitik ins Klasingsche übersetzt. **Wilhelm II. ist zum Fahnenträger der Sammlungsarmee** (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ordnungsarmee) **proklamiert.** Ich kann nur sagen, einen besseren General an der Spitze unserer Feinde als Wilhelm II. können wir uns gar nicht denken. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wie aber werden sich die Freisinnigen stellen? Es gibt ja Herren unter ihnen, z. B. Herrn Pachnicke (Heiterkeit), die mit einer gewissen Sehnsucht an die Zeiten denken, als Fürst Bülow zu nächtlicher Stunde in unangemeldeten Volksversammlungen Reden hielt. (Große Heiterkeit.) Die Herren haben vielleicht Lust, sich mit Herrn v. Heydebrand und der Lase an einer Kavallerieattacke unter Führung Wilhelms II. auf die Sozialdemokratie zu beteiligen. Wenn der Freisinn aber bereit ist, an unserer Seite für freiheitliche Errungenschaften zu kämpfen, wenn er die Wege wandeln will, wie sie jetzt der englische Liberalismus wandelt, gut, uns Sozialdemokraten — auch uns von der radikalen Richtung — ist der Freisinn als Bundesgenosse willkommen. (Hört, hört! rechts.) Die „Nationalliberale Korrespondenz" hat sich mit einem wahren Entsetzen gegen das Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie gewandt. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Ihre (zu den Nationalliberalen) Zurufe zeigen, daß nur ein unverbesserlicher Optimist auf die Bundesgenossenschaft der Nationalliberalen im Kampfe gegen den Absolutismus zählen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch der Freisinn auf die nationalliberale Stufe herabsinkt, so wird der ganze Liberalismus die klägliche Rolle eines Heydebrandtschen Hilfsregiments in dem großen Entscheidungskampfe zwischen Absolutismus und Freiheit spielen.

Wir Sozialdemokraten haben nie daraus ein Hehl gemacht, daß wir **grundsätzliche Republikaner** sind. (Hört, hört! rechts.) Wir betrachten die republikanische Staatsform als notwendige Etappe auf dem Wege der Entwickelung. Das hindert uns aber nicht, an der Erringung aller freiheitlichen Institutionen mitzuarbeiten, die, wie England zeigt, mit der monarchischen Staatsform vereinbar sind. Wir nehmen gern die Bundesgenossenschaft wirklicher Liberaler an. Wenn sie sich aber versagen, wenn sie es vorziehen, auf seiten der Reaktion zu stehen, so werden wir eben allein den Kampf aufnehmen — „und wenn die Welt voll Teufel wär und wollt uns gar verschlingen!" (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler **von Bethmann Hollweg:**

Der Zweck der ganzen Interpellation ist, wie der „Vorwärts" neulich verraten hat, die Aufrollung der Verfassungsfrage. Nicht von der Sorge für die verfassungsmäßigen Institutionen wird die Sozialdemokratie geleitet, sondern von der leidenschaftlichen Gegnerschaft gegen unsere Verfassung. (Zustimmung rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Ledebour hat sich zum Republikanismus bekannt, für sich und seine Partei. (Abg. Ledebour: Ist Ihnen das neu?) Neu ist es nicht, aber noch in keiner anderen Zeit ist die Sozialdemokratie mit ihrem republikanischen Endziel so unzweideutig vor die Oeffentlichkeit getreten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

(Sehr richtig! rechts.) Die Interpellation geht von der Annahme aus, der Kaiser habe im November 1908 dem Reichstag durch den Reichskanzler Fürsten Bülow Erklärungen gegeben, mit denen er sich durch Aeußerungen und Reden in diesem Jahre in Widerspruch gesetzt habe. Die Annahme ist falsch. In jener Zeit ist durch den Reichskanzler hier mitgeteilt worden, daß der Kaiser dem Reichskanzler Fürsten Bülow seinen Willen dahin kundgegeben hat, daß er unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Uebertreibungen der öffentlichen Kritik seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin erblicke, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit zu sichern. Mit dieser Auffassung hat sich der Kaiser nicht in Widerspruch gesetzt. Insbesondere nicht durch Aeußerungen, die er selber getan hat. Es ist mir völlig unerfindlich, wie man aus der Beuroner Ansprache, aus der Ansprache an die Rekruten in Potsdam, aus den Aeußerungen in Königsberg über den Beruf der Frauen und über die Friedensburgschaft folgern will, daß der Kaiser die Grenze seines konstitutionellen Herrscheramtes überschritten oder die Stetigkeit der Politik und die Autorität der Krone gefährdet. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Königsberger Rede des Königs von Preußen vor Angehörigen einer preußischen Provinz enthält keine Bekundung absolutistischer Anschauungen, wohl aber allerdings eine starke Betonung des monarchischen Prinzips, auf dem das preußische Staatsrecht beruht, und den Ausdruck tiefer religiöser Ueberzeugungen, die in breiten Schichten des Volkes verstanden und geteilt werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Das preußische Volk hat sich nicht seine Könige gesetzt, sondern der preußische Staat ist durch die Hohenzollern zusammengeschmiedet worden. (Sehr richtig rechts. Widerspruch links.) Darum sind die preußischen Könige aus eigenem Recht. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn in unseren Tagen auf demokratischer Seite die Neigung hervortritt, auch in Preußen den König wie einen vom Volke ernannten Würdenträger zu behandeln, so darf man sich nicht wundern, wenn der König das Bewußtsein stark betont, keiner Volkssouveränität zu unterstehen. Persönliche Verantwortlichkeit des Königs, Selbständigkeit und Ursprünglichkeit seines monarchischen Rechts, das sind die Grundgedanken des preußischen Staatslebens, die auch in den Perioden der konstitutionellen Entwickelung lebendig geblieben sind. Die Formel „von Gottesgnaden", die der König in der alten Krönungsstadt angewandt hat, bedeutet, daß er sich im Bewußtsein der Fülle seines Rechts und seiner Pflichten im Gegensatz zur Tagesmeinung auf sein Gewissen als Richtschnur seines Handelns beruft. Mit dieser Auffassung von der Stellung des Kaisers und Königs stehe ich auf verfassungsmäßigem Boden. Diesen Boden werde ich festhalten, getreu der Verantwortung, die ich mir nur durch mein Amt und meine politische Ueberzeugung bestimmen lasse. (Lebhaftes Bravo! rechts. Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Freiher v. Hertling (Z.): Wir haben für die Besprechung gestimmt, aber nicht um die Novembertage von 1908 zu wiederholen, die keine glücklichen Tage für das deutsche Volk waren. Die Interpellation geht von irrigen Voraussetzungen aus. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Denn bindende Erklärungen des Fürsten Bülow liegen nicht vor. Selbst Herr Haußmann hat am Tage nach der damaligen Interpellation gesagt: Der Reichskanzler habe nur einen frommen Wunsch geäußert, und der sozialdemokratische Abgeordnete Geyer hat die Erklärung Bülows eine Absage an den Reichstag genannt. Wir protestieren gegen ein Uebermaß der Kritik kaiserlicher Reden und dagegen, daß das Zentrum die Beuroner Kaiserrede ausgeschlachtet habe. Wir sind Monarchisten, drängen uns aber nicht zum Thron. Herr Ledebour hat historisch unrichtige Behauptungen aufgestellt. Der so anstößig erscheinende Ausdruck vom „eigenen Rechte" findet sich gerade in den Staatsrechtswerken der liberalen Schule, und soll nur heißen, daß keine fremde Macht den König mit seiner Macht bekleiden kann. Die Worte „Von Gottes Gnaden" sprechen ebenfalls nur die geschichtlichen Verhältnisse aus, die den einzelnen zum Thron Berechtigten auf den Thron führen. Die Worte vom „auserlesenen Instrument des Himmels" bekräftigen nur die besondere Verantwortlichkeit der Krone. Die Mahnung der Frau an ihre schönsten Pflichten soll ein Eingriff ins politische Leben sein? (Heiterkeit rechts.) Der Kaiser hat in seiner Rede ein Bekenntnis zum Christentum abgelegt, vielleicht ist das der Grund zur ganzen Aufregung. (Hört! hört! im Zentrum.) Soweit sind wir aber doch nicht, daß jeder unreife Bursche sich zum Atheismus bekennen darf, der Kaiser aber nicht zum Glauben. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.) Die Religion ist die stärkste Wehr gegen sozialdemokratische Verhetzung. (Unruhe links.) Der Kaiser hat dem gläubigen patriotischen Volke aus dem Herzen gesprochen, und es liegt keinerlei Grund zu der Interpellation vor. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Lase (k.): Wir sind mit der Antwort des Reichskanzlers einverstanden. Obwohl Herr Ledebour ziemlich zahm gesprochen hat, empfinden wir die Interpellation als eine Herausforderung des religiösen und monarchischen Empfindens unseres Volkes. Daß ein Teil des Hauses, die Sozialdemokraten, es wagen dürfen, das in Königsberg abgelegte Bekenntnis des Kaisers vor ihren Richterstuhl zu ziehen, ist eine Herausforderung. (Abg. Ledebour: Das haben Sie 1908 selbst getan!) Die Königsberger Rede des Kaisers hat mit den damals besprochenen Vorgängen nicht das allermindeste gemein. Es ist in keiner Weise gegen die damals abgegebene Erklärung gehandelt worden. Wir lassen uns von einer Partei ohne Vaterland und ohne Nation nicht vorschreiben, was wir von den Ansichten der Krone über unser Staatswesen und von unseren religiösen Ueberzeugungen zu halten haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir bedauern es lebhaft, daß die Sozialdemokratie Tag für Tag die Person und das Amt des Kaisers in den Staub ziehen und in einer Weise verunglimpfen darf, die sich kein Privatmann gefallen lassen würde. (Sehr richtig! rechts.) Als wir die gesetzliche Einschränkung des Majestätsbeleidigungsparagraphen guthießen, hofften wir, daß auch die Sozialdemokratie so viel Rücksicht auf den anderen Teil des Volkes üben würde, um mit derartigen Verunglimpfungen einzuhalten. (Sehr richtig! rechts.) Wir glaubten, daß auch der Kaiser, die höchste Autorität im Staate, geschont und von allen Volksgenossen in rücksichtsvoller Weise behandelt werden würde. (Sehr richtig! rechts.) Hat nicht der Herr Reichskanzler auch die Empfindung, daß das Volk verwirrt werden muß, wenn es sieht, wie die höchste Autorität hier herabgezogen wird? Bei allen Gelegenheiten wird von den Sozialdemokraten der revolutionäre Standpunkt vertreten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Berl Heiterkeit im ganzen Hause.) Bei den Revolutionen sollen erst die Junker drankommen; die Pfaffen werden wohl auch nicht ganz ausgeschlossen werden. (Heiterkeit im Zentrum.) Die Sozialdemokraten scheinen ihre Zeit schon für gekommen zu halten. Sie wollen die Republik verwirklichen auf dem Wege der Revolution. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Machen Sie doch aus Ihrem Herzen keine Mördergrube, es ist so, und wir haben keine Lust zu warten, bis Sie das „Kopf ab!" wahrmachen. (Abg. Dr. David: Wir sind doch für Abschaffung der Todesstrafe! Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Wir stellen die Frage an die Regierung, wie lange sie noch warten und zusehen will, daß die Staats- und Gesellschaftsordnung unterminiert wird. Wir wollen der Regierung keine bestimmten Vorschläge machen. Es ist aber Pflicht und Aufgabe der Staatsleitung, zu geeigneter Zeit mit geeigneten Mitteln zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft vorzugehen. Wir erwarten, daß die Mittel ergriffen werden, die der Ernst der Lage fordert. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Bassermann (natl.): Die Bedeutung der Vorgänge im November 1908 und die damaligen bedeutsamen Erklärungen des Fürsten Bülow dürfen nicht herabgesetzt werden. Aber es besteht ein tiefgehender Unterschied zwischen der damaligen Situation und den jetzt in Frage stehenden Reden. Damals konnte man schwere Schädigungen der deutschen Interessen mit Recht fürchten, heute handelt es sich nur um persönliche Anschauungen des Monarchen, die getragen sind von hohem sittlichen Pflichtgefühl, tiefer Religiosität und Liebe zum Vaterland. Einzelne Aeußerungen der Königsberger Rede ertragen gewiß eine Kritik. So hat der Kaiser die Frau im Hause als das Ideal hingestellt. Aber die Not des Kampfes ums Dasein hat heute viele Frauen aus diesem Ideal herausgerissen und sie gezwungen, einen Erwerb zu suchen. Eine Folge davon ist dann auch die Beteiligung der Frauen am politischen Leben. Auf jeden Fall können wir es nicht für nützlich gerade im Interesse der Autorität der Krone halten, wenn der Träger der Krone in den Mittelpunkt einer Diskussion gestellt wird, die dann bedauerlicherweise vielfach die gebotenen Grenzen überschreitet. Auch die Beuroner Rede können wir nicht als glücklich bezeichnen. Beruft sich doch das Zentrum auf sie, um die Rückkehr der Jesuiten zu fördern. Wir müssen daher wiederholt den Wunsch aussprechen, daß der Träger der Krone sich möglichste Beschränkungen auferlegen möge. Der Herr Reichskanzler würde sich den Dank des Volkes verdienen, wenn er bemüht wäre, nach dieser Richtung in den Bahnen seines Vorgängers zu wandeln. (Bravo! b. d. Natl.) Die Sozialdemokratie sollte ihre revolutionären und republikanischen Allüren aufgeben. (Lachen b. d. Soz.) Je schärfere Worte sie gegen die Monarchie findet, um so mehr werden die monarchisch gesinnten Teile des Volkes das Bedürfnis empfinden, sich an eine starke Monarchie anzulehnen. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. v. Payer (Vpt.): Niemand denkt daran, dem Kaiser seine selbständige Ueberzeugung oder sein Bekenntnis zum Christentum zu nehmen. Aber seine Worte „als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesmeinungen und Tagesansichten, gehe ich meinen Weg" stehen im Widerspruch zur Verfassung. Unter dem „Gottesgnadentum" versteht man heute, daß der König von Gottesgnaden die Grenze seines Willens nur in sich selbst oder in seinem Gott hat. Der deutsche Kaiser aber hat die Grenze seines Willens in der Verfassung des Deutschen Reiches. (Sehr richtig! links.) Die Anschauungen der Königsberger Rede in die Praxis übersetzt müssen den politischen Fortschritt hemmen. (Sehr richtig! links.) Diese Befürchtung ist noch verstärkt worden durch die Rede im Kloster Beuron. Das Abkommen von 1908 besteht nach wie vor. Es wäre bedauerlich genug, wenn die Krone sich an das Versprechen deshalb nicht halten zu müssen glauben würde, weil der Reichstag damals die Erklärung nicht ausdrücklich als annahmepflichtiges Geschäft bezeichnet hat. (Sehr gut! links.) Wir verlangen von dem Kaiser nur, daß er sich als konstitutioneller Fürst fühlt, und wenn er das nicht kann, daß er den Unterschied zwischen seinem Fühlen und dem des Volkes nicht immer wieder öffentlich betont. (Sehr richtig! links.) Der Satz, daß mit der steigenden Zahl der Reden eines Mannes ihre Bedeutung abnimmt, gilt auch für die Reden des Kaisers. Möge uns der Reichskanzler davor bewahren, daß politische Kundgebungen des Kaisers als etwas Alltägliches bewertet werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. David (Soz.): Daß der schwarzblaue Block die Gelegenheit dieser Interpellation benutzen würde, um gegen die Sozialdemokratie Sturm zu laufen, wußten wir von vornherein.

Die Gelegenheit, sich an höchster Stelle beliebt zu machen, ist ja sehr günstig. Das halten Sie für politisch nützlich, und so sehen wir denn auch hier den Bund der Ritter und der Heiligen diesmal mit außerordentlicher Verve gegen uns anspringen. Zunächst hat Herr Freiherr v. Hertling mit großem Pathos gefragt, ob wir dem Kaiser denn verwehren wollten, sich zum Christentum zu bekennen. Das fällt uns Sozialdemokraten gar nicht ein. In unserm Programm steht „Religion ist Privatsache". Dieses Recht billigen wir selbstverständlich auch dem Kaiser zu. Wenn er bei irgendeiner Familienfeierlichkeit sich zu Christus, als dem eingeborenen Sohne Gottes bekennt, so ist das seine Privatsache. Wir würden das niemals zum Gegenstand einer politischen Aktion machen. Wenn er eine Weltanschauung vertritt, die vollkommen unberührt erscheint von den Ergebnissen der kritischen Philosophie seit Kant, wie auch von den Ergebnissen der gesamten modernen Naturforschung, so ist das ganz seine Sache. Und wenn er die Mächte des Mittelalters auffordert, den Kampf gegen das 20. Jahrhundert aufzunehmen, so beantwortet man auch das höchstens mit einem resignierten Lächeln. Aber das Recht auf eine Weltanschauung sollte Herr v. Hertling auch anderen Leuten zugestehen. Wenn er glaubt, denen, die nicht mehr auf dem Boden eines dogmatischen Gottesglaubens stehen, entgegenwerfen zu dürfen, das sei ein „freches Bekenntnis zum Atheismus", so tritt aus diesen Worten allein schon der Geist zutage, der im Grunde seiner Weltanschauung schlummert. Wenn Sie Ihre religiösen Empfindungen geschont haben wollen, und das ist eine Sache, der wir auch das Wort reden, dann schonen Sie aber auch die Weltanschauung jedes Menschen, welcher Art es sei. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Es handelt sich hier um ganz etwas anderes. Wenn jemand aus seiner religiösen Grundanschauung heraus staatsrechtliche Konsequenzen zieht, die im Widerspruch zur Reichsverfassung stehen, so ist es eine Pflicht der Volksvertretung, das mit aller Energie zurückzuweisen. Daß die Königsberger Rede keinen politischen Charakter trägt, glauben die Herren ja selbst nicht. Jedenfalls hat sich Ihre Presse ganz anders ausgesprochen. Die „Kreuzzeitung" schrieb damals: „In den Novembertagen war es die Hoffnung der Liberalen und Demokraten, daß der König sich entmündigen lassen werde. Was das Parlament beschloß, dem sollte sich der König fügen. Es war aber nicht anzunehmen, daß sich der König auf die Dauer ins Unrecht setzen ließ, und so hat er am 25. August — das ist die Königsberger Rede — seine Auffassung von den Rechten und Pflichten des Königs von Preußen wieder einmal scharf und deutlich ausgesprochen." Also das führende Organ der Rechten hat sehr wohl verstanden, was die Königsberger Rede sein sollte. Es ist charakteristisch, daß man das Versprechen des Kaisers dadurch aus der Welt bringen will, daß man sagt, es sei auf Zeit gegeben. Die „Deutsche Tageszeitung" betonte aus Anlaß der Königsberger Rede, daß das Recht der „Krone" ausschließlich auf Gottesgnaden beruhe. Und die Berliner „Neuesten Nachrichten", ein freikonservatives Blatt, schrieben, das Deutsche Volk hat sich seit dem November 1908 in einem Irrtum befunden. Wir sind heute, wo wir damals waren. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die „Tägliche Rundschau" sprach davon, daß die Königsberger Rede auf den Gang der inneren Politik in einem Sinne einwirke, der nicht von Nutzen sein könne. (Hört, hört! links.) Und was schrieb die Zentrumspresse? In der „Kölnischen Volkszeitung" hieß es: „Die Aera Bülow ist endgültig vorüber, das beweist am besten die Königsberger Rede. Der Kaiser fühlt sich der Fesseln ledig, die er sich damals auferlegt hat." Sollten sich die Dinge so verschoben haben? Nein, die Parteien haben ihre Stellung verschoben, sie halten es heute nicht für opportun, das zu sagen, was ihre eigene Presse über die Rede geschrieben hat. Also der Versuch, es so hinzustellen, als hätten wir Sozialdemokraten die Sache vom Zaune gebrochen, fällt vollkommen zu Boden. 1908 sagte auch Herr v. Hertling, daß in der modernen Zeit auch der Träger der höchsten Macht es sich gefallen lassen müsse, der Kritik der Volksvertretung unterzogen zu werden, wenn er durch seine Handlungen Anlaß dazu gebe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Inzwischen ist das Zentrum umgefallen, um sich oben lieb Kind zu machen. Nun bestreitet man, daß das Bekenntnis zum Gottesgnadentum im Widerspruch stehe mit der Verfassung. Da erinnere ich, daß der Kaiser früher selbst deutlich hat erkennen lassen, wie er dies Bekenntnis meint, und darauf kommt es doch an, wenn es sich um die staatsrechtliche Tragweite dieses Bekenntnisses handelt. In das goldene Buch des deutschen Volkes, das zur Jahrhundertwende von der „Illustrierten Zeitung" herausgegeben wurde, hat der Kaiser eingetragen: „Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter diesem Gesichtspunkte wählen. Diese furchtbar schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, gibt ihm auch das Anrecht auf treue Mitwirkung seiner Untertanen." Wir müssen das zurückweisen. Wir sind keine Untertanen, sondern freie Staatsbürger. Wenn man von der Auffassung ausgeht, daß die Staatsbürger Untertanen sind, dann allerdings gibt es keine koordinierte Instanz, dann steht das Parlament im Subordinationsverhältnis zum Kaiser, und dagegen haben wir die ernste Pflicht, uns mit aller Energie zu wehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dann darüber gestritten, ob die preußische Königskrone aus eigener Macht stammt, oder unter Mitwirkung der Volksvertreter zustande gekommen ist. Nun jedenfalls hat das preußische Volk einmal die Krone aufgerichtet, als sie zu Boden lag. Das war in den sogenannten Befreiungskriegen, und damals wurde dem Volk von der Krone ihre Verfassung versprochen, auf die das Volk allerdings lange warten mußte. Für das Reich aber liegt die Sache einwandfrei klar, die Kaiserkrone ist nicht aus eigener Machtvollkommenheit genommen worden, sondern sie ist vom Parlament verliehen worden. Sie beruht auf einem Vertrag zwischen den deutschen Fürsten, und dieser Vertrag wurde ratifiziert von sämtlichen deutschen Landesvertretungen. Auch der Norddeutsche Reichstag hat damals seine verfassungsmäßige Zustimmung zu dem Vertrage gegeben. Wenn man aber unter Gottesgnadentum nur versteht, daß man das, was man von Macht hat, der göttlichen Macht verdankt, so ist von dem Standpunkt

auch der Reichstag von Gottes Gnaden

da. (Sehr gut! links.) Ja von dem Standpunkt aus sind auch wir Sozialdemokraten hier von Gottes Gnaden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bei der Eröffnungsfeier dieses Reichstags betonte ja auch ein Oberhofprediger, daß die letzte Reichstagswahl ein Werk Gottes sei. Nun müssen Sie aber auch die Resultate der Nachwahlen als das Werk Gottes anerkennen und müssen sich sagen: Wir müssen uns schwer versündigt haben, daß bei jeder Nachwahl die sozialdemokratischen Stimmen so zunehmen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir dürfen nicht dulden, daß die Bedeutung des Reichstags herabgedrückt wird, auch nicht in den Vorstellungen der maßgebenden Personen, denn diese können sich zu Handlungen verdichten. Wir sind als Reichstag die unmittelbaren Beauftragten des Volkes, eine souveräne Instanz neben dem Bundesrat, neben dem Kaiser, nicht unter dem Kaiser. (Sehr richtig! links.) Die Minister sind die Funktionäre der Volksvertretung, wenn sie auch der Form nach vom Kaiser ernannt werden. Diese Anschauung weist den Ministern eine viel würdigere Stellung zu, als die ist, die sie heute haben. Ich erinnere an die Stellung der englischen Minister ihrem König gegenüber. Wenn ein deutscher Minister dem Kaiser gegenübertritt, so fühlt er sich vollkommen als Beamter, der durch die Ungnade seines Herrn gestürzt werden kann; ein englischer Minister aber tritt als Beauftragter der großen Mehrheit des englischen Volkes dem König von England gegenüber. Auch die Stellung, die wir dem Kaiser zuweisen, ist im Grunde genommen würdiger, als die auf Grund des Gottesgnadenprinzips. Wenn auch der Fürst erklärt, er sei nur verantwortlich vor dem Himmlischen Herrn, so ist er natürlich doch nicht in der Lage, durch seine Sachkenntnis und Arbeitsfähigkeit etwa wirklich sachlich zu herrschen. Er ist abhängig von der

Giftatmosphäre des höfischen Byzantinismus,

wie es Herr v. Kedlitz einmal nannte. Wir erkennen dem Kaiser gern den Einfluß zu, den er durch das gewinnt, was er wirklich leistet, aber wir weisen den Anspruch scharf zurück, daß er über alles gebieten könne, lediglich auf Grund eines erlogenen formalistischen Rechts, was nur dazu führt, daß das Instrument des Himmels schließlich das Instrument irgendwelcher Herren ist, die man als ungekrönte Könige von Preußen bezeichnet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Gegensatz zwischen den Anhängern des Alten und den Anhängern des Neuen hat eine Schärfe erreicht, die sehr leicht zum Konflikt und zur Katastrophe führen kann. Man sollte denken, daß auch einsichtsvolle Konservative sich mit modernen Anschauungen abzufinden wissen sollen. Statt dessen mehren sich seit der Zusammenkunft des Kaisers und des Zaren in Potsdam die konservativen Stimmen, die ein deutsch-russisches Bündnis zum Schutz der konservativen Weltanschauung fordern, die eine Erneuerung der heiligen Allianz erstreben. Es fehlt nur noch der alte Franz Joseph, der aber ist glaube ich, zu klug dazu. Daß er trotz seines Alters die moderne Zeit begreift, hat er durch sein Eintreten für das allgemeine Wahlrecht bewiesen. Ich glaube nicht, daß der die Wege Metternichs wandelt. Bezeichnend für die Neigung, die heilige Allianz zu erneuern, ist es auch, daß wieder die preußischen Konservativen sich als die wahren Patrioten bezeichnen. So war es auch in jener Zeit, als die Feindschaft gegen die deutsche Einigung das Kennzeichen des potentierten preußischen Patriotismus war. (Sehr wahr! links.)

Bismarck war gewiß kein Freund der Sozialdemokratie. Er hat durch seine soziale Verständnislosigkeit dazu beigetragen, die proletarische Bewegung zu beschleunigen. Aber an Einsicht in die Notwendigkeit der Zeit übertraf er doch bei weitem die heutigen Konservativen. Namentlich übertraf der Handlanger sehr den damaligen Träger der preußischen Krone, der nur mit Mühe zur Annahme der Kaiserkrone gebracht werden konnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bismarck hat unbeschadet seiner konservativen Richtung bedeutsame Forderungen des Liberalismus akzeptiert, und er hat das allgemeine Wahlrecht eingeführt, das den heutigen Konservativen so verhaßt ist. Sie aber (nach rechts) wandeln nicht auf den Spuren Bismarcks, sondern auf den Spuren Metternichs. Sie wollen durch Gewaltmaßregeln das Neue verhindern und das Alte konservieren.

Bezeichnend für die reaktionäre Strömung ist auch die in der Beuroner Rede proklamierte

neue Firma „Thron und Altar".

Diese Firma meldete sich auch in der heutigen Rede des Freiherrn v. Hertling an. Der Thron soll vom Altar Unterstützung gegen die Demokratie erhalten, der katholische und orthodoxe lutherische Altar soll dagegen vom Staate Hilfe gegen den Modernismus bekommen. Der Dritte in der Firma ist dann der Besitz oder, wie Herr v. Oldenburg so schön sagt, das große Portemonnaie. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kanzler erklärte vorher: Die Potsdamer Rekrutenansprache überschreite in keiner Weise die verfassungmäßigen Befugnisse des Kaisers. Der Kaiser bestreitet in der Rede an die Rekruten, daß ein Konflikt zwischen Pflicht und Gewissen möglich sei. Das stimmt aber keineswegs. Im Militärstrafgesetzbuch wird ausdrücklich betont, daß die Militärpersonen, die einen Befehl eines Vorgesetzten ausführen, von dem sie wissen, daß er strafbar ist, der Strafe der Teilnehmer sich aussetzen. Im zivilen Strafgesetzbuch nun befindet sich ein Paragraph, der mit Zuchthausstrafe droht, der es unternimmt, den Reichstag zu sprengen oder gewaltsam zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu nötigen. Zum Begriff des Unternehmens gehört auch unstreitig eine Aufforderung nach Art der des Herrn von Oldenburg. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann dem Reichskanzler nur eindringlich das Studium des Militärstrafgesetzbuches und des Strafgesetzbuches empfehlen. Es handelt sich da um sehr aktuelle Dinge. Es mehren sich die Empfehlungen selbstherrlicher Eingriffe in die Reichsverfassung. Der fromme „Reichsbote" hat ausdrücklich den Reichskanzler aufgefordert, auf dem Wege des Staatsstreiches durch kaiserliche Verordnung ein Oberhaus einzuführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Regierungsrat Martin hat in einem viel gelesenen Buche ausgeführt, daß der Kanzler mit einer Aenderung des Reichstagswahlrechts umginge. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Anderswo ist mitgeteilt worden, daß der Kanzler nur auf den Ausfall der nächsten Reichstagswahlen warte, um den Widerstand

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

brechen, den bisher noch die süddeutschen Fürsten einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts entgegensetzen. Auf

Ausnahmegesetze

war auch die heutige Rede des Herrn v. Heydebrand gestimmt. Zunächst fordert Herr v. Heydebrand Verschärfung des Majestätsbeleidigungsparagraphen, natürlich im Sinne einer Ausnahmemaßregel gegen die Sozialdemokratie. Er behauptet, daß sich die Sozialdemokratie in beschimpfenden Aeußerungen gegen den Kaiser erginge. Ich bestreite das auf das entschiedenste. Nicht Beschimpfung, sondern scharfe Kritik wird von unserer Seite geübt. Auf der anderen Seite aber sind mehrfach Ausdrücke gefallen, die nicht im Komplimentierbuch verzeichnet stehen; ich erinnere an „Rotte“, „vaterlandslose Gesellen“ und sonstige Schmeichelnamen. (Hört hört! b. d. Soz.) Das Recht der Gegenwehr lassen wir uns nicht nehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Während der Rede des Herrn v. Heydebrand hätte ich gern einen Kinematographen hier gehabt. Er richtete seine Rede an den Kanzler, als ob er an einen Untergebenen Befehle erteile, so, als ob er etwa zu ihm sagen wollte: Du bist mein Instrument. (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler nickt nur [illegible] (Zuruf rechts: Er ist ja gar nicht im Hause!) Doch, Herr v. Heydebrand ist da. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut! links.)

In der heutigen Verhandlung ist vom Zentrum und den Konservativen alles weggewischt, was in den Novembertagen errungen wurde. Es war nichts da, sagte Freiherr v. Hertling. Es folgte auf die Novembertage die Finanzreform mit ihren Lasten für das Volk, aber was an Hoffnung für den Fortschritt der Selbstverwaltung vorhanden war, ist weggewischt. Diese Klärung ist doppelt angesichts der gestrigen Erklärung des Herrn Wermuth, daß das deutsche Volk sich noch gefaßt machen müsse auf weitere neue Steuern. Wohin Sie mit Ihrer Weisheit kommen werden, wird die Geschichte lehren. Die Regierung wird die Wege gehen wollen, die zur Katastrophe führen. Das ist der Sinn Ihrer Sammlungspolitik. Wir setzen Ihren Sammlungsrufen andere gegenüber, wir rufen alle die zur Sammlung auf die für die gesunde Entwicklung unseres Volkes bessere Einsicht haben.

Herr v. Heydebrand hat uns als vaterlandslos bezeichnet; das weisen wir zurück. Sie (nach rechts) freilich wollen das Vaterland lediglich zu einem Jagdgrund für die Privilegierten machen. Deshalb aber verzichten wir nicht auf das Vaterland, wir wollen es zur Kulturstätte für das ganze Volk machen. Ich freue mich daß die Fortschrittliche Volkspartei hier energische Töne gefunden hat und an unserer Seite kämpfen will. Der Linksliberalismus hat sich niemals mehr geschadet, als wie er mit Ihnen (nach rechts) ging. Diese Regierung ist todbringend für den Liberalismus, und Sie (zur Volkspartei) können sich gratulieren, wenn Sie den Kampf für den Fortschritt der Nation an der Seite der Sozialdemokratie kämpfen.

Zur Sammlungspolitik rufen wir auch die Frauen auf. Als ihnen in der Königsberger Rede der Rat gegeben wurde, sich nicht um Politik zu kümmern, wurde ihnen als Muster eine Frau vorgeführt, die gerade wegen ihres hohen politischen Geschickes von ihrem Volk gerühmt wird. (Abg. v. Dirksen [Reichsp.]: Als Königin! Große Heiterkeit.) Also die Königin darf sich erlauben, Politik zu treiben nur die Arbeiterfrauen nicht. Es war ja auch an demselben Tage, an dem die Rede gehalten wurde, eine Tochter des Kaisers in der „Woche“ in der Uniform eines Kavallerieregiments dargestellt. Das war wohl auch eine Betätigung hausfraulicher Pflichten und Fernhalten von den Dingen die den Frauen nicht ziemen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Herren, die das Ohr des Königs haben, sollten ihn doch auf so arge Widersprüche aufmerksam machen. Ich hoffe, die Frauen werden sich die Königsberger Rede gemerkt haben und sie werden auf unserer Seite fechten und wir werden in den Kampf ziehen mit der Losung: Des Volkes Wohl ist das oberste Gesetz! (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. v. Dirksen (Reichsp.): Ein Gutes hat die Interpellation gehabt, das offene Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Republik und das offene Zusammengehen der Freisinnigen mit der Sozialdemokratie. Das werden wir uns für die Wahlen merken.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Vereinigg.) bestreitet, daß der Reichstag ein Recht habe, an den Reden des Kaisers Kritik zu üben, die lediglich eine Mahnung zur Einigkeit an das deutsche Volk enthielten.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Es folgt die Interpellation der Freisinnigen, darüber, ob die

Pensionsversicherung der Privatangestellten

noch in dieser Session zu erwarten sei.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Dr. Mugdan (Freis. Vp.) erklärt

Staatssekretär Dr. Delbrück, daß die Vorlage gegenwärtig dem preußischen Ministerium vorliegt, und dann an den Bundesrat gehen werde, er werde sich jedenfalls bemühen, die Angelegenheit tunlichst zu fördern.

In der Besprechung der Interpellation erklären sich die Abgg. Dr. Tröscher (kons.), Nacken (Z.), Liebermann von Sonnenberg (Antis.) und Linz (Reichsp.) mit der Erklärung der Regierung einverstanden.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Ob die Vorlage noch in dieser Session kommt, hat der Staatssekretär garnicht gesagt. Wenn sie kommt, werden meine Freunde bemüht sein, nach Möglichkeit den Wünschen der Privatangestellten gerecht zu werden.

Nach weiterer kurzer Diskussion schließt die Besprechung.

Die Beantwortung der Interpellation über die Rebschädlinge wird vom Staatssekretär für die zweite Hälfte nächster Woche zugesagt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Gesetz betr. Schutz des Banknotenpapiers wegen Nachahmung; Erste Lesung der Schiffahrtsabgaben.

Schluß 5¾ Uhr.

Der Moabiter Prozeß.

Ug. Berlin, 26. November.

Zu Beginn der heutigen Sitzung bittet Vert. R.-A. Ulrich, den Angeklagten Schulz, der geständig ist, eine Straßenlaterne beschädigt zu haben, aus der Haft zu entlassen. Dies ist bisher abgelehnt worden, weil Schulz von seinem Vater, dem Königl. Zollinspektor Schulz, vorher aus dem Hause gewiesen war. Vert. R.-A. Ulrich liest eine Erklärung der Eltern vor, daß sie ihren Sohn wieder aufnehmen wollen. — Vert. R.-A. Dr. Heinemann bittet um Haftentlassung für einen anderen Angeklagten. — Vert. R.-A. Dr. Cohn gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß auf alle anderen Angeklagten dasselbe zutreffe. — Das Gericht wird über die Haftentlassung später beschließen. Der Gerichtshof ist sich schlüssig geworden mit dem heutigen Tage den allgemeinen Teil der Verhandlung vorläufig zu beenden. — Vert. R.-A. Dr. Oskar Cohn erklärt, daß unter den Personen, die mit der Polizei in unerwünschte Berührung gekommen sind, auch der bekannte Oberarzt des Katholischen Krankenhauses, Prof. Dr. Rotter, gewesen ist, der von der Polizei bedrängt wurde, und dessen beide Söhne mißhandelt worden sind. Es wird die Ladung des Professors Dr. Rotter beschlossen. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht beantragt die Ladung von fünf Zeugen, die bekunden sollen, daß sich die

Schutzmannschaft „völlig sachgemäß“

benommen habe. — Zeuge Polizeimajor Klein führt in Ergänzung seiner Aussage aus, daß keinerlei Auslagen oder Geschenke von der Firma Kupfer an die Polizeibeamten gemacht worden sind. Ich habe stets darauf gedrungen, daß alles bezahlt, und daß kein Schnaps gegeben werden solle. Für Verpflegungsgelder sind Ende Oktober an die Firma 1082 M. gezahlt worden. — Vert. R.-A. Dr. Oskar Cohn stellt den Beweisantrag, daß

Schnaps in sehr bedeutenden Quantitäten

von der Firma Kupfer neben der offiziell gezahlten Verpflegung geliefert worden ist. Davon wird allerdings die Behörde keine Kenntnis haben. — Polizeimajor Klein: Davon weiß ich nichts. Es wurden ja auch Arbeitswillige verpflegt. — Staatsanw. Stelzner beantragt, den Buchhalter Richter als Zeugen für das sachgemäße Verhalten der Polizei zu laden.

Einer der Angeklagten erklärt, daß er schon in der Woche vor dem Beginn der Unruhen, während er auf Streikposten stand,

betrunkene Schutzleute

gesehen habe. — Dann wird Schriftsteller Max Berthold vom Staatsanwalt Stelzner nach der Ansicht gefragt, die Pastor Schwebel ihm gegenüber über die Beteiligung der sozialdemokratischen Organisationen an den Tumulten im Laufe eines Gespräches geäußert hat. — Der Gerichtshof lehnt nach kurzer Erörterung die Stellung dieser Frage ab. Hierauf schildert Zeuge Berthold noch einige Fälle, bei denen das Verhalten der

Polizei gemütlich und humorvoll

gewesen sei. Ein Schutzmann habe gesagt, daß man nicht scharf einhauen habe, weil man doch nicht die Richtigen treffe. — Vert. R.-A. Heine: Glauben Sie, daß ein Hieb bis auf die Knochen mit flacher Klinge erfolgt sein kann? — Zeuge: Ich weiß nicht, ob der Verteidiger viel mit dem Säbel umgegangen ist. So ein

Säbel kann ja auch ausrutschen.

Erster Staatsanw. Steinbrecht beantragt, die beiden Polizeioffiziere zu laden, über deren Verhalten gestern Dr. Kochmann ausgesagt hatte. — Vert. R.-A. Heine protestiert gegen die Ladung, die jedoch beschlossen wird. — Hierauf gibt Vert. R.-A. Heine im Namen der gesamten Verteidigung folgende Erklärung ab: Der Herr Polizeipräsident hat es abgelehnt, den von uns geladenen Polizeibeamten generell die Genehmigung zur Aussage zu geben, da die Punkte der Aussage nicht spezialisiert sind. Wir haben nun eine Reihe Fragen spezialisiert und bitten über diese Fragen die Beamten aussagen zu lassen, speziell darüber,

ob Beamte in Zivil von Schutzleuten verletzt worden sind?

Auf unsere Frage, welche Beamten der Presse Informationen haben zukommen lassen, hat der Polizeipräsident den Rat gegeben, die Redaktionen selbst zu fragen. Wir lehnen es ab vom Polizeipräsidenten Verhaltungsmaßregeln entgegenzunehmen und bitten das Gericht den Polizeipräsidenten aufzufordern, hierauf wenigstens eine Antwort zu geben. — Zeugin Lotte Volz ist eines der Mädchen das von dem Automobil der englischen Journalisten aus beobachtet wurde, wie sie von Schutzleuten angeblich gejagt wurden. Sie bekundet: Die Schutzleute sagten uns wir sollten den Weg durch die Turmstraße ändern und uns in der Richtung des Kleinen Tiergartens nach Hause begeben. Wir sahen dann wie Polizeibeamte mit dem Rufe: „Was will das Auto hier!“ sich auf das Automobil stürzten und losschlugen. Ein Herr war aufgestanden, um sich zu legitimieren. — Vert. R.-A. Heine: Waren Menschen in der Nähe? — Zeugin: Nein. — Vert. R.-A. Heine: Ein Schutzmann hat behauptet daß ein Stein geworfen worden sei. Haben Sie das gesehen, oder haben Sie selbst geworfen? — Zeugin: Nein. — Zeuge Eschelborn hat den Vorfall ebenfalls beobachtet weiß aber nichts zu bekunden. — Der nächste Zeuge Heß, Arbeiter bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, bekundet: Ich habe am 24. September also vor dem Krawall, es erlebt, daß an dem Gebäude der Firma Kupfer u. Ko.

ein Arbeitswilliger auf mich und meinen Arbeitskollegen den Revolver anlegte

Ich ging auf einen Schutzmann zu und habe ihn gebeten, dem Mann den Revolver abzunehmen. Der Schutzmann hat mir aber nur

höhnisch ins Gesicht gelacht

Der Arbeitswillige war nicht beschimpft oder bedroht worden, er hat das aus reinem Uebermut getan um uns zu reizen. Da erst wurde das Publikum erregt. Mein Arbeitskollege wird den Vorgang bezeugen können. — Kaufmann Heymann kam am Dienstag den 27. September mit zwei Bekannten einem Arzt und einem Zahnarzt an die Ecke der Rostocker und Huttenstraße, wo Feuer gewesen war und etwa 50 Personen sich befanden die sich ganz ruhig verhielten und anscheinend nur dem Feuer zugesehen hatten. Es bog um die Ecke ein Mann, der angeheitert war und sang. In demselben Augenblick stürzte eine Anzahl Schutzleute von verschiedenen Seiten auf die Leute dort los und trieb sie auseinander. Ein Herr sagte: Was wollen Sie von mir ich bin doch ein anständiger Mensch, darauf erwiderte der Polizeileutnant:

„Halten Sie das Maul und laufen Sie auch!“

Die Schutzleute waren von allen Seiten mit gezogenem Säbel herangekommen und schlugen auf die Leute ein die aus der Beusselstraße zur Elektrischen Straßenbahn liefen. — Vert. R.-A. Heine: So daß also niemand aus dem sogenannten Aufstandsgebiet herauskonnte — Zeuge: Nein ein Mann der sich nach seinem Hut bückte, bekam von einem Schutzmann einen Fußtritt. — Vert. R.-A. Heine: Wurde in diesem Augenblick ein Angriff auf die Schutzleute gemacht? — Zeuge: Nein. In der Beusselstraße trat ein Mann der ein dickes Auge hatte und blutete, an den Polizeileutnant heran und ersuchte ihn, einen Kriminalbeamten festzustellen. Der Leutnant verweigerte ihm das. — Der Vorsitzende sucht durch Befragen des Polizeileutnants Folte festzustellen welche Offiziere das Kommando an jenen Stellen gehabt haben. Es läßt sich das aber zunächst nicht genau feststellen. — Vert. R.-A. Dr. Kurt Rosenfeld: Ich beantrage die beiden Begleiter des Zeugen zu laden weil es scheint als ob den Aussagen des Zeugen Mißtrauen entgegengebracht wird.

Frau Döring wohnt in der Huttenstraße. Sie war am Sonnabend den 24. September nachmittags zum Einkaufen gegangen. Als sie um die Ecke bog sah sie wie gerade ein Pferd vor den Kohlenwagen gespannt wurde und der Wagen abfuhr. Der Wagen war umgeben von Schutzleuten. Es waren viele Menschen da hauptsächlich Frauen und Kinder. Da eine Stütze des Wagens hochgehoben war, bückten sich die Leute, um die herabfallenden Kohlen aufzuheben.

Ein Schutzmann gab einem Kinde einen Fußtritt

ein Leutnant den sie dem Ansehen nach kenne da er dem Revier in der Beusselstraße angehöre, gab einem alten Mann mit dem Säbel einen Schlag über den Rücken. — Vors.: Haben Sie auch gesehen, daß die Leute mit den Kohlen nach der Polizei warfen?

Zeugin: Nein, das habe ich nicht gesehen. Ich habe nur gesehen, daß sie Kohlen aufsammelten. Abends 8 Uhr bin ich dann auf dem Heimwege durch die Sickingenstraße gekommen. Da sah ich, wie ein junger Mann, der schon eine ganze Weile ruhig vor mir hergegangen war und aussah wie ein Bureaubeamter, plötzlich von einem Schutzmann, der sich von einem Trupp von 10 bis 15 Beamten abzweigte, heftig mit dem Säbel geschlagen wurde. Der Mann sagte zu mir nachher: Liebe Frau, gehen Sie bloß nach Hause, sonst werden Sie auch so geschlagen. An einer anderen Stelle kam ein Mann weinend daher. Als er gefragt wurde, warum er weine, sagte er:

Weil ich ohne Grund mich so schlagen lassen muß und man sich nicht wehren kann

Beim Vorbeikommen am Kohlenhof standen eine Anzahl Leute, die herausgetreten waren, und anscheinend weggehen wollten. Ich habe sie für Arbeitswillige gehalten. Plötzlich kam ein Herr im grauen Mantel mit noch einigen Leuten, die wohl Kriminalbeamte waren, auf diesen Trupp zu und schob sie auf den Kohlenhof zurück. In der Nacht habe sie ihren Mann, der bei Löwe Nachtarbeit hatte, zur Sicherheit zur Arbeit begleitet. Als sie zurückkam, habe sie etwa nachts um 11 Uhr gegenüber dem Preußischen Warenhaus einen Schutzmann und einen Mann in Zivil stehen sehen. Plötzlich hörte sie einen Schuß und in demselben Augenblick krachte die elektrische Bogenlampe in Splitter.

Auf Befragen des Vert. R.-A. Heine erklärt die Zeugin, daß die beiden Leute, der Schutzmann und dessen Begleiter, sich, als der Krach ertönte, nicht umgesehen hätten. Es seien auch keine Leute auf der Straße gewesen, so daß sie angenommen habe, daß der

Schuß von dem Zivilisten ausgegangen sei, der offenbar ein Kriminalbeamter war

Erster Staatsanw. Steinbrecht fragt die Zeugin, ob ein Kohlenwagen oder mehrere dort standen. — Zeugin: Es waren wohl mehrere. — Zeuge Polizeileutnant Folte: Bin ich der gewesen, der den alten Mann geschlagen hat? — Zeugin: Nein.

Zeuge Polizeileutnant Folte: Haben Sie vielleicht gesehen, daß das Geschirr an dem Wagen von Schutzleuten ausgebessert und wieder zusammen genäht wurde? — Vert. R.-A. Dr. Oskar Cohn protestiert gegen diese direkte Fragestellung des Zeugen an andere Zeugen. Er wisse nicht, wie das prozessual begründet werden könne. — Der Vorsitzende erklärt, daß er nichts gegen die direkte Fragestellung habe. — Vert. R.-A. Dr. Heine: Also, Sie wollen dem Zeugen gestatten, direkt Fragen an die Zeugen zu stellen? — Vors.: Ja. — Vert. R.-A. Heine: Ich bitte das dann zu protokollieren. — Die Zeugin erklärt dann, sie habe nur gesehen, wie die Wagen im Abfahren waren.

Zeuge Polizeileutnant Folte: Ich hatte durch berittene Schutzleute, die ich absitzen ließ, das Geschirr, das durchschnitten war, flicken lassen. Wie der Wagen abfuhr, fielen eine Menge Kohlen herab und viele Leute stürzten darauf zu. Ein Schutzmann wollte auf eine alte Frau zustürzen, um sie abzuhalten, weil er das Gefühl hatte, daß das unberechtigt war. Ich hielt ihn aber zurück und sagte: Das geht uns nichts an, damit können wir uns nicht aufhalten. Es ist nicht blank gezogen worden, ich habe auch nicht blank gezogen. Es standen überall erregte Leute herum. Der andere Offizier war der Leutnant Kanischke. Dagegen kann der Reviervorstand Leutnant Werner, der nach der Beschreibung der Zeugin in Frage kommen muß, gar nicht dabei gewesen sein, denn er war um diese Zeit bei einer Konferenz. Es wurde auch nach uns mit Kohlenstücken geworfen. Als ich kurz darauf in der Rostocker Straße war, flog ein Stein an mir vorbei und warf einen alten 60jährigen Mann zu Boden. Erst dann ließ ich blank ziehen. — Die Zeugin erklärt, daß sie Polizeileutnant Folte erst in der Rostocker Straße gesehen habe. Als sie hinzukam, sei der Wagen schon im Abfahren gewesen. Sie habe bestimmt gesehen, daß ein Leutnant, nicht dieser hier, den Säbel gezogen hatte. Die Wagen seien, als das geschah, schon ein Stück entfernt gewesen.

Vert. R.-A. Heine: Als die Bogenlampe krachte, was machten denn da beide Beamte? — Zeugin: Nichts. — Vert. R.-A. Heine: Haben sie sich nicht einmal verwundert umgesehen? — Zeugin: Nein, gar nicht. — Vert. R.-A. Dr. Rosenfeld: Mehrere Angeklagte erinnern sich des Vorfalls mit dem Blankziehen bei dem Kohlenwagen auch. — Drei Angeklagte erklären, daß sie gesehen hätten, davon zwei von dem Pilzischen Lokal aus, daß ein Leutnant den Säbel gezogen und

einem alten Mann, der Kohlen aufheben wollte, übers Kreuz gehauen

hat, daß er zu Boden fiel.

Vert. R.-A. Cohn: Den Vorfall hat auch der Buchbindermeister Kleemann angesehen. Ich beantrage seine Ladung. — Vors.: Wir werden ihn dann zusammen mit den Offizieren vernehmen. — Zeuge Polizeileutnant Folte: Ich kann nur erklären, ich habe nicht blank gezogen und nicht gesehen, daß blank gezogen worden ist. — Zeugin: Dieser Herr Leutnant hat nicht geschlagen, aber der andere. — Zeuge Polizeileutnant Folte: Die Angeklagten, die den Vorfall ja von Anfang an gesehen haben, werden dann auch nicht bestreiten können, daß auf die Polizei mit Kohlenstücken geworfen worden ist.

Zeuge Klauß aus der Huttenstraße, der seit 26 Jahren in der Königlichen Porzellan-Manufaktur beschäftigt ist, ist der gewesen, der die Schutzleute Griesdorn und Sperling gewarnt hat, sich der johlenden Menge zu nähern. Er bekundet, daß die Radaumacher meist junge Leute gewesen seien. — Staatsanw. Stelzner: Welche Erfahrungen haben Sie bei den Absperrungen gemacht? — Zeuge: Am Montag ist mir nichts Nachteiliges aufgefallen, aber an den späteren Tagen erschien mir das Vorgehen der Schutzleute zu gewaltsam, es hat mir nicht gefallen.

Ich habe einen gesunden Haß bekommen

Der Zeuge bekundet weiter, daß er Mißhandlungsszenen vom Balkon seines Hauses angesehen hat. Ein einzelner älterer Mann, der aus einem Restaurant kam, wurde, obgleich die ganze Straße menschenleer war,

von mehreren Schutzleuten überfallen und furchtbar zugerichtet

Schon vorher hatte ein junger Mann ebenfalls Schläge bekommen. — Vert. R.-A. Dr. Kurt Rosenfeld: Haben Sie gehört, wie die Kriminalbeamten sich benommen haben sollen? — Zeuge: Ich habe oft gehört, daß die Kriminalbeamten wahllos auf das Publikum losschlugen, gesehen habe ich davon nichts. — Staatsanw. Stelzner: Haben Sie gesehen, daß Angriffe auf die Polizei gemacht und mit Steinen geworfen wurde?

Zeuge: Nein, aber ich habe gehört, daß im Hofe des Nachbarhauses von Schutzleuten Schüsse abgegeben wurden. — Zeuge Schutzmann Griesdorn erklärt auf Befragen des Staatsanwalts Stelzner, daß er die Warnung nicht gehört habe, sie wäre aber für ihn auch ohne Bedeutung gewesen. — Zeuge Waffenmeisteranwärter Juhl hat den Schutzmann Sperling in Sicherheit gebracht, nachdem er aus der Menge einen Steinwurf erhalten hatte. Er schildert die Szene folgendermaßen: Zwei junge Leute, die den Eindruck von Rowdys machten, sagten in seiner Nähe, als die Schutzleute ankamen: „Denen wollen wir mal das Hemd ausziehen.“ Er hat die Menge auf 200—800 Leute geschätzt, Männer, Frauen und Kinder durcheinander. Die Menge hat oft Hurrarufe ausgestoßen. — Staatsanw. Stelzner: Ist Ihnen Ihre Menschenfreundlichkeit von den Mitbewohnern verdacht worden? — Zeuge: Einige Leute haben jedenfalls ein verändertes Benehmen gezeigt. — Zeuge Schlosser Taege hat denselben Vorgang beobachtet. Er sagt, daß die jungen Leute Steine aufnahmen und sagten: Die wollen wir benutzen, wenn wieder welche kommen. Auch er hat die Schutzleute gewarnt, namentlich da er einen von ihnen persönlich kannte. Er sah auch, wie das Lokal, in das ein Schutzmann sich flüchtete, demoliert wurde. Der Zeuge bekundet weiter, daß er Furcht hatte, verprügelt zu werden, wenn er den ihm bekannten Schutzmann grüße, weil man vorsichtig sein müsse, um nicht für einen Achtgroschenjungen gehalten zu werden. — Vert. R.-A. Heine: Sie sind

Bezirksführer der sozialdemokratischen Partei

Zeuge: Ja. — Vert. R.-A. Heine: Und doch haben Sie

die Schutzleute gewarnt

Zeuge: Ja. — Zeugin Frau Döring ergänzt noch ihre Aussage dahin, daß sie wüßte, daß auch

Schutzmannsfrauen Wasser aus dem Fenster gegossen

haben. — Vert. R.-A. Dr. Cohn erwähnt, daß er eine Feststellungsklage gegen eine Schutzmannsfrau habe, die einen Schlächtermeister der Verhöhnung der Schutzleute beschuldigte und von diesem verklagt wurde, daß sie Wasser auf die Schutzleute gegossen habe. Der Verteidiger überreicht einen formulierten Beweisantrag, wonach Professor Dr. Rotter an der Gotzkowskystraße aus der Straßenbahn ausgestiegen und dann nach der Turmstraße zurückgegangen ist. Er hat mit seinen Söhnen, um einer flüchtenden Menschenmenge auszuweichen, in der Türnische einer Gemeindeschule Unterkunft gesucht. Dabei sind seine beiden Söhne von Schutzleuten mißhandelt worden, während er selbst ihnen aus dem Wege gehen konnte.

Zeuge Polizeileutnant Kanischke hat am Sonnabend mittag an dem Kupferschen Kohlenplatz Dienst getan. Am Freitag herrschte noch Ruhe, aber am Sonnabend erhielt ich bereits ohne Veranlassung Steinwürfe. Als dann ein Kohlenwagen in die Rostocker Straße einbog, standen auf beiden Seiten Kohlenarbeiter, die einen Kutscher, der einen Schuß abgegeben haben sollte, beschimpften und drohten, ihm die Knochen zu zerbrechen. Es ist behauptet worden, die Partei hätte mit der Sache nichts zu tun, zu mir aber kam ein Mann heran, der sagte: Ich bin vom Verband, ich will mit den Leuten verhandeln. Ich sagte: Lassen Sie die Leute doch ruhig arbeiten. Kutscher und Arbeitswillige hatten die allergrößte Angst; es wurden auch Rufe laut: Stecht die Pferde tot. Das konnte ich verhindern, nicht aber, daß die Sielen durchschnitten wurden, und daß hinten die Wagen zerbrochen wurden, so daß die Kohlen auf die Straße fielen. Dann kam Hilfe durch die Polizei. Ein Arbeiter erklärte sich bereit, das Gespann nach Hause zu fahren, aber der Verbandsleiter trat vor und sagte: Das geht nicht, das ist Streikarbeit. Ich bekam darauf noch mehrere

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/11
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kohlenstücke in den Rücken geworfen. Auf Befragen des Staatsanwalts Steizner bekundet Zeuge weiter, daß er

Angriffe auf Arbeitswillige nicht gesehen

habe, wohl aber, daß ein Kutscher blutete, weil er vorher verprügelt worden war. — Vert. R.-A. Dr. Rosenfeld: Wollte der Mann vom Verband Sie nicht unterstützen? — Zeuge: Ja, ich glaube, er hatte das Bestreben. Zeuge erklärt dann weiter, daß um 4 Uhr an der Beusselstraße folgender Vorfall passierte. Ein betrunkener Mann taumelte hin und her und schlug sich selbst die Nase an der Bordschwelle blutig, dann kam er auf mich zu und sagte: Sehen Sie Herr Leutnant, wie die Beamten mir zugerichtet haben. Freitag mittag wurden ferner zwei Mädchen lediglich aufgefordert, eine andere Richtung einzuschlagen. Der Beamte breitete nur die Arme aus, um den Weg zu versperren. Da kam eine Frau und sagte zu den Mädchen: Lassen Sie sich das nicht gefallen, daß der Beamte Sie schlägt! Da sieht man, wie solche Aussagen zustande kommen. — Vert. R.-A. Heine: Glauben Sie, daß man auch Säbelhiebe bis auf die Knochen fingieren kann? — Zeuge: Bis dahin war noch kein Säbelhieb gefallen. — Vert. R.-A. Heine: Doch, es war schon geschlagen und geschossen — Zeuge: Natürlich kann ich nur sagen, was mir bekannt ist.

Polizeileutnant Werner war am Sonnabend um 8½ Uhr am Kohlenplatz. Er ist der Polizeioffizier gewesen, der einem älteren Mann, der mit anderen Leuten Kohlen von der Straße wegnahm, einen Schlag mit dem Säbel gegeben hat und der als solcher von der Frau Döring wieder erkannt wird. — Polizeileutnant Götze tritt vor und erklärt, daß die Meldung eingelaufen ist von einem Kriminalbeamten, daß ein Arbeitsbursche Willy Stock verhaftet worden sei, weil er nach seiner Angabe als Radfahrer hin und her gefahren ist „auf Wunsch der Parteileitung". Er sei zu Streikposten und Ordonnanzdienst verwendet worden und habe sich dann nach einigen Tagen krank gemeldet. Er sei daraufhin von der Parteileitung noch kontrolliert worden.

Vert. R.-A. Heine: Jeder Mensch weiß, daß der Zeuge wieder einmal Partei und Gewerkschaft verwechselt, das hätte er doch endlich wissen können. — Vors.: Das ist weder eine Frage noch etwas anderes. — Vert. R.-A. Heine: Es war nur meine Privatmeinung, die ich zu den Mitverteidigern äußerte. — Vors.: Ja, dann bitte ich aber, nicht derartig laut. — Vert. R.-A. Dr. Rosenfeld beantragt, den jungen Menschen sofort als Zeugen zu laden. Wahrscheinlich handelt es sich um einen jungen Menschen, wegen dessen schon einmal eine Untersuchung eröffnet war, aber in einer ganz andern Sache. Er hat bei der Apothekergesellschaft gestreikt und wurde deshalb täglich mit dem Rad in Moabit gesehen.

Eine längere Aussage macht der Zeuge Restaurateur Bunzel. Er hat am 28. September gesehen, wie die Mädchen aus einer Fabrik von Schutzleuten weggetrieben wurden. Dabei sah ich, daß ein Schutzmann einem besser gekleideten Herrn einen Stoß gab. Der Herr beschwerte sich bei dem Polizeioffizier, der ihm antwortete: Machen Sie, daß Sie wegkommen. Ein zweiter Polizeioffizier sagte zu ihm:

Sie Affe, machen Sie, daß Sie wegkommen

Darauf ging ich auf den Herrn zu und sagte: Sehen Sie, Sie sind besser angezogen, und doch ein Affe! Ich stand nachher in Hemdsärmeln vor meiner Tür, wurde aber von den Schutzleuten in den Laden hineingewiesen. Ich ging auch, da kam ein Schutzmann mir nach

hielt mir einen Revolver vor

und sagte: Kommen Sie heraus. Als meine Frau dagegen Einspruch erhob, wurde sie beschimpft. Der Schutzmann sagte zu ihr:

Sie sind ein Dreck, hier sind wir die Herren

Zeuge hat noch in den nächsten Tagen beobachtet, daß ein junger Mann von Schutzleuten weggetrieben wurde mit den Worten: Na, nun aber man trab! Der junge Mann lief daraufhin weg und wurde an der nächsten Schutzmannskette mit den Worten empfangen

du Aas, warum rennst du denn

Er erhielt dabei Säbelhiebe. Am Dienstag abend, so erzählt der Zeuge weiter, stand ich gegen 10½ Uhr vor meiner Tür, da kam ein junger Mann und sagte: Lassen Sie die Jalousien herunter

die Schutzleute schlagen die Scheiben ein

Ich zog mich zurück und wir ließen sofort die Jalousien herunter. Da klopften auch schon die Säbel an die Scheiben. Es hieß: Aufgemacht, sonst brechen wir das Lokal auf! Da fiel auch schon die Tür von außen herein. Meine Frau wollte nicht aufmachen, worauf die Schutzleute sagten:

Wenn Sie nicht aufmachen, schießen wir hindurch

Vors.: Was wollten denn die Schutzleute im Lokal? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Es waren nur drei Leute vor der Haustür, während 50 bis 60 Schutzleute in der Nähe waren. — Vors.: Haben Sie gesehen, daß aus den Häusern geworfen wurde? — Zeuge: Nein. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Ist Ihnen beim Eindringen der Schutzleute in Ihr Lokal etwas geschehen? — Zeuge: Nein, ich hatte mich im Hinterzimmer versteckt. — Vert. R.-A. Heine: Sie haben sich beim Polizeipräsidium beschwert? — Zeuge: Jawohl. — Staatsanwalt: Haben Sie Bescheid bekommen? — Zeuge: Nein. — Vert. R.-A. Heine: Haben Sie

in der Bürgerschaft von Moabit Empörung über die Polizei

wahrgenommen? Zeuge: Ja, ein Gerichtsvollzieher z. B. sagte mir, es wäre unerhört gewesen, und ebenso sprachen viele Hauswirte. Zeuge Kaufmannslehrling Koszinsky kam am Mittwoch von einer Einsegnung nach Moabit zurück. An der Ecke der Beusselstraße sah ich, wie eine berittene Schutzmannstruppe die Menge vor sich hertrieb. Vor mir standen ebenfalls Schutzleute. In meiner Angst rannte ich weiter. Da kommandierte der Polizeileutnant gerade zur Attacke auf die fliehende Menge! Ich wollte auf den Polizeileutnant zutreten, um um Schutz zu bitten, und hielt beide Hände hoch. Da erhielt ich auch schon

von vier Schutzleuten Säbelhiebe über Kopf und Hand

Ich brach zusammen. Nach einer kurzen Weile konnte ich wieder aufstehen, brach aber wieder zusammen. Ich bin immer etwa zehn Meter von der Menge entfernt gewesen. Dann sah ich noch, daß einige Schutzleute auf sämtliche Fliehenden einhieben. Ich hätte selbst noch weitere Säbelhiebe bekommen, wenn nicht zwei Herren mich herausgezogen und in ein Haus gebracht hätten. Ich war dann besinnungslos, mein Großvater und Onkel brachten mich nach dem Krankenhaus, wo ich

sechseinhalb Wochen gelegen

habe. Die Wunde an der Hand schmerzt noch heute sehr. Der Zeuge erklärt auf Befragen der Verteidigung, daß er Schadenersatzansprüche gestellt habe.

Nächster Zeuge ist Berichterstatter Unger vom Vorwärts. Er soll angeblich der Mann mit dem Spitzbart sein, den der Zeuge Berthold an verschiedenen Stellen gesehen haben will. Zeuge Berthold erklärt, daß die beiden Persönlichkeiten nicht identisch seien. Zeuge Unger bekundet: Er habe weder Rufe noch Steinwürfe noch Schüsse gesehen oder gehört. Vermutlich sind nur Feuerwerkskörper abgebrannt worden. Die Veranstalter waren junge Burschen, keine Bürger oder Arbeiter. Ich habe auf der Straßenbahn ein Gespräch zwischen zwei Zivilisten belauscht, die ich für Kriminalbeamte gehalten habe. Der eine sagte,

man habe schon zu lange gefeiert, es sei gut, daß wieder einmal draufgehauen wird

Ein Fräulein habe ich bei den Insassen eines Automobils um Schutz bitten hören, weil sie schon halb tot sei. Die Nervosität der oberen Beamten hat sich offenbar den untern Beamten mitgeteilt. Es war ganz unmöglich, selbst für 100 M. eine Autodroschke zu bekommen nach dem Vorfall mit den englischen Journalisten. Ich habe selbst gesehen, daß ein Mann mit einem Gummischlauch geschlagen wurde, und als ein Polizeileutnant dazu kam, glaubte ich, in dessen Mienen zu lesen: Nun ist es aber auch genug!

Vors. Landgerichtsdirektor Lieber teilt hierauf mit, daß am Montag in die Verhandlung der einzelnen Fälle eingetreten werden soll. Vert. R.-A. Dr. Heinemann erklärt Namens der Verteidigung, daß diese sich dadurch in ihrer Funktion beschwert fühle. Die Verteidigung gehe von der Ansicht aus, daß

nicht Zusammenrottungen vorliegen, sondern vielmehr Notwehr

daher müsse man zuerst das ganze Milieu aufrollen.

Das Gericht beschließt aber trotzdem, in die Verhandlung der einzelnen Fälle einzutreten. Die Sitzung wird sodann auf Montag vertagt.

Versammlungen.

Neustadt. Ueber Revisionismus und Klassenkampf referierte Genosse Fleißner am 11. November in der Tonhalle. Von den bekannten Worten Bernsteins ausgehend, daß die Bewegung alles, das Ziel nichts ist, daß wir „positive Arbeit" leisten und Anpassungspolitik treiben müßten usw., besprach der Referent die wichtigsten der in Betracht kommenden Vorgänge vom Standpunkt der Theorie unseres Programms. Die Genossen müßten sich mehr um sozialistische Theorie kümmern, damit wir wirkliche Kämpfer in der Partei erziehen. Diese Ausführungen fanden starken Beifall und zeigten, daß der 4. Kreis fast geschlossen auf dem Standpunkt des linken Flügels der Partei steht. In der Debatte sprach Genosse Lienicke. Wir hätten vor allem die Pflicht, mehr auf unsere Führer aufzupassen. Die letzten Stadtratswahlen bewiesen, wie schädlich die Revisionisten in unserer Partei sein könnten. An der Debatte beteiligten sich noch Buchdrucker Hahn, Fischer, Schuster, Maler Hahn, Fleißner, und Hünig. Genosse Schelzig gab noch den Vorstandsbericht. (Eing. 17./11.)

Brauerei- und Mühlenarbeiter. Am 9. November fand in der Zentralhalle unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Genosse Dr. Grabnauer hielt einen Vortrag über: Die Entwicklung zur Großindustrie. In nahezu zweistündigen Ausführungen behandelte der Referent die wirtschaftliche und technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seinen sehr instruktiven Vortrag. Der Vorsitzende, Kollege Polster, teilte mit, daß der Arbeitsnachweis von den Unternehmern zum 31. Dezember gekündigt worden ist. In der Diskussion wurde verlangt, daß der Nachweis auch für Hilfsarbeiter zuständig sein soll und daß die Prozentleute in Fortfall kommen möchten. Im übrigen wurde die Ortsverwaltung beauftragt, die weitere Erledigung der Angelegenheit zu übernehmen. Der Vorsitzende gab ferner einen kurzen Bericht über den Streik im Plauenschen Lagerkeller, der infolge des hartnäckigen Verhaltens der Betriebsleitung eine andere Wendung noch nicht genommen habe. Bedauerlich sei, daß durch dieses Verhalten eine ganze Anzahl von Gastwirten bedeutend geschädigt würde. Schuld daran sei derjenige, der durch dies provozierende Vorgehen die Bestrebungen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter niederknüppeln will. Bei diesem Bestreben kämen diesem Herrn die nationalen Arbeiter zu Hilfe, indem sie bei allen möglichen Gelegenheiten die Produkte dieser Brauerei in empfehlende Erinnerung brächten. So sei der Bezirksleiter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, Herr Berndt, in einer Gastwirtsversammlung gewesen und habe eine eifrige Propaganda für den Lagerkeller zu machen versucht. Doch auch dieses Beginnen sei nutzlos; nichts weiter hätte er erreicht, als daß ihm eine tüchtige Abfuhr seitens der Wirte zuteil wurde. Zum Schluß ermahnte Redner die Anwesenden, die Arbeitswilligen, vor allen Dingen aber den verkrachten Oekonomieverwalter und jetzigen Kutscher Wehlmann, in der gebührenden Art zu beachten. (Eing. 14./11.)

Bezirk Trachau u. Umg. In einer mäßig besuchten Mitgliederversammlung referierte Genosse Göttfried über Steuerprivilegien und Liebesgaben. Redner erklärte speziell die agrarischen Schutzzölle und die Einfuhrscheine auf Getreide, Zucker sowie Spiritus. Reicher Beifall lohnte seine leichtverständlichen Ausführungen. Genosse Leuthold gab einen kurzen Bericht aus dem Vorstand und wünschte, daß die Mitgliederversammlungen besser besucht werden.

Bezirk Pieschen-Trachenberge. In der Mitgliederversammlung am 18. November sprach Genosse Karl Thiemig über: Kollektive Erwerbsgesellschaften und Genossenschaften. In eingehender Weise behandelte der Redner Wesen und Bedeutung der verschiedenen Arten von kollektiven Erwerbsgesellschaften. Er ging dann im zweiten Teile seines Vortrages auf die Genossenschaften ein, schilderte Zweck und Ziele der Arbeiter-Genossenschaften und kam zur Ansicht, daß bis jetzt die Genossenschaften in der Verwirklichung ihrer prinzipiellen Ziele ihre Pflicht nicht ganz getan hätten. Um am Orte diese Aufgaben (Wohnungsbau, Errichtung eines Notfonds usw.) besser erfüllen zu können, empfiehlt der Referent die Verschmelzung der Dresdner Konsumvereine.

In der Debatte legte Genosse Seebald nochmals die Gründe dar, die das Gewerkschaftskartell veranlaßten, zur Verschmelzung der Dresdner Konsumvereine Stellung zu nehmen. Er unterbreitete der Versammlung folgenden Antrag: „Die Versammelten beschließen, die Verschmelzung der Dresdner Konsumvereine zu fördern und erklären sich bereit, für zahlreichen Besuch einer Versammlung der Mitglieder des Pieschner Konsumvereins zu wirken, in der die Frage der Verschmelzung erörtert werden soll. Nachdem noch die Genossen Lehmann, Wirth, Rüger, Zimmermann und Neuring im Sinne des Antrages gesprochen hatten, wurde dieser angenommen. — Genosse Tinius gibt bekannt, daß das Vergnügungskomitee beabsichtige, am 1. Weihnachtsfeiertage einen Theaterabend zu veranstalten. Darauf schloß der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung. (Eing. 22./11.)

Briefkasten.

M. G., Böhmische Straße. Natürlich können Sie die Zu[illegible]berung einklagen.

F. St., Coswig. Der neue Besitzer hat in die Verträge, die der Vorbesitzer mit den Mietern abgeschlossen hat, einzutreten, hat also auch zu respektieren. Wenn kein Vertrag besteht, ist das Mietrecht des B. G. maßgebend. — Briefliche Auskunft geben wir nicht.

O. D., Weißer Hirsch. Wenden Sie sich an hiesigen Vorstand des Brauereiarbeiter-Verbandes. Wir haben damit nichts zu tun.

Klage über Billettverkauf zur letzten Volksvorstellung. Warum die Veröffentlichung nicht eher erfolgte, wissen wir nicht. Das Gewerkschaftskartell ist dazu wahrscheinlich nicht früher in der Lage gewesen. Fragen Sie dort an.

W. M., Rabenau. Wenden Sie sich wegen der Sache bitte einmal an einen der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Angenehm ist es wohl nicht, von Hundegebell in der Nachtruhe gestört zu werden.

Fernsp. f. männl. Pers. Nr. 3016
Zentral-Arbeitsnachweis
f. d. Bez. d. Kreishauptmannschaft Dresden.
Kostenfreie Arbeitsvermittlung jeglicher Berufsart
Dresden-A., Schlossgasse 14.
Geschäftsstunden: an Werktagen 8½-1 u. 3½-7 Uhr.

Victoria-Salon.
Lotte Sarrow in „Die Ehebrecherin"; ausserdem Komiker Haye; die Japaner-Truppe Yamamta; der komische Jongleur Leo Billward; die komischen Radfahrer Namsell, die Amerikanerin v. de Wett u. a. m. Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr. — Im Tunnel: d'Italiener; Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Residenz-Theater, Dresden
Der ledige Gatte

Central-Theater
Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung.
Sonn- und Feiertags, 3½ Uhr:
Nachmittags-Vorstellungen zu ermässigten Preisen.

Pflanzenbutter
Palmkrone-Palmstolz
Wer sparen und doch nicht auf den Buttergenuß verzichten will, versuche die beliebten van den Bergh'schen Marken
„Palmkrone" und „Palmstolz"
— feinste Pflanzenbutter-Margarine! — Sie ersetzen beste Meiereibutter vollkommen, sind jedoch über ein Drittel billiger. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

1 Postkarte genügt!
Unter strengster Diskretion! erhalten Sie bei 1 M. wöchentlicher Abzahlung die elegant. Kostüme, Jacketts, Röcke und Blusen sowie Herren- und Knaben-Anzüge und Paletots nach neuest. Verarbeitung, moderne Muster, fertig und nach Maß. **Elias Goldhammer,** Dresden-A., Gr. Brüdergasse 16, I.

ff. Cognac
Liköre, Rum, Arrac, Weine, Fruchtsäfte in allen Preislagen
Cognac-Brenn. u. Likörfabrik „Saxonia", Dresden-A. 17. Tel. 5907

Zigarren-Haus
August Döppmann
Liebenleibner Straße 16
hält sich bei Bedarf bestens empfohl.

Solide Herren-Uhren
in Nickel, Stahl, Silber und Gold
von 5 bis 350 M.
Solide Damen-Uhren
in Stahl, Silber, Tula und Gold
von 8.50 bis 100 M.
Für jede Uhr schriftl. Garantie
Hugo Künzel, Dresden-A., Wettinerstr. 5 nahe Postplatz

Wir empfehlen:
Illustrierte Völkerkunde
Unter Mitwirkung von Dr. A. Byhan (Nord-, Mittel-, Westasien und Europa), W. Krickeberg (Amerika), Dr. R. Lasch (Einführung), Professor Dr. Felix von Luschan (Afrika), Professor Dr. W. Volz (Süd- und Ostasien).
Herausgegeben von Dr. Georg Buschan.
— Mit 17 Tafeln und 194 Text-Abbildungen. —
Preis gebunden 3.50 M., geheftet 2.60 M.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Dresden-A., Grosse Zwingerstrasse 14.

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. getr. wie a. neuen Herren- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen etc. etc. Verleihen **10 Gr. Brüdergasse 10, 2**

Kanarien-Lose
Die bekannten, ehemals Helbig'schen Stück 50 Pf., überall verkäuflich.
Canaria I.

Damen- u. Herrenwäsche, Unterröcke, Strümpfe, größte Schürzen-Auswahl. Jetzt 10 Prozent **Marschallstr. 24.**

Marke Hörenz
ist der echte, milde Brot.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 13

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/12
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

weitere am Mittag des folgenden Tages, aber mit sehr viel geringerer Deutlichkeit, obgleich die Entfernung sich um 200 Kilometer verringert hatte. In der folgenden Nacht dagegen stieg die Intensität der elektrischen Wellen bedeutend, um dann während des folgenden Tages wieder erheblich zu sinken. Besonders wesentlich ist die aus diesen Versuchen gezogene Lehre, daß die Annäherung an ein Hochgebirge die drahtlose Telegraphie zur Tageszeit außerordentlich stark behindert, zur Nachtzeit aber kaum stört. Der Ingenieur verzeichnet außerdem einen englischen Rekord von 940 Seemeilen zwischen dem Mittelmeer und England über ganz Frankreich und Spanien nebst den Pyrenäen hinweg, außerdem aber einen andern von gar 6000 Seemeilen zwischen England und Buenos Aires.

Kleine Mitteilungen

Aus Kassel wird geschrieben: Der hiesige Kunstverein hat zurzeit im Kunsthause eine **Ausstellung** von Werken der Familie Nahl veranstaltet, die einen originellen Ueberblick über das **Kunstschaffen einer Familie im Laufe eines Jahrhunderts** gewährt. Der Familie Nahl, in Gemeinschaft mit der Architektenfamilie du Ry und den Malern Tischbein, hat es Kassel zu danken, daß es zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen hohen Ruf als Pflegstätte der Kunst genoß. Johann August Nahl der Aeltere war Bildhauer, ebenso ein ältester Sohn Samuel. Sein jüngerer Sohn Johann August machte sich als Maler einen bedeutenden Namen, und auch dessen Sohn Wilhelm wurde wieder Maler. Alle diese Künstler sind auf der Ausstellung durch Arbeiten der verschiedensten Art vertreten.

Das bisher unter dem Namen „**Ehrlich-Hata 606**" bekannte Heilmittel ist, wie gemeldet wird, von den Höchster Farbwerken unter der Bezeichnung „**Salvarsan**" patentamtlich geschützt worden. Es wird unter diesem neuen Namen von Mitte Dezember an in allen Ländern gleichzeitig zum Verkauf kommen.

Professor Ritter v. **Zumbusch**, der Schöpfer des Wiener Beethovendenkmals und vieler Porträtbüsten, hat der einigen Tagen seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Aus **Jasnaja Poljana** wird gemeldet: Tolstois Leibkutscher hat aus Gram über den Tod seines Herrn Selbstmord verübt. Er schnitt sich gestern am Grabhügel Tolstois mit einem Küchenmesser die Pulsadern auf und starb infolge Verblutung. Bauern aus der Umgebung, die täglich zu dem Grabe Tolstois gehen, fanden die Leiche. Der Kutscher war derselbe, der Tolstoi auf seiner Flucht nach dem Bahnhofe gefahren hatte.

In der französischen Akademie der Wissenschaften hat Bouvier über die Forschungen Roubauds einen interessanten Bericht erstattet. Roubaud beobachtete bei Wespen von der Synagris-Art einen merkwürdigen **Irrtum des Instinktes**. Diese Wespen besitzen einen Parasiten, eine kleine Mücke, die ihre Larven oft in den Zellen der Wespen niederlegt; die Verpuppung vollzieht sich dann in den Wespennestern. Aus Sparsamkeit bereiteten die ausgewachsenen Wespen jene Larven ihrer eigenen Gattung, die durch das Eindringen der Parasiten entwicklungsunfähig geworden sind; aber dabei befreien sie auch ihre Feinde, die Fliegen, die ohne diesen Eingriff untergegangen wären. Diesem Fehler folgt ein zweiter Irrtum: die parasitären Mücken haben überdies einen Feind in winzigen Insekten, die ihre Eier in die Mückenlarven legen. Bisweilen werden diese Eier an der Seite der Larve deponiert, sie entwickeln sich aber trotzdem. Die Wespe jedoch vertilgt auch diese Eier, sie weiß Freund und Feind nicht zu trennen, und indem sie den Feind begünstigt, vernichtet sie den Bundesgenossen im Kampf ums Dasein.

Büchertisch

Der junge Medardus, dramatische Historie in einem Vorspiel und fünf Akten von **Arthur Schnitzler**, deren Uraufführung in einigen Tagen am Burgtheater in Wien stattfindet, ist bei S. Fischer, Verlag, Berlin, soeben in Buchform erschienen.

Zeitschriften

Die **Sozialistischen Monatshefte**, redigiert von Dr. J. Bloch, Administration Berlin W., Potsdamer Str. 121b, die bekanntlich **alle 14 Tage** erscheinen, haben soeben das 24. Heft ihres 16. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: **Karl Legien**: Die Entwicklung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden. — **Max Schippel**: Der Parteiausschluß in den Vereinigten Staaten. — **Dr. Leonida Bissolati**: Die italienische Sozialdemokratie am Scheideweg. — **Max Zepler**: Die physischen Grundlagen der Arbeiterbildung. — **Ludwig Radlof**: Doktrin und Wirklichkeit. — **Dr. Bruno Borchardt**: Die Besteuerung des Wertzuwachses. — **Wilhelm Schröder**: Grenzen der Zentralisation. — **Rudolf Lurch**: Kritik und die Literaturgeschichte. — Politik von M. Schippel. — Sozialpolitik von H. Schmidt. — Kommunalpolitik von Dr. H. Lindemann. — Arbeiterwissenschaft von O. Lang. — Schönheit von M. Hochdorf. — Kolonisation von G. Hildebrand. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf. Das Quartal (6 bis 7 Hefte) 3 M., zu beziehen durch alle Buchhandlungen, bei allen Kolporteuren, auf jeder Postanstalt, in den Kiosken, sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamer Straße 121b, Berlin W 35, (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenlos zur Verfügung.

Heiteres

Logische Schlußfolgerung. Beamter: „Herr Inspektor, unser neuer Praktikant, dem Sie vorhin die ‚allgemeinen Dienstvorschriften' zum Studium gegeben haben, sitzt an einem Tisch und ist eingeschlafen!" — **Kassenvorstand**: „Nun — das ist wenigstens ein Zeichen, daß er wirklich darin gelesen hat!" (Allg. W.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 29. November. **Opernhaus** (Altstadt): Der Zigeunerbaron. Operette in drei Akten von Joh. Strauß. Anfang 7½ Uhr. — **Schauspielhaus** (Neustadt): Rebecka. Tragikomödie in vier Aufzügen von Frederik van Eeden. Anfang 7½ Uhr. — **Residenztheater**: Der ledige Gatte. Anfang 7½ Uhr.

Wochenspielplan der Kgl. Hoftheater. Opernhaus. Montag: Sizilianische Bauernehre. Der Bajazzo (7½). Dienstag: Der Zigeunerbaron (7½). Mittwoch: Josef in Aegypten (7½). Donnerstag: Tiefland (7½). Freitag: II. Sinfonie-Konzert Reihe B (7½). Sonnabend: Das Rheingold (7½). Sonntag: Carmen (7). — **Schauspielhaus.** Montag: Der Weibsteufel (7½). Dienstag: Rebecka (7½). Mittwoch: Der verlorene Vater (7½). Donnerstag: Wallensteins Tod (7). Freitag: Wenn der junge Wein blüht (7½). Sonnabend: Zum 1. Male: Vertauschte Seelen (7½). Sonntag: Vertauschte Seelen (7½).

Mitteilung aus dem Bureau der Königlichen Hoftheater. Im Königl. **Opernhaus** eröffnet heute Montag den 28. November Kammersänger Herold vom Königlichen Theater in Kopenhagen sein drei Abende umfassendes Gastspiel als Turiddu in der Sizilianischen Bauernehre und als Canio im Bajazzo. Sonstige Besetzung: **Bauernehre**: Santuzza: Frau Wittich, Lucia: Frl. v. Chavanne, Alfio: Herr Scheidemantel, Lola: Frau Nast; **Bajazzo**: Nedda: Frl. Gerde, Tonio: Herr Plaschke, Beppo: Herr Rüdiger, Silvio: Herr Trede.

Die nächste Erstaufführung des Königl. **Schauspielhauses** findet Sonnabend den 3. Dezember außer Abonnement statt. Aufgeführt wird die Burleske **Vertauschte Seelen** von Wilhelm von Scholz.

Kunstvorträge. Im **Literarischen Verein** liest Dienstag abend 8 Uhr im Neustädter Kasino Herr Hofschauspieler **Hugo Waldeck** Dichtungen von **Marie v. Ebner-Eschenbach**, deren 80. Geburtstag so noch gefeiert werden soll. Hierzu sind **Gastkarten** (1,05 M.) in den Buchhandlungen von A. Urban (Wilsdruffer Straße 21) und G. Pierson (Waisenhausstraße) sowie an der Abendkasse erhältlich.

Musik. Montag, abends 7½ Uhr, im Palmengarten: **Zweiter Streichquartettabend des Petri-Streichquartetts** (Petri-Warwas-Spitzner-Wille). Programm: Streichquartette: Beethoven: B-Dur, Opus 18, Nr. 2; F-Dur, Opus 59, Nr. 1; B-Dur, Opus 18, Nr. 6. — Karten bei Ries.

Dienstag den 29. November, abends 7½ Uhr, im Palmengarten: **Beethoven-Brahms-Klavierabend von Percy Sherwood** mit folgendem Programm: Beethoven: Sonate (quasi una Fantasia) Es-Dur, Opus 27, Nr. 1, und C-Moll, Opus 111. — Brahms: Klavierstücke, Opus 76. Variationen und Fuge über ein Thema von Händel, Opus 24. — Karten bei Ries.

Mittwoch, abends 7½ Uhr, im großen Gewerbehaussaale: **Konzert der Dresdner Liedertafel** (Oesterreichischer Komponistenabend) unter Leitung ihres Dirigenten Karl Pembaur. Mitwirkung: **Ilona Durigo** (Alt). Zum Vortrag kommen: Lieder am Klavier von Schubert, Herzberger, Stöhr und Hugo Wolf. — Männerchöre von Jos. Pembaur, Kelter, Thuille, H. Wagner, Ed. Kremser, Koschat sowie Volkslieder. — Karten bei Ries.

Bildende Künste. In der Galerie **Ernst Arnold** ist die Sonderausstellung von Prof. **Walter Firle** (München) eröffnet worden. Außerdem wurden neu aufgestellt Werke folgender Dresdner Künstler: Karl Bantzer, Gotthard Kuehl, Richard Müller, Emanuel Hegenbarth, Robert Sterl, Richard Dreher, Ferdinand Dorsch, W. Claus u. a. Vierzehn Bilder von **Hans Jäger** stellen teils niederdeutsche Motive aus der Dresdner Heide, teils solche aus Gegenden, die der Künstler auf seinen sommerlichen Gebirgsreisen besuchte; ferner wurden ausgestellt Aquarelle von Raoul de **Wurstemberger** und Zeichnungen von **Erich Büttner** in Berlin.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Dresden. Zentralorganisation aller Arbeitersänger und -sängerinnen. Für den Männerchor jeden Dienstag und für den Frauenchor jeden Donnerstag, abends von 8½ bis 11 Uhr, in der Zentralhalle, Fischhofplatz. Gesangsprobe und Aufnahme neuer Mitglieder. Wochenbeitrag 10 Pfennig.

Arbeiterbibliotheken.

Die **Bibliothek der Gruppe Cotta** des Sozialdemokratischen Vereins für den 6. Reichstagswahlkreis bietet reichhaltige belehrende und unterhaltende Lektüre unentgeltlich. Die Ausgabe der Bücher erfolgt jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats abends von 8½ bis 10 Uhr im Restaurant Goldener Hammer, Löbtauer Straße. Als Legitimation gilt das Mitgliedsbuch des Sozialdemokratischen Vereins.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 275 | Dresden 28. November | 1910

Chinesische Hygiene

Wir leben in einer Zeit der fortschreitenden Desinfektion, der Sanierung der Wohnungen, der Kanalisation der Städte, kurz einer öffentlichen Gesundheitspflege, so wie sie wohl zu keiner Zeit in der Geschichte bestanden hat. Daran ändert die Tatsache nichts, daß in Städten und auf dem Lande zum Teil noch ganz entsetzliche Wohnungsverhältnisse herrschen. Die Sterblichkeit hat zwar in den letzten dreißig Jahren abgenommen, aber nicht in dem Maße, wie man es erwartet hatte. Schon werden da und dort in wissenschaftlichen Kreisen Stimmen laut, welche die äußere Hygiene für nicht so sehr wichtig erachten, als man es ursprünglich angenommen. So wünschenswert schon vom ästhetischen Standpunkt aus die Sauberkeit ist, und so sehr sie ein Gradmesser für die Kulturhöhe eines Volkes ist, so scheint ihre Bedeutung für die allgemeine Volksgesundheit nicht ausschließlich ausschlaggebend zu sein.

Einen interessanten Beitrag zu dieser Frage liefert ein soeben erschienenes Buch des Professors Legendre von der medizinischen Fakultät in Paris, der eine längere Studienreise in Indien und China zu dem Zwecke der Erforschung der Volksgesundheit in diesen beiden Ländern unternommen. Danach stehen in China Hygiene und Volksgesundheit im diametralen Gegensatz.

In den großen chinesischen Städten, Kanton, Futschou und vielen anderen, laufen Arme und Reiche in einem unbeschreiblichen Schmutz. Die Straßen sind höchstens drei bis vier Meter breit, mit von Kot starrenden Dielen gepflastert, gedrückt mit ganzen Haufen von Gemüseabfällen, so daß nur ein ganz kleiner Ausstieg übrig bleibt, auf dem sich die Menschen aneinander vorbeidrängen. Von Zeit zu Zeit unterbrechen offene Bedürfnisanstalten das entsetzliche Einerlei dieser Straßen, wo die Männer mit der denkbar größten Ungeniertheit sich erleichtern. Von den Gerüchen in einer solchen Hauptverkehrsader chinesischer Großstädte zu reden, ist nutzlos, das spottet jeder Beschreibung. In jeder Ecke blasen sich Arbeitsabfälle und menschliche Abfälle. Die Küchenabwässer laufen auf die Straße; die neuen Straßen sind mit Brettern überdacht, mit gewaltigen Papierschildern und Laternen verhängt, so daß Ventilation oder der Zutritt von Sonnenlicht fast unmöglich ist. Aus dem ganzen Schmutz werden nur die Abfälle herausgeholt und davongeschafft, weil sie in dem viehlosen Lande ein äußerst begehrtes Düngmittel sind.

Im chinesischen Hause sieht es nicht besser aus als auf der Straße. Es besitzt keine Keller und ist deswegen immer feucht und kalt. Das untere Geschoß ist gewöhnlich ein einziger offener Raum, wo Luft, Regen und Kälte nach Belieben eindringen können. Die paar Papierfenster bieten keinen Schutz. In diesen Höhlen wird nicht nur Gemüse verkauft, sondern sie sind zugleich auch Werkstätten und Schlafräume. Von Waschgelegenheiten, frischem Wasser, Klosetts ist keine Rede. Der kleine hintere Hof muß zu allem dienen.

Das ist der Typus des chinesischen Hauses. Links und rechts davon, meist ohne Zwischenraum, schließen sich ähnliche Wohnungen an, und wo Zwischenräume sind, da führen schmutzige Schweine, schmutzige Hühner und herrenlose Hunde ein brüderliches Leben. In den Häusern selber aber arbeiten zwölf bis fünfzehn Personen, schreien, rauchen, husten und spucken. So geht das die ganzen gesegneten Stücke hindurch. Nirgends sind offene Plätze, nirgends Gärten. Nur die großen Mandarinen haben ein wenig Licht in ihren mit Ziegelsteinen gepflasterten Höfen. Die Großkaufleute wissen nichts von Ausflügen aufs Land. Abends setzt sich der Chinese unter die Haustür und vergnügt sich damit, die Vorübergehenden anzuschauen. Leibwäsche oder Tischwäsche sind unbekannte Luxusartikel. Die Kleider werden gewechselt und getragen, bis sie zu Lumpen geworden sind. Der Chinese wäscht sich nie oder selten. Der Geruch, den er verbreitet, ist charakteristisch. Die Möbel kennen weder Bürste noch Seife.

In diesen Städten, wo sich alle tierischen Krankheitskeime gesammelt, die wir in Europa kennen, müßte doch eigentlich die Sterblichkeit entsetzlich, müßten doch nach unseren wissenschaftlichen Forschungen Epidemien unausrottbar sein. Dem ist aber durchaus nicht so. Nur das eine steht fest: die Chinesen werden nicht alt. Männer, die über 60 Jahre alt sind, trifft man nicht oft, und wenige Greise gehören zu den Seltenheiten. Aber bei den Erwachsenen und Kindern ist die Sterblichkeit gering. Besonders die Kindersterblichkeit weist erstaunlich kleine Ziffern auf. Sie beträgt nach Angaben chinesischer Aerzte nur fünf bis sieben Prozent. Die europäischen Aerzte des chinesischen Spitals in Shanghai haben die Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr auf 12 Prozent berechnet, obwohl die Geburtshilfe bei den Chinesinnen sich in einem betrübenden Zustande befindet. Die chinesische Frau kommt allein, ohne jede Hilfe nieder. Niemand berührt sie. Sie selbst löst sich, innere Organe zu berühren. Das ist vielleicht der Grund, weshalb trotz der abscheulichen hygienischen Umgebung chinesische Frauen nie an Kindbettfieber und ähnlichen Infektionskrankheiten leiden. Die Mutter nährt das Kind selbst mindestens ein bis zwei Jahre lang. Bei Erwachsenen finden sich die gewöhnlichen Alterskrankheiten. Gicht und Rheumatismus äußerst selten. Den Choleraepidemien, die in den chinesischen Riesenstädten alle vier bis fünf Jahre einmal auftreten, fallen selten mehr als vierhundert Kranke zum Opfer.

Die Antwort auf dieses unglaubliche Rätsel glaubt der französische Gelehrte bloß in dem ausgezeichneten Ernährungssysteme und in der großen Mäßigkeit der Chinesen finden zu können. Die Hauptmahlzeit bildet der Reis, und was der Chinese sonst noch ißt, das wird im Gegensatz zu seinen sonstigen Gewohnheiten sauber zubereitet. Dazu kommt der ausgesprochene Familiensinn und bei allem Unglück eine gewisse stoische Ruhe den Ereignissen gegenüber. Sich zu beeilen hält der Chinese für unnatürlich.

Es liegt auf der Hand, daß die hygienische Barbarei, in der die Chinesen leben, nicht als Musterbeispiel für ein Volk betrachtet werden kann. Daß aber die außerordentliche Mäßigkeit im Essen und Trinken und dazu das ethische System der Selbstbeherrschung, wie es im Konfuzianismus enthalten ist, bei einer Nation Wunder wirken können, wenn sie Hand in Hand gehen mit einer Volkshygiene großen Stils, das hat der ungeheure Aufschwung gezeigt, den das so überaus saubere und mäßige japanische Volk in den letzten Jahrzehnten genommen hat.

E. Kg.

Das Gespenst in Lublau

Erzählung von Koloman Mikszáth

Aus dem Ungarischen

Auf der Spitze des Gebäudes fest inmitten der Neugierigen, die hinaufgeklettert waren, Michael Kasperek mit rotem Kalpak, angetan im blauen Dolman, ließ die gelb gestiefelten Füße herunterbaumeln und sah höhnisch grinsend seiner eigenen Verbrennung mit zu.

Der Gouverneur sprang auf einen der Wachgeliere zu:

„Schieß auf ihn!" befahl er.

Der Soldat entsetzte sich, fing an zu taumeln, die Flinte zitterte in seiner Hand.

„Hast du eine Flöte in der Hand, Memme?" herrschte ihn der Gouverneur an. „Gieb her!"

Er griff nach dem Gewehr, zielte und schoß. Der Pulverdampf zerteilte sich alsbald. „Getroffen!" heulte man nah und fern. Man konnte annehmen, oder vielleicht schien es nur so, daß Kasperek von dem Dache herabfallerte, wie eine getroffene Wildente; aber es konnte auch sein, daß er sich freiwillig gleich herabließ, wie eine Katze. Das Ganze war das Werk einer halben Minute. Im nächsten Augenblicke war keine Spur mehr von ihm zu sehen. Bestimmt war er nicht gegen den Platz zu, sondern in den Obstgarten heruntergesprungen. In der fünften, sechsten Minute sahen ihn Augenzeugen bereits auf seinem weißen Rosse durch die äußeren Straßen sprengen. Der gelbe Stiefel seines linken Fußes war mit Blut gefärbt und auch auf dem Dache der Scheune waren Blutflecken geblieben, wo er hinabgerollt war. Kein Zweifel, Anzunehmende Kugel hatte ihn am Beine getroffen. Aber was nützt das? Bei Gott dem Allmächtigen, es ist nur Schade um das Pulver. Hätten ihn hundert Kugeln getroffen und zerfleischt, wir wären auch dann nur so weit, als wir jetzt sind, denn er kann so viele Gestalten annehmen, als ihm nur beliebt . . .

Was hat das Verbrennen genützt? Nichts? Wer einen Wolf wäscht, verschwendet Wasser und Seife. Wir haben Zeit und Geld verloren — aber Kasperek ist geblieben.

Nur ein Resultat war doch erreicht — daß man wußte, es sei kein Geist, kein Schatten, keine einfache Vision oder Phantom, denn es war ja sein Blut geflossen, wenn anders dieses Blut nicht auch nur Spiegelfechterei war.

SLUB Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/13

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Trotzdem war der Rückenschild ein vollständiger, und in der Stadt herrschte große Niedergeschlagenheit. Kozanovich sandte einen Kurier an den König mit der Beschreibung der Vorgänge. Am Schlusse seines Briefes hieß es: „Wir haben, Majestät, gegen Wunder der Natur gekämpft, sind aber besiegt worden."

Die Bevölkerung murrte wider den Magistrat, wozu es nun gut war, den Leichnam zu verbrennen; — Kasperek werde fürchterliche Rache dafür nehmen. Man machte Spottverse auf die Senatoren Herteln und Pavlovsky, die in den Wirtshäusern gesungen wurden.

Kasperek aber zeigte sich häufig, immer geheimnisvoll, Nebel hinten, Nebel vorne; er bewegte sich nicht nur in der Stadt, sondern auch in den umliegenden Dörfern, die Bevölkerung mit falschem Gelde überschwemmend — einmal kaufte er Pferde für die Armee (denn August der Starke war im Begriff, gegen die Schweden zu Felde zu ziehen), ein andermal Ochsen, meist aber betrog er die unwissenden Bauern mit einfachem Geldwechseln. Aus der Umgebung strömte das falsche Geld nach Lublau, und Kozanovich war in Verzweiflung, daß er keine Abhilfe zu schaffen vermochte.

In dieser Ratlosigkeit hatte Herr Christoph Pavlovsky eine Idee, und er eilte hinauf ins Schloß zu dem Gouverneur:

„Noch eines ist mir eingefallen, gnädiger Herr, in bezug auf diesen bösen Kasperek."

„Nun, mir fällt wirklich nichts ein," seufzte der Gouverneur. „Rückt also heraus mit Eurem Einfalle."

„Den Hundebiß muß man mit Hundehaar heilen."

„Ein altes Sprichwort; was meint Ihr damit?"

„Gegen eine Hexe muß man sich an eine Hexe wenden, nicht wahr?"

„Das mag wahr sein," versetzte Kozanovich zerstreut.

„Mein einstiger Gebieter, Nikolaus Berczényi, hatte einen Hexenmeister und Propheten namens Martin Boncz."

„Den lungensüchtigen Müller aus Dudbeg. Ich kannte ihn in meiner Kindheit, aber er ist ja gestorben."

„Die Deutschen haben ihn gehenkt. Aber neben ihm, dem Martin, stand auch eine weibliche Hexe in Verwendung: sie hieß Panna Biciton. Der Martin war in der Hexenküche der Koch, die Panna die Küchenmagd — aber sie verstand mehr als ihr Meister. Dieses Weib lebt in einer kleinen Hütte unter dem Stároser Schlosse, und, hochgeborner Herr Gouverneur, ich glaube, sie wüßte uns einen Rat zu geben."

„Also, sucht sie auf, geht hin."

Mehr bedurfte es für Pavlovsky nicht; gleich den folgenden Tag brach er mit Herteln nach dem Stároser Schlosse auf, oder vielmehr nach jenem Waldhäuschen, wo die alte Panna am Fuße des Schlosses mit Priska, ihrer schönen Enkelin, wohnte.

Es war ein wunderschöner Ort, wo zwischen hohen, dicht belaubten Bäumen das ziemlich verfallene Häuschen stand, worin Priskas Vater einst als Waldhüter gewohnt hatte, der aber dann zu den Kuruczen eingetreten und im Feldzug gefallen war, worauf die Herrschaft seinem Töchterchen die Waldhütte nebst einem Stück Feld und Wiese geschenkt hatte.

Der Wald sah aus, als wäre er mit einem rotgefleckten Tuche bedeckt; überall im Rasen röteten sich die dicht gewachsenen Erdbeeren. Aus dem Dickicht tönten die Nachtigallenlieder.

Aber Priska war auch nicht faul, sie sang gleichfalls.

Die Lublauer Herren, die ihren Wagen auf der Heerstraße zurückließen und auf dem engen Pfade sich zu Fuße dem Häuschen näherten, hörten ihre schallende Stimme schon aus der Ferne. Nur schade, daß sie slowakisch sang:

„War ein König, der hat' sich aufs Kochen verlegt . . .
Hat zwei Brote gebacken, gebacken tra la la la.
Hatt' eine Katze, die hat' sich aufs Fressen verlegt,
Fraß täglich drei Brote tra la la la."

Als Priska die Tritte hörte, verstummte sie und verschwand dabei im Dickicht, wie ein furchtsames Eichhörnchen, statt ihrer aber erschien in der Türe ein runzliges altes Mütterchen, mit aufgestreiften Hemdärmeln an den hageren Armen, das einen tönernen Teller in der Hand hielt.

„Eben recht seid ihr gekommen," sprach sie freundlich zu ihnen. „Grade jetzt habe ich euch den Kuchen gebacken. Eßt nur, Kinderchen. Du kriegst zuerst davon, Hauptmann Christoph, du bist der Aeltere."

Die Lublauer Herren sahen sich verwundert an.

„Ich wußte, daß ihr kommen würdet, denn die Katze hat sich quer über meine Schwelle gelegt. Aber kommt doch herein."

„Wir hätten mit dir etwas zu besprechen."

„Ich weiß schon, Kinderchen. Ich habe meinen Kasperek erhalten. Euer Brot liegt auf der linken Seite.*"

„Kirdinga," versetzte Herr Herteln. „Und da kannst uns da noch heraushelfen, Mütterchen!"

„Gut, gut, wir werden darüber reden, wo die drei Bütten zusammentreffen.** Geduldet euch nur ein wenig."

Und damit schob sie die beiden in die Stube, wo der Tisch mit einem weißen Tuche schön gedeckt war, stellte die Schüssel mit dem Kuchen auf den Tisch und holte dazu irgendwoher aus der Truhe eine Flasche guten Tokaier.

„Trink, Hauptmann Christoph. Wo hast du von unserm allergnädigsten Herrn*** gehört? Lebt er noch? Gewiß hat der Arme eine schlechte Kost bei den Türken. Ich weiß, er äße davon, wenn der Kuchen dort wäre. Aber noch lieber möchte ich, er selber wäre hier" . . .

„Nicht das ist es, was uns jetzt beschäftigt," sprach Pavlovsky.

„Ich weiß, mein Sohn. Aber möchte es euch doch beschäftigen! Ihr habt mich wegen des Kasperek aufgesucht."

„Wenn du alles weißt, so brauchen wir ja gar nicht zu reden."

„Da hast du recht. Nicht wahr, ihr wollt, Kasperek soll nicht weiter herumwandeln, denn das Verbrennen hat nichts genützt?"

„Das wollen wir, haben aber kein Mittel mehr dagegen."

„Ei was, manchmal kann auch der Sand einen Wagen umwerfen."

„Das ist richtig; aber was sollen wir tun? Wenn du uns einen guten Rat gibst, werden wir nicht undankbar sein."

„Hundert Taler gebt ihr meiner Enkeltochter und die zwei schönsten Kühe aus der städtischen Herde, wenn sie heiratet."

„Abgemacht."

„Aber ich bedinge mir aus, daß sie sich die Kühe selbst wählen kann."

„Auch drei kann sie sich auswählen."

(Fortsetzung folgt.)

* Der eingefleischte Freund und Parteigänger Franz Rákóczis.

* Nach Aeghle bedeutet dies Unglück.

** Bei Tische. (Die Treubrüchige der Welt, die Weizenbütte der Kuchen und die Hausbütte das Tischtuch.)

*** Hierunter ist Franz Rakóczi gemeint, der im Jahre 1735 zu Rodosto in der Türkei in der Verbannung starb.

Umschau

Theater Im Residenztheater heißt das Weihnachtsmärchen Das Sonntagskind und stammt von A. M. Seidel, in Szene gesetzt von Karl Witt. Dieses Inszenieren ist ja allmählich die Hauptsache geworden, und es geziemt sich deshalb, zu erzählen, daß zwei große Ballette und zahlreiche Märchengestalten mit allem Glanz und aller Pracht des Residenztheaters darin vorkommen. Ein paar Hundert Kinder tanzen nach den Gruppierungen des Herrn Ballettmeisters Friedrich und der Musik des Herrn Kapellmeisters Brenner. Es gibt da Tanzbilder der vier Jahreszeiten, die ganz hübsch erdacht sind, jedenfalls geschmackvoller wirken als der tanzende Christbaumschmuck des letzten Bildes. Eine Masse Gold und Silber gleißt und glänzt da auf der Bühne und blendet die Äuglein der kleinen und großen Kinderlein. Zauberwälder und Märchenpaläste sind da gemalt worden, für die der Feuilletonist das Wort „feenhaft" zur Verfügung hat. Feen und Elfen, gute und böse Geister hat's da, und das gesamte Personal des Residenztheaters ist aufgeboten, um die Fülle der Gestalten zu bewältigen. Man sieht Herrn Opel als Dämon Borstwisch und Frau Kottner als Habakukine mit der spitzen Nase, Dornröschen, Schneewittchen, Undine, zwei lebendige Prinzen, Rübezahl, Hänsel und Gretel, den gestiefelten Kater und andere Märchengeister. Alles das sieht die kleine Marie im Traume und sich selbst als Prinzessin mitten darunter. Aber die Erscheinung ihres Schutzengels in der Gestalt ihrer Mutter rettet sie vor den Zauberkünsten des bösen Borstwisch und sie kehrt heim, um bei ihrer Mutter Mütterchen Weihnachten zu feiern und sich mit dem Jägerton Herrn Wagner zu verloben. Sie selbst aber heißt Else Conrad. Sie hat noch Herrn Gusik als Bräckhäuser zur Seite, der mitunter sehr lustige Streiche macht, von der Art, wie Kinder sie aus Max und Moritz kennen und schätzen, dann aber stark ins Hintertreffen gerät durch die Tanzkolonnen des Balletts. So geht es aber dem ganzen brauchbaren Grundgedanken des Märchenspiels, von dem man nach dem hübschen ersten Akte mal etwas anderes glaubte erwarten zu können. Er wird überstrahlt von der Ausstattungspracht und die handelnden Personen müssen zugucken. Die netten Witzchen, die wirklich die Kinder belustigen, wie man ringsum bemerken konnte, gehen unter in der Feerie, die für die Erwachsenen berechnet ist. Besonders die Damen allegen über blendende Kleider und reiche Maschinerie und anderes zu loben. Wie wir über den Wert solcher Ausstattungsstücke denken, haben wir bereits deutlich gesagt. Auch das Weihnachtsmärchen des Residenztheaters gehört wieder zu dieser Art, die wir aus ästhetischen und erzieherischen Gründen ablehnen müssen. F. Z.

Musik Die vereinigten Männergesangvereine der Lößnitzortschaften gaben am Sonnabend unter Mitwirkung der Lößnitzkapelle ein gemischtes Konzert. Es war erfreulich, festzustellen, daß die Sinfonie mit dem Paukenschlag von Haydn, eines der früheren von seinen vielen köstlichen sinfonischen Werken, mit größter Aufmerksamkeit und vielem Verständnis angehört wurde und sichtlich nachhaltigen Eindruck auf die Hörer hervorrief. Die Kapelle spielte frisch und sicher, wenngleich an verschiedenen Stellen in der Besetzung der Instrumente kleine Mängel fühlbar waren. Dazu kam Schumanns „Träumerei" für Streichorchester, die ganz tadellos gespielt wurde. Jedenfalls erwies sich, daß auch nicht musikgeschultes Publikum für diese leichteren, klassischen Werke sehr zugänglich ist. Zur Erinnerung an den 50. Todestag Friedrich Silchers sang der Chor dessen Bearbeitungen einiger Volkslieder, die den Sängern am besten entsprachen. Sicherer Einsatz und flotter Vortrag zeichnete den Chor aus, bei dem sich wertvolle Stimmen befinden. In dem kleinen Ritornell und den beiden Liedern mit Orchester von Rob. Schumann hielten sich die Sänger tapfer, allerdings mit fester Hand und lebhaftem Temperament von ihrem Dirigenten Herrn Paul Büttner aus Dresden geführt, der auch der Kapelle ein verständnisvoller Leiter war. -e-

Nina Faliero (Mme. Jaques-Dalcroze) trat in einem besonderen Liederabend vor das Dresdner Publikum. Leider steht die Gesangskunst der Dame nicht so hoch, um den Schritt voll zu rechtfertigen. Sie hat eine gewisse Natürlichkeit in der Stimme von jener Art, wie sie bei Italienern oft zu finden ist, der aber auch im Kunstgesang stets ein bestimmter Naturalismus anhaften bleibt. Das zeigte sich begreiflicherweise am deutlichsten bei den deutschen Liedern von Schubert und Cornelius, für die die gesangliche Bildung nicht ausreichte. Leichte, volkstümlich gehaltene italienische Liedchen, auch französische Chansons und die gefälligen kleinen Sachen ihres Gatten, der als Begleiter am Klavier wirkte, gelingen ihr zum Teil recht hübsch, denn sie verlangen keine innere Vertiefung und allseitige Stimmschulung. Der musikalische Gewinn des Abends waren die beiden ganz wunderbar stimmungstiefen Lieder von Gabriel Fauré. F. Z.

Geschichte Die Briefe des Generals v. Kretschman über den Krieg von 1866. Lily Braun hat die Kriegsbriefe ihres Vaters aus den Jahren 1870/71 soeben in siebenter Auflage erscheinen lassen. Die Einleitung ist verändert, das Charakterbild Hans v. Kretschmans breiter ausgeführt. Die Persönlichkeit des aus Alt-Nürnberger Bürgergeschlecht stammenden Offiziers erscheint jetzt noch lebendiger: Ein Soldat, hart und herrisch, tapfer und ehrenstreng, gläubig und monarchistisch gesinnt. Aber eine feinere Bildung, aufrechter Freimut und eine Humanität, die im Kriege erst zu fühlen, die Untergebenen freundlich zu behandeln weiß und in den Beziehungen zu einer Frau sich zu zärtlicher Güte verinnerlicht, erhebt den Soldaten zu einem bedeutenden Menschen, dem auch die Gabe eigen, Gesehenes nicht nur mit unbestechlicher Wahrhaftigkeit, sondern auch mit starker Anschaulichkeit darzustellen. Man weiß, wie General v. Kretschman am Beginn des neuen Kurses scheiterte. Er hatte bei den Manövern den Prinzen Wilhelm besiegt. Als der Prinz Kaiser ward, schickte er seinem Ueberwinder den blauen Brief.

In der Einleitung sind jetzt auch Briefe aus dem Krieg von 1866 mitgeteilt, in dem Kretschman schwer verwundet wurde. Auch diese Briefe zeigen, wie die von 1870/71, den zivilisierten Charakter und den getreuen Beobachter. Er nimmt sich seiner Soldaten fast väterlich an: „Es ist mir lieber, daß meine Untergebenen ihre Hantierung betreiben, als daß ich mich bemühen sollte, sie bei Vorgesetzten erheblich oder zu erscheinen", schreibt er an seine Frau. Bei einem Marsch in der Hitze sanken fünf Leute entkräftet und erschöpft zu Boden. „Es ist das für mich ein Anblick, den ich tagelang nicht los werde. Dabei war kein Arzt da, so daß ich selbst Hand anlegen mußte. Um ein belebendes Beispiel zu geben, stieg ich vom Pferde, trug den Tornister und das Gewehr des Erkrankten, aber was tut das, ich mußte zehn Mann liegen lassen; und fast wie einer tiefen Melancholie in dem Dorfe an."

Er rühmt den guten Willen seiner Soldaten. „Wer mit solchem Material als Vorgesetzter schlechte Geschäfte macht, der tut seine Schuldigkeit nicht."

Am 11. Juni 1866 schildert er mit lustigem Spott, wie man auch im Krieg Paraden veranstaltet: „Parade, wie sie in Funks Naturgeschichte beschrieben ist mit aufgepufferten Bockei und gerichteten Gliedern, mit Visionen und wie die Schwarzwälderuhren alle drehen, die ein richtiges Kapitänsgemüt bei dem Worte Parade wie ein Mädchenschwarm erfaßten. Parade vor dem Prinzen Friedrich Karl. Die Sonne schien natürlich, Staub war auch recht reichlich vorhanden, der Prinz flog (Heckel würde sagen, wie ein roter Adler), wie man eben zu Pferde fliegt, an die Front heran, ein endloses Hurra! erschallte, Heil dir im Siegerkranz wurde gespielt, es fehlten bloß die Linden, und à 6 Reichstaler vermietete Fenster mit Damen daran, die nicht 6 Pfennig wert sind und es wäre eben eine richtige Feldgrabparade gewesen."

Den Berlinern ist der Krieg von 1866 ein Kampf des Volkes gegen das Papsttum. „Preußen steht an der Spitze der protestantischen Kirche, es hat die Aufgabe auch in politischer Beziehung zu lösen." Er fühlt sich durchaus als Protestant. Wie er ein Kloster betritt, mißtraut er durchaus den Pfaffen. Den Prälat nennt er einen alten schmierigen Herrn, die meisten Diener der Kirche sind ihm zu widerlich. Dabei wird der religiöse Mann am prunkvollen Prunk des Gotteshauses tief erschüttert.

Kein rohes Wort der Kriegslust fällt. „Dem Feinde? Es klingt fast komisch. Dasselbe Land, derselbe Himmel, dieselbe Sprache, dieselben Gewohnheiten und doch Feinde." Er zeichnet halb humoristisch halb unwillig dieses Sittenbildchen: „Von einer anderen Seite kommt ein pfiffig aussehender Berliner, mustert seine Leute und sucht sich heute, Oberleutnant F. heraus, um anzustellen, daß ein Transport jener bisherigen Berliner Ware angelangt ist, die auf den Straßen Berlins nach Abzug der Truppen keine Abnehmer mehr findet. F. war natürlich nicht der Mann, mit ein paar Ohrfeigen zu antworten. Es ist übrigens schlimm genug, daß man wenig Unterschied zwischen den Verheirateten und Unverheirateten erkennt." Kretschman empfindet die Barbarei der harten Requisitionen: „Das ist die Schattenseite des Krieges, daß man, allerdings unter der Sanktion des Staates, so eine Art von Räuber werden muß, das heißt, daß man gezwungen ist, unter Androhung von Gewalt, Herausgabe von Geldern usw. zu verlangen." Am 21. Juni schreibt er: „In Zittau haben wir gewaltige Kontributionen eingetrieben; Geld, Flanell, Leinwand, Bier, Tabak, Hafer, was nur irgend von Wagen sein konnte; zehn hundert Wagen wurden damit beladen." Am 1. Juli spricht er von den „recht unerfreulichen Bildern" des Kriegslebens: „Der alten Frau, die nicht flüchten konnte, nimmt man die einzige Kuh, um selbst bestehen zu können. Da zum Kochen die Zeit fehlt, essen die Leute das Fleisch roh; man meint oft, Menschenfresser zu sehen, und es sind nur die Leute, die mit dem Säbel ihr Fleisch hacken. Seit acht Tagen liege ich unter freiem Himmel, ohne die Kleider gewechselt zu haben, die oft durch und durch naß waren. Die Haut am Gesicht hängt in Fetzen herunter, da die Sonne oft zu mächtig ist." Ein paar Tagebuchnotizen aus der Zeit der Schlacht bei Königgrätz vervollständigen das Bild der Kriegsschrecken: „Marsch nach Jitschin bei unerhörter Hitze. Biwak — zum achtenmal — auf einem hohen Berge. Um 5 Uhr ohne Essen Marsch planlos bis in die Nacht. Die Leute können kaum mehr. Seit drei Tagen kein Brot und Schnaps. Kompagnie bei dunkler Nacht auf Vorposten. Wieder kein Holz und kein Stroh. Man schläft schon, wo man sich hinlegt." Am 2. Juli notiert er: „Alarm. Jammernde Einwohner. Krankheit, Vergiftung, Hunger. Abmarsch nach Schloß Lorkovic. Gräßlicher Zustand im Schlosse. Kranke, Verwundete ohne Arzt und Pflege. Die Einwohner werden ausgewiesen. Hunger arg."

Bald verlischt der junge Offizier in dem eigenen, strömenden Blut, das sich mit dem Schmutz des Bodens mengt. Fast wäre er damals schon so einsam gestorben, wie er dann viel später in Wirklichkeit starb. Als seine Tochter in die Oeffentlichkeit trat und gar Sozialdemokratin wurde, löste er schroff alle Beziehungen zu ihr. Aber später, als das Alter ihn mild und milde machte, und auch seine geistige Kraft zu welken begann, söhnte er sich mit der Tochter aus, und der General bekannte nun auch stolz, daß er mit seiner sozialdemokratisch entarteten Familie verkehre. Das war eine schwere Schuld, und so folgte fast niemand, als der Kriegsveteran zu Grabe gebracht wurde.

Literatur Tolstois letzter Wille. Tolstoi hat seine letztwilligen Verfügungen über seine Werke kurz vor seinem Tode schriftlich niedergelegt. Danach gehen alle Werke, die er in den letzten Jahren verfaßt hat, in den Besitz seiner Familie über. Seine Tochter Alexandra beauftragt Tolstoi mit der Herausgabe dieser Werke unter der Bedingung, daß der ganze Ertrag der ersten Auflage dazu verwandt wird, Jasnaja Poljana, das 800 Deßjätinen groß ist, zum Besten der Bauern von Jasnaja Poljana, denen er sein Gut vermacht, aufzukaufen. Nach dem Verkauf der ersten Auflage werden die Werke Tolstois Allgemeingut. Die Mehrzahl der ungedruckten Manuskripte befindet sich im Besitz Tschertkows.

Technisches Neue Erfolge der drahtlosen Telegraphie. Je mehr die drahtlose Telegraphie an praktischem Wert und damit an Verbreitung gewinnt, desto wichtiger wird es, den Einfluß von Störungen natürlicher Art kennen zu lernen. Als solche hat man vorzugsweise zu betrachten die Nachbarschaft oder die Einschiebung von Gebirgsketten zwischen zwei Stationen, dann die Beschaffenheit des Bodens überhaupt, auch verschiedene Wirkungen der Sonnenstrahlen. Es handelt sich also teils um meteorologische, teils um geologische Einflüsse. Wie groß der dadurch bedingte Wechsel ist, hat sich in der Tatsache gezeigt, daß man von Stationen, die gewöhnlich nur eine Reichweite von 500 Kilometern besitzen, zuweilen 1000 Kilometer weit telegraphieren konnte. Ähnlich kommen diese unerwarteten Erfolge wahrscheinlich zustande, wenn das Telegramm in einer Richtung geht, wo der zu überschreitende Boden besonders wasserreich ist, und zeitlich ist es sicher, daß die Nachtstunden für die Fortpflanzung der elektrischen Wellen günstiger sind, wohl infolge des Fehlens der elektrischen Einwirkungen der Sonnenstrahlen. Merkwürdige Ergebnisse hat der Dampfer Bremen mit drahtlosen Depeschen während seiner Fahrt im Mittelmeer zu verzeichnen gehabt. Während er sich 640 Kilometer südlich von Genua befand, erhielt er von Norddeich, also über die Alpen hinweg, eine drahtlose Depesche, eine

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/14
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG